

KLASSE GEGEN KLASSE

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 6 – April-Mai 2013
2,50 Euro / 4 CHf – Solipreis: 5 Euro / 8 CHf

Tod Hugo Chávez'

Was passiert mit der „Bolivarischen Revolution" ohne den Präsidenten?

Aufstand an der FU

Eine Bilanz der studentischen Proteste an der Freien Universität Berlin

Krieg in Mali

Was sind die Interessen des Imperialismus im westafrikanischen Land?

Streiks in der Krise

Der Streik beim Hamburger Verpackungshersteller Neupack ist nur einer der Arbeitskämpfe, der die soziale Ruhe in der BRD zu sprengen droht. Welche Perspektive braucht die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland im Rahmen der Krise in Europa?

RIO
Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

INHALT



Brot und Rosen: Flugblatt von unabhängigen Frauen* und RIO

Als Beilage oder auf **klassegegenklasse.org**



Neupack: Vier Monate im Streik

Seite 7

Zweiter Kongress der NPA

Seite 16

Nein zur Intervention in Mali!

Seite 18



Der Tod Hugo Chávez'

Seite 26

KLASSE GEGEN KLASSE Nr. 6

DEUTSCHLAND



INTERNATIONAL



GESCHICHTE

Klasse Gegen Klasse: Nummer 6, April-Mai 2013; **Chefredakteur:** Stefan Schneider; **Redaktion:** Leon Feder, Wladek Flakin, Janos Bergmann, Suphi Toprak, Mark Turm; **In dieser Ausgabe schreiben außerdem:** Tom Hirschfeld, Max Karlmann, Friedrich Jäger, Victor Jalava, LTS, Eduardo Molina, Markus Oliver, Baran Serhad, K.A. Stern, *Waffen der Kritik* an der FU; **Layout:** Wladek Flakin; **ViSdP:** R. Müller, Hamburg.



➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation



Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale
www.ft-ci.org

Argentinien
Partido de los Trabajadores Socialistas
www.pts.org.ar

Mexiko
Liga de Trabajadores por el Socialismo – Contracorriente
www.ltscc.org.mx

Bolivien
Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien
Liga Estrategia Revolucionaria – Quarta Internacional
www.ler-qi.org

Chile
Partido de Trabajadores Revolucionarios
www.ptr.cl

Venezuela
Liga de Trabajadores por el Socialismo
www.lts.org.ve

Costa Rica
Liga de la Revolución Socialista
lrscostarica.blogspot.com

Spanischer Staat
Clase Contra Clase
www.clasecontraclase.org

Frankreich
Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA
www.ccr4.org

Tschechien (sympathisierend)
Mezinárodní Revoluční Organizace (RIO)
www.rio.cz.tc

Deutschland (sympathisierend)
Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org





Eine neue Dynamik der Krise

von der **Redaktion**

„Es herrscht Krieg zwischen den Klassen", stellte Star-Kapitalist Warren Buffet einst bekanntermaßen fest, „aber es ist meine Klasse, die reiche Klasse, die diesen Krieg führt – und wir gewinnen."

Dieser Krieg wird tatsächlich und immer heftiger geführt. In Griechenland bekämpft die Regierung sogar mit Kriegsrecht Streiks der U-BahnerInnen und Seeleute. Doch trotz aller Spardiktate der AusbeuterInnen will die Konjunktur einfach nicht in Gang kommen. Während die kapitalistischen Kernländer entgegen aller Beschwörungen mit der drohenden Rezession kämpfen, scheint auch den viel besungenen „Wachstumslokomotiven" der Schwellenländer so langsam der Treibstoff auszugehen. Angesichts der Situation in Italien und Zypern droht sich die europäische Krise noch weiter zu verschärfen. In der Folge wird das einzige, was in der nächsten Zeit Hochkonjunktur haben wird, der von Buffet benannte Klassenkrieg sein.

Eine wirtschaftliche Krise ist immer auch eine politische Krise. So auch im mächtigsten Kapitalismus auf dem Erdball: Obamas Wiederwahl bedeutet die Notwendigkeit eines sozialen Deckmantels für die Krisenpolitik des US-Kapitals. Gleichzeitig bekommt dieser Deckmantel immer mehr Löcher und Risse: außenpolitisch bei den anhaltenden Schwierigkeiten des US-Imperialismus, seine Hegemonie im Nahen Osten wieder zu befestigen sowie bei den größeren innerimperialistischen Auseinandersetzungen, vor allem mit Deutschland in Bezug auf die Eurokrise; und innenpolitisch bei den massenhaften Kürzungen, die Obama nach dem Scheitern der Haushaltsverhandlungen mit der Republikanischen Partei nun durchsetzen muss.

Auf der anderen Seite der Front steht die lohnabhängige Klasse, die nach 30 Jahren Niederlagen beginnt, aus ihrer Defensive herauszukommen. Den Anfang machten die großen, noch andauernden Kämpfe in Nordafrika. Auch die Streikwellen und Generalstreiks in Südafrika, Argentinien und vor allem Indien schlugen große Wellen.

Solche Tendenzen sind ein dynamischer Faktor in der anhaltenden Wirtschaftskrise. Auch in Europa: Portugal erlebte vor kurzem die größten Demonstrationen der letzten Jahre und in Frankreich, der zweitgrößten Wirtschaft des Euro-Raums, entbrennen wichtige Arbeitskämpfe in der Autoindustrie. Diese Auseinandersetzungen weisen darauf hin, dass die Krise eine neue Dynamik bekommen könnte, wenn auch in den imperialistischen Kernländern wichtige Sektoren der ArbeiterInnenklasse in den Kampf treten.

Und wie steht die Dynamik in Deutschland? Buffets Zitat kommt einem/r in den Sinn, wenn man sich beispielsweise den Kampf beim Verpackungshersteller Neupack ansieht. Ein mittelständischer Betrieb der Familie Krüger sieht sich in der Lage, eine DGB-Gewerkschaft und mit ihr die ganze Gewerkschaftsbewegung zum Narren zu halten! Seit Monaten kämpfen mehrere hundert KollegInnen für einen Tarifvertrag. Die IG BCE – deren Vertreter feststellte, „Wir streiken für Sozialpartnerschaft" – droht nun, den Streik abzuwürgen. Folgerichtig, denn Sozialpartnerschaft heißt Niederlage für die Beschäftigten. Das Gerede von Sozialpartnerschaft, Standortsicherung, Lohnzurückhaltung ist der Spielmannschor zum fortwährenden Rückzug der ArbeiterInnen vor der Offensive der KapitalistInnen.

Kein Wunder, dass die Reihen der organisierten ArbeiterInnenschaft immer dünner geworden sind. Wir, d.h. die gesamte ArbeiterInnenklasse, stehen vor der strategischen Aufgabe, aus der Bewegung ständigen Zurückweichens wieder heraus zu kommen.

Das bedeutet auch, dass wir taktische Siege erringen müssen, die helfen, unsere Gegenoffensive vorzubereiten. Das „Gefecht" bei Neupack bietet eine solche Gelegenheit. Sollten die Krügers mit Erfolg belohnt werden, wird das die KapitalistInnen zu weiteren Angriffen ermutigen. Doch das Kräfteverhältnis ließe sich durchaus so verändern, dass den Krügers eine schallende Ohrfeige versetzt würde. Dafür ist es notwendig, dass wir, Gewerkschaften und linke Organisationen, unsere Kräfte anspannen und bei Neupack zuschlagen. Es braucht eine Kampagne aktiver Solidarität, die die Krügers zur Kapitulation zwingt!

Siegreiche taktische Kampagnen müssen dabei natürlich mit einer Strategie verbunden werden, um auch die notwendige gesellschaftliche Wirkung zu entfalten. Eine Strategie gegen Sozialpartnerschaft und für die Entmachtung der Gewerkschaftsbürokratie durch die gewerkschaftliche Basis. Eine Strategie mit dem Ziel der Enteignung und Entmachtung der KapitalistInnenklasse durch die Masse der Lohnabhängigen. Kurz: Eine Strategie, die der Kriegserklärung der KapitalistInnen statt dem Wunsch nach Waffenstillstand das Versprechen ihrer Niederlage entgegenhält.

Die Umsetzung einer solchen Strategie bedingt den Aufbau revolutionärer Parteien auf nationaler und internationaler Ebene. Denn die beschriebenen klassenkämpferischen Dynamiken der lohnabhängigen Klasse finden ihre Grenzen in der politischen Führung der Gewerkschaftsbürokratien und sich radikal gebender Reformparteien. So ist beispielsweise SYRIZA in Griechenland zu einer neuen Vermittlungsinstanz zwischen den Klassen geworden, die dafür sorgt, dass die Massen an der bürgerlichen Demokratie und der kapitalistischen Eurozone festhalten. Sie erfüllt damit die Funktion, die Tendenzen zur Radikalisierung in harmlose Bahnen zu lenken, anstatt zum Bruch mit diesem System zu führen.

Deshalb kann es auch nur zum Desaster führen, wenn Gruppen der radikalen Linken wie Marx21 oder die SAV versuchen, diesen Reformismus voranzubringen und nach links zu drücken,„als Schritt in die richtige Richtung". Denn diese Politik der Aussöhnung, des organisatorischen „Einfluss-Gewinnens" und des allmählichen „nach links Drückens", hat die radikale Linke und insbesondere den Trotzkismus schon oft in die Bedeutungslosigkeit gebracht.

Darum nieder mit der Sozialpartnerschaft! Die Kugeln des Gegners haben die weißen Fahnen unserer verräterischen Führungen an den Gewerkschaftsspitzen zu genüge durchlöchert. Es ist für uns längst überfällig, aus der Defensive herauszukommen. Dazu braucht es die richtigen Waffen. Wir suchen daher den Anschluss an das Programm der historischen Vierten Internationale. Es ist das Erzeugnis von einem Jahrhundert ArbeiterInnenbewegung, vom Kampf für den Acht-Stunden-Tag bis zur sozialistischen Oktoberrevolution. Es wird das Programm unseres Sieges sein.

★ Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale!



Alle in der Krise,

Mit der niedersächsischen Landtagswahl im Januar begann das „Superwahljahr"

von **Stefan Schneider** (RIO, Berlin)

Mit der niedersächsischen Landtagswahl am 20. Januar wurde das Wahljahr 2013 eingeläutet, dessen Höhepunkt die Bundestagswahl im Herbst sein wird. Die wahrscheinliche Wiederwahl Merkels wird die Tür für weitere soziale Einschnitte und autoritäre Maßnahmen unter der Führung der Bundesregierung öffnen – sowohl in Südeuropa wie auch in Deutschland. In den ersten drei Monaten dieses Jahres bewegte sich einiges im bundesrepublikanischen Parteienregime, was die Frage der Perspektiven vor und nach der Wahl und die notwendige Antwort von RevolutionärInnen auf diese Aussichten aufgeworfen hat.

Dazu gehört zum einen die Landtagswahl in Niedersachsen, die einige Rückschlüsse auf die Konfliktlinien innerhalb der herrschenden Klasse in Deutschland zulässt, vor allem aber Hinweise auf die notwendige Strategie der deutschen Linken anhand des Negativbeispiels der Linkspartei gibt. Des Weiteren werfen die Skandale um die FDP und anhaltenden Schwierigkeiten des SPD-Kanzlerkandidaten – des bekennenden Neoliberalen, Mitarchitekten der Agenda 2010 und glühenden Verfechters von Hartz IV, Peer Steinbrück – ein Schlaglicht auf die Fragilität des Regimes der BRD.

Schlussfolgerungen aus Niedersachsen

Die große Überraschung der Niedersachsen-Wahl war das Abschneiden der FDP. Das beeindruckende Resultat von knapp 10% basierte hauptsächlich auf der Zweitstimmenkampagne der CDU, die relativ unverblümt zur Wahl der FDP mittels der Zweitstimme aufrief. Dies zeigt aber, dass die FDP als Partei noch nicht verschwunden ist, und dass ein bedeutender Teil der CDU-AnhängerInnen weiterhin mit der FDP als Juniorpartner sympathisiert. Dennoch ist die FDP weiterhin in einer tiefen Krise, die die Kontinuität der schwarz-gelben Koalition im Bund massiv in Frage stellt.

Zum anderen muss das desaströse Auftreten der Linkspartei ein Weckruf für all diejenigen sein, die sich von der neuen Parteispitze Riexinger-Kipping einen Richtungswechsel erhofft hatten. Ihre verzweifelten Versuche, eine – auch nur indirekte – Regierungsbeteiligung zu erreichen, waren ein Eigentor. Der gesamte Wahlkampf der Partei bestand darin, ein „linkes" Korrektiv zur rot-grünen Koalition sein zu wollen. Linke Organisationen in der Linkspartei wie die SAV resümierten, dass anstatt eines Wahlkampfes für eine Regierungsbeteiligung ein Profil als „kämpferische Anti-Establishment-Partei und Systemopposition" notwendig gewesen wäre. Das ist zwar nicht falsch, doch das Ende 2011 verabschiedete „Erfurter Programm" der Linkspartei, auf welches sich diese Sektoren stattdessen beziehen, verkörpert mitnichten ein solches Profil. Es verbindet vielmehr einige verbalradikale Phrasen mit der völligen Abwesenheit eines Verständnisses von Klassenkampf in der Krise.[1] Daher ist auch nicht verwunderlich, dass die Linkspartei zur praktischen Opposition gegen die Pläne der KapitalistInnen bisher nichts beizutragen hat. Anstelle von vagen Hoffnungen darin, „dass einige Teile der Partei bereit sind die gescheiterte Strategie zu hinterfragen", wie sie in der Wahlauswertung der SAV ausgedrückt werden,[2] muss die Schlussfolgerung sein, jegliche Illusionen in die Transformierbarkeit der Linkspartei aufzugeben, und außerhalb und auch gegen die Linkspartei einen Kampf gegen das Abladen der Krisenpolitik auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend zu führen.

Die FDP am Abgrund

Vor der Landtagswahl galt die FDP schon als tote Partei. Das spektakuläre Ergebnis vom 20. Januar verschiebt die Beerdigung der FDP zwar nach hinten, dennoch steht sie weiterhin am Abgrund. Dies macht zum zunächst der weiterhin schwelende Führungsstreit in der Partei deutlich: Nach dem Parteitag Mitte März ist Parteichef Rösler zwar bestätigt und sein größter Konkurrent Brüderle als Spitzenkandidat kooptiert, doch wichtige FDP-Figuren wie die Minister Niebel und Bahr sind innerparteilich katastrophal abgestürzt. Vor allem aber sorgen die Skandale um Sexismus und Rassismus innerhalb der Liberalen, gemeinsam mit dem innerparteilichen Widerstand gegen verschiedene Projekte der CDU (wie die EU-Finanztransaktionssteuer oder den Pseudo-Mindestlohn) dafür, dass Merkel und ihre Partei immer weniger auf ihren Koalitionspartner vertrauen können. Hinzu kommt, dass die FDP in den vergangenen Monaten selbst innerhalb ihrer traditionellen sozialen Basis massive Verluste hinnehmen musste, wie zuletzt die Abwendung des Apothekerverbands von der Partei deutlich machte.

Die FDP wird in ihrem Abwärtsstrudel immer unberechenbarer und gefährdet so die Stabilität der jetzigen und einer zukünftigen konservativ-liberalen Regierung, die in der Eurokrise eine starke Hand braucht, um ihre Austeritätsprogramme im In- und Ausland durchzusetzen. Angesichts der kommenden Aufgaben und der Unberechenbarkeit der FDP wird daher eine Große Koalition mit der SPD das für die Bourgeoisie sicherste und im Übrigen auch wahrscheinlichste Resultat der Bundestagswahl sein.

Quo vadis, SPD?

Währenddessen bereitet sich die SPD ebenfalls wieder auf eine Große Koalition vor. Zwar versucht die Partei mit der jetzt existierenden Möglichkeit, im Bundesrat eigene politische Vorstöße auch gegen die Regierung zu machen, eine rot-grüne „Alternative" für die Bundestagswahl zu etablieren. (So verabschiedete der Bundesrat eine Initiative für einen flächendeckenden Mindestlohn und stemmte sich gegen den europaweiten Fiskalvertrag.) Doch dies wird nur Symbolpolitik bleiben, da die Initiativen von der schwarz-gelben Bundestagsmehrheit jederzeit abgeblockt werden können.

Falls die SPD die Bundestagswahl gewinnen sollte, wird sie die gemachten Wahlversprechen ganz schnell wieder vergessen. Davon zeugt die Kür von Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten: Die Sozialdemokratie will sich angesichts der Bundestagswahl beim deutschen Kapital beliebt machen, wie schon zu Zeiten der Agenda 2010, wo sie die schärfsten Kürzungen und sozialen Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse seit dem Zweiten



1. Für eine ausführliche Kritik des Linkspartei-Programms siehe: Stefan Schneider: Linker als vorher – perspektivlos wie immer. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 2. http://www.klassegegenklasse.org/linker-als-vorher-%E2%80%93-perspektivlos-wie-immer/.

2. Sascha Stanicic: Nach Niedersachsen. http://www.sozialismus.info/2013/01/nach-niedersachsen/.

außer die CDU?

Weltkrieg durchführte. Steinbrück ist aber bei Teilen der SPD-Basis alles andere als beliebt. So sah er sich genötigt, sich in kryptischen Worten dafür zu entschuldigen, im Wahlkampf in Niedersachsen für keinen „Rückenwind“ gesorgt zu haben. Im Klartext: Die SPD kann trotz, nicht wegen Steinbrück ins Regierungsgebäude in Hannover einziehen. Eine eigentlich erstaunliche Aussage für jemanden, der Kanzler werden möchte.

Steinbrücks Nominierung ist aber nur die logische Konsequenz der Neoliberalisierung der SPD, die selbst in Krisenzeiten keine fundamental anderen Rezepte anzubieten hat als die CDU. Das gerade verabschiedete Wahlprogramm der SPD spricht Bände: Die SPD versucht darin, die grundlegende „Richtigkeit“ der Agenda 2010 aufzuzeigen. Den sozialen Spagat soll dann die Forderung nach einer Vermögenssteuer, erhöhten Spitzensteuersätzen und einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50€ erlauben. Diese Forderungen sind jedoch nicht mehr als Tropfen auf dem heißen Stein angesichts der antisozialen Agenda-Politik der SPD. Und so schafft es auch die CDU, mit Pseudo-Mindestlohn-Versprechen und der Abschaffung der Praxisgebühr soziale Versprechen für GeringverdienerInnen zu machen und sich sogar sozialer als die SPD gibt.

„Merkel, die Unverwüstliche“

Die CDU steht in dieser Konstellation fast als unverwundbar da. Zwar hat sie mit der Niedersachsen-Wahl schon wieder eine Landtagswahl verloren, doch in Umfragen liegt die Partei weiterhin bei 40%, und Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die beliebteste politische Figur Deutschlands. Selbst die massenhaften Skandale und politischen Niederlagen hoher CDU/CSU-PolitikerInnen der letzten Jahre (Köhler, Guttenberg, Rüttgers, Wulff, Röttgen, zuletzt Schavan) konnten Merkels Regierung nichts anhaben. Die taz titelte deswegen im Zusammenhang mit der Schavan-Affäre: „Merkel, die Unverwüstliche“. Und tatsächlich scheint momentan kein Weg daran vorbei zu führen, dass Merkel im September wiedergewählt wird.

Dennoch ist für die herrschende Fraktion der deutschen Bourgeoisie nicht alles Friede-Freude-Eierkuchen. Erstens steht die positive Konjunkturentwicklung der letzten Jahre vor ihrem Ende: Deutschland ist in der Rezession angekommen, und mit Opel, ThyssenKrupp und anderen stehen nun auch Kernsektoren der deutschen Industrie im Kreuzfeuer der Krise. Zweitens gibt es durchaus Stimmen in der deutschen Bourgeoisie, die Merkel vor zu großen Zugeständnissen im Vorfeld der Bundestagswahl warnen und der Meinung sind, dass der Sparkurs wieder verschärft werden muss. Eine interessante Entwicklung in diesem Sinne ist die angekündigte Gründung einer bürgerlichen Anti-Euro-Partei mit dem Titel „Alternative für Deutschland“, welche es schaffen könnte, national orientierte Sektoren des deutschen Kapitals und rechtspopulistische „Bürgerinitiativen“, miteinander zu vereinen. Drittens hat die CDU das innerparteiliche Problem, dass Merkels Kurs zu einer quasi bonapartistischen Position Merkels im Innern der CDU geführt hat: Ohne Merkel steckte die CDU in einer großen Krise.

Und es gibt noch ein weiteres Problem: Die Krise der FDP zeigt deutlich auf, dass das bundesrepublikanische Parteienregime immer häufiger vor der Wahl zwischen fragilen Koalitionen mit kleineren Parteien oder einer Großen Koalition stehen wird, welche das Fundament des BRD-Nachkriegsregimes weiter ins Rütteln bringen werden. Die herrschende Klasse steht nämlich vor einem Dilemma: Will sie sich aufgrund der Krise der FDP auf die Möglichkeit fragiler Mehrheiten nach Wahlen einlassen – eine Variante, die angesichts der noch ungelösten Vorhaben der herrschenden Klasse in Bezug auf die Eurokrise und die Umstrukturierung des europäischen Arbeitsmarktes nach deutschem Gusto, schnell in sich zusammenbrechen könnte –, oder will sie eine Große Koalition bilden, die aus bürgerlicher Sicht die wohl sicherste Variante wäre? Letzteres aber ist aus parteipolitischer Sicht gleichzeitig am wenigsten zu befürworten. Denn in einer Großen Koalition verschwimmen die Grenzen zwischen den beiden großen Parteien, was vor allem bei den SozialdemokratInnen für Unmut unter Teilen der Basis sorgen wird. Somit werden der zentrifugale Prozess des Mitgliederschwunds sowiedie parteiinternen Fraktionsbildungen und Fraktionskämpfe beschleunigt.

Unter diesen Umständen könnten neue Parteien entstehen, die die Fundamente des bundesrepublikanischen Nachkriegsregimes stärker auf die Probe stellen. Dies hängt aber auch von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Tiefe der zukünftigen Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse ab. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch der hohe NichtwählerInnen-Anteil bei der Niedersachsenwahl, der bei über 40% lag und einen Hinweis auf den schwelenden Unmut über das Regime der BRD unter breiten Teilen der Bevölkerung gibt.

Die Fragilität nutzen

Die Aufgabe von RevolutionärInnen ist es, die wachsende Fragilität des Regimes zu nutzen, um eine Antwort auf die Krise zu geben, die nicht im Interesse des Kapitals, sondern der großen Mehrheit der Lohnabhängigen, RentnerInnen, MigrantInnen und der Jugend liegt.

Den negativen Beweis für eine solche Strategie bietet uns das grandiose Scheitern der Linkspartei in dieser Wahl. Als wenn noch ein Beweis nötig wäre, hat die Partei gezeigt, dass eine Orientierung auf ein „linkes“ parlamentarisches Korrektiv der Sozialdemokratie das genaue Gegenteil von Anti-Krisen-Politik ist, welche eine tatsächliche Alternative für die lohnabhängigen Massen der BRD wäre. Statt auf die Existenz eines linken Raums innerhalb einer Partei zu setzen, die trotz der kapitalistischen Krise nur Beschwerden darüber anzubieten hat, dass SPD und Grüne aus ihren Positionen abschreiben würden, wie es Marx21 und die SAV tun, ist es deshalb für RevolutionärInnen heute notwendig, die Frage nach einer Fusion mit den fortgeschrittensten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend in den Mittelpunkt zu stellen.

Prekär Beschäftigte, Frauen, RentnerInnen, Jugendliche und MigrantInnen sind dieser Krise bisher am Schärfsten ausgesetzt, und gerade sie sind die ProtagonistInnen unzähliger Kämpfe der letzten Monate. Gleichzeitig haben sie immer weniger Bindung zu den traditionellen bürgerlich-demokratischen Vermittlungsmechanismen der Parteien und Gewerkschaftsbürokratien. Es ist die oberste Aufgabe von RevolutionärInnen in dieser aktuellen Phase der Krise, diesen Sektoren eine Stimme zu geben, ihre Kämpfe zusammenzuführen und eine Perspektive aufzuzeigen, die die Selbstorganisierung der Kämpfenden vorantreibt.

Dazu ist es auch nötig, einen konsequenten Kampf gegen die bürokratischen Apparate zu führen, die den Kämpfen dieser Sektoren immer wieder Steine in den Weg legen. Dies zeigt gerade der Kampf der Beschäftigten von Neupack glasklar auf. Dies geht jedoch nur im Rahmen einer breiteren Strategie, die sich für den Aufbau einer revolutionären Partei in Deutschland und international einsetzt.



Gewerkschaftsbürokratie: Klotz am Bein der ArbeiterInnen

von **Victor Jalava** (RIO, Berlin)

Mal wieder typisch: Die Forderung der IG Metall zur Tarifrunde 2013 fällt mit 5,5% äußerst gering aus. Dies nicht nur im Vergleich zum Preisanstieg. Das gilt sogar im Verhältnis zur bürgerlichen, also stark untertriebenen, Schätzung der Produktivitätssteigerung der Belegschaft.[1] Der staatstragende Gewerkschaftsapparat möchte wohl jede laute Auseinandersetzung im Wahljahr vermeiden.

Nicht so das Kapital: Die Einzelhandelskonzerne haben allesamt die Tarifverträge gekündigt und wollen „alte Tarifzöpfe abschneiden". Über 2,7 Millionen KollegInnen, viele befristet und/oder in Teilzeit, werden nun angegriffen. Ob die Ver.di-FunktionärInnen den Fehdehandschuh aufnehmen, oder nach verbalem Dampfablassen eine „verträgliche" Lösung verkaufen werden, bleibt abzuwarten. Die Gewerkschaftsbürokratie überlässt dem Kapital das Feld.

Ein noch drastischeres Bild gibt das mittelständische Unternehmen Neupack, wo eine gutsherrliche Familiensippe der drittgrößten DGB-Gewerkschaft (IG BCE) ihren Willen diktiert. Die KollegInnen, die seit Monaten für ein Ende der willkürlichen Bezahlung und Behandlung kämpfen, wurden von den IG-BCE-BürokratInnen mit einem „Flexi-Streik" sogar wieder an die Arbeitsplätze befohlen. Die sich hier eröffnende Möglichkeit einer antibürokratischen Intervention, eines Beweises der Überlegenheit einer klassenkämpferischen Perspektive über die sozialpartnerschaftliche Ideologie, hätte von einer aufmerksamen revolutionären Linken längst ergriffen werden müssen.

Ebenfalls bedeutend ist die krisenhafte Situation der Autoindustrie. Sie ist mit großen Konzernen und Belegschaften, mit denen eine Vielzahl von Zulieferbetrieben zusammenhängt, von enormer Bedeutung für die Wirtschaft in Deutschland. Während im französischen Aulnay bei PSA (Peugeot-Citroën) gegen die Schließung gekämpft wird, vermeidet die IG Metall die Mobilisierung für die Verteidigung von Opel Bochum. Aber auch in Frankreich bei Renault macht die Bürokratie miese Kompromisse, und es ist deutlich, dass es in ganz Europa die gleichen Probleme sind, vor denen wir stehen: aggressivere KapitalistInnen und GewerkschaftsbürokratInnen verschiedenster Coleur, die teils Arbeitskämpfe hemmen, teils direkt mit dem Kapital zusammenarbeiten.

Wenn die IG Metall schließlich auch noch die Jobvernichtungspläne von ThyssenKrupp nicht mit Arbeitskämpfen, sondern mit der Forderung nach Sozialverträglichkeit beantwortet, ist das ein weiteres Beispiel für die Verderbtheit der Gewerkschaftsapparate und wird weitere Prekarisierung bedeuten.

Tatsächlich startete die IG Metall eine Leiharbeitskampagne unter der perfiden Überschrift „Leiharbeit fair gestalten. Gleiche Arbeit – Gleiches Geld", statt für die Abschaffung von Leiharbeit zu kämpfen. Die Kündigung der DGB-Leiharbeitstarifverträge zum 30. April ist in der Bürokratie umstritten. Während der linke Flügel für eine Kündigung plädiert, um die „Equal Pay & Equal Treatment"-Vorgabe aus dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wirksam werden zu lassen, versucht der rechte Flügel der Bürokratie, das Bestehen spaltender Tarifverträge sogar zu verteidigen.

So, wie betriebliche Kämpfe dieser Tage fest mit der Frage der Prekarisierung verbunden sind und es kaum eine Auseinandersetzung gibt, in der die Formel vom „gleichen Lohn für gleiche Arbeit" nicht mitschwingt, gewinnt daher auch die Frage des Kampfes gegen die Bevormundung durch die Bürokratie an Bedeutung.

Das vielschichtige System von privilegierten FunktionärInnen in Betrieb und Gewerkschaft ist ein Instrument zur Niederhaltung der ArbeiterInnen. Dass die undemokratische, geradezu aristokratische Funktionsweise unserer Gewerkschaften nicht bekämpft wird, ermöglicht es den opportunistischsten Elementen der Gewerkschaften, uns von Niederlage zu Niederlage zu führen. Die GewerkschaftsvertreterInnen, die Ausgliederungen, Befristungen oder Einsatz von LeiharbeiterInnen keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzten oder sogar aktiv förderten, haben die heutige Situation mitzuverantworten.

Eine Situation, in der die Prekarisierung in Form von Leih- und Zeitarbeit samt Lohnaufstockung auf Harzt-IV-Niveau weit vorangeschritten ist. Die prekär beschäftigten KollegInnen üben auch Druck auf die Stammbelegschaften aus. Erstere hoffen auf eine feste Stelle. Letztere haben durch sie die Gefahr von Prekarisierung und Arbeitslosigkeit vor Augen. Auf dieser Grundlage werden tarifvertragliche Normen ausgehöhlt.

Die Dominanz der Gewerkschaftsbürokratie und die Prekarisierung haben vor allem zwei Folgen. Einerseits wird die grundsätzliche Kampfkraft der Belegschaften dramatisch geschwächt. Andererseits erhöht sich der Druck auf die Gewerkschaften, der Prekarisierung entgegenzutreten. So diskutiert ein linker Flügel des Apparats die Notwendigkeit stärkerer Gegenwehr, um dem Mitgliederschwund und dem Bedeutungsverlust der Gewerkschaften entgegenzuwirken.

Unabhängig von diesen kämpferischen BleistiftschubserInnen treten wir für eine Strategie ein, die den Aufbau von Strukturen der Selbstorganisierung im Betrieb und in den Gewerkschaften gegen die Gewerkschaftsbürokratie und für die politische Ausbildung der ArbeiterInnen in jedem Kampf vorantreibt. Somit soll jede Auseinandersetzung gestärkt und mit der Perspektive der sozialistischen Revolution verbunden werden.

★ Für einen internationalen Kongress der AutomobilarbeiterInnen zur Ausarbeitung eines Kampfplans gegen die Angriffe der Bosse, wie ihn auch die KollegInnen der Alternative Daimler Marienfelde gefordert haben!

★ Keine Entlassung und keine Kürzung dulden! Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchsetzen! Jede Schließung durch mutigen Kampf verhindern oder die Belegschaft bei der entschädigungslosen Enteignung des Unternehmens unter ArbeiterInnenkontrolle unterstützen!

★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kampf für die Übernahme der prekären KollegInnen in die Stammbelegschaften! Daraus folgend: Arbeitszeitverkürzung für alle oder Drosselung des Produktionstempos bei vollem Lohnausgleich!

★ Machtvolle Unterstützungskampagnen für Kämpfe wie den der KollegInnen von Neupack gegen die UnternehmerInnen und auch die SaboteurInnen der Gewerkschaftsbürokratie!

★ Für die Etablierung der vollsten Streikdemokratie und den Aufbau einer antibürokratischen Gewerkschaftsbewegung!

1. Wobei nicht vergessen werden darf, dass der Lohn überhaupt nur ein aufgeherrschter Bruchteil des Produkts der ArbeiterInnen ist.



Vier Monate im Streik

Bei Neupack in Hamburg streiken die KollegInnen für einen Tarifvertrag

von **Tom Hirschfeld** (RIO, Potsdam)

Seit dem 1. November 2012 befindet sich gut die Hälfte der ArbeiterInnen des Hamburger Verpackungsherstellers Neupack in einem außergewöhnlichen Streik. Außergewöhnlich nicht nur, weil es sich für Hamburg um den längsten Ausstand seit dem Zweiten Weltkrieg handelt, sondern auch, weil der Kampf seitens der Belegschaft mit besonderer Entschlossenheit geführt wird – während die Geschäftsführung mit aller Härte dagegen hält. Sie arbeitet eifrig daran, das vorhandene Streikrecht Stück für Stück auszuhöhlen und erhält dabei Unterstützung von norddeutschen Arbeitsgerichten.

In dieser Situation sah sich sogar die auf Sozialpartnerschaft getrimmte Gewerkschaft IG BCE dazu genötigt, bisher einen weit intensiveren Arbeitskampf zu führen, als ihr das offenkundig lieb war. Jetzt häufen sich jedoch die Anzeichen dafür, dass die IG-BCE-Führung den aus ihrer Sicht lästigen Streik mit einem faulen Kompromiss abbrechen will. Interessant ist, dass die streikenden KollegInnen dadurch teilweise selbst in offenen Konflikt mit der Gewerkschaftsbürokratie geraten sind.

50 Jahre und noch kein Tarifvertrag

Das seit 1959 bestehende Familienunternehmen Neupack, geführt von der Familie Krüger, stellt vor allem Joghurtbecher und andere Kunststoffverpackungen für Lebensmittel her. Die Produktion ist auf die beiden Standorte Stellingen in Hamburg und das rund 80 Kilometer entfernte Rotenburg an der Wümme, mit je rund 100 ArbeiterInnen, aufgeteilt.

Der Betrieb verlief die meiste Zeit ohne nennenswerten Widerstand seitens der Beschäftigten. Frei nach dem Prinzip „teile und herrsche“ werden einige Teile der Belegschaft bevorteilt, während der Großteil für Löhne um etwa acht Euro pro Stunde arbeitet – und das selbst nach fünf oder zehn Jahren Beschäftigung. Dazu kommen willkürlich festgelegte Urlaubsansprüche und Kürzung des Weihnachtsgelds bei Krankheit.

Nachdem es eine Weile unter der Oberfläche gebrodelt hatte, kam es im Oktober 2012 zu einem ersten Warnstreik und – nachdem sich die Sturheit der Geschäftsführung erneut bestätigt hatte – am 1. November dann zum Beginn eines unbefristeten Streiks von über 100 Beschäftigten. Es waren vor allem die KollegInnen aus der Produktion, die sich dem Streik anschlossen, während fast alle Angestellten ihrem Kapitalisten treu blieben. Die wichtigsten Forderungen, die die Streikenden unter Führung der IG BCE aufstellten, sind ein einheitlicher Tarifvertrag statt individueller Entlohnung, deutliche Verbesserungen für die unteren Lohnklassen sowie einheitliche Urlaubsregelungen für alle.

Diese Grafik von einer streikenden Kollegin zeigt die Wölfe (von Neupack) und die Wölfe im Schafspelz (von der IG BCE)

Dieser Streik soll gebrochen werden – koste es, was es wolle

Die Krüger-Familie machte von Anfang an deutlich, dass sie zu keinerlei Zugeständnissen bereit ist. Während es aus ihrer Sicht schon schlimm genug war, dass sich überhaupt ein Betriebsrat bilden konnte, sollte nun jedes Mittel recht sein, um den Streik der Beschäftigten zu brechen.

In den folgenden Wochen wurden private Sicherheitsdienste mit Hunden zur Einschüchterung der Streikenden eingesetzt, Betriebsversammlungen eigenmächtig aufgelöst und GewerkschaftsvertreterInnen der Zutritt zum Werksgelände verwehrt. Betriebsratsmitglieder und streikende KollegInnen wurden mit Abmahnungen und fristlosen Kündigungen überzogen und es wurde mehrfach versucht, Blockaden und andere Aktionen der Streikenden zu kriminalisieren – teils mit Erfolg.

Einer der wichtigsten Schachzüge war jedoch die sofortige Anstellung von StreikbrecherInnen. Im November wurden zunächst 29 polnische LeiharbeiterInnen extra für den Streikbruch in die Region gebracht und in nahegelegenen Unterkünften einquartiert. Diese Strategie ist zwar ein Verstoß gegen den Tarifvertrag der ZeitarbeiterInnen, wurde aber durch Winkelzüge der Zeitarbeitsfirma ermöglicht.

Die Streikenden selbst reagierten mit Wut auf die Einstellung von StreikbrecherInnen. Ihnen war jedoch klar, dass diese nur



zum Streikbruch bereit sind, weil sie sich unter noch schlechteren Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt behaupten müssen. Mittels Flugblättern auf Polnisch und mit Hilfe einer Dolmetscherin wurde versucht, den KollegInnen klar zu machen, dass der Streik letztlich auch in ihrem Interesse geführt wird. Zwischenzeitlich bot die IG BCE den polnischen KollegInnen an, die Kosten für die Rückreise inklusive Lohnersatz zu übernehmen. Die Forderung nach unbefristeter Einstellung für alle ArbeiterInnen wurde dagegen leider nicht in den Streikkatalog aufgenommen.

Mittlerweile ist die Gesamtbelegschaft bei Neupack auf 260 Personen angewachsen. Inzwischen haben einige der LeiharbeiterInnen Verträge bis 2014 bekommen, während immer wieder streikenden KollegInnen gekündigt wird. Das stellt nicht nur einen äußerst harten Schlag gegen den Streik dar, es zeigt auch, dass die Krügers bereit sind, immense Summen aufzuwenden, um sich in diesem Konflikt durchzusetzen.

Falsche FreundInnen

Nachdem der Streik regional einige Bekanntheit erlangt hatte, begannen auch einige PolitikerInnen, wie z.B. von der SPD, sich für den Streik zu interessieren. Die Anbiederung der faschistischen NPD stieß bei den Arbeitenden jedoch auf starke Ablehnung, was sich auch in einer anschließenden Stellungnahme widerspiegelte.[1] Gerade im Zusammenhang mit den polnischen LeiharbeiterInnen ist der internationalistische Geist, der sich in der Erklärung wiederfand, für den Streik überlebensnotwendig. Denn anstatt die LeiharbeiterInnen für alles verantwortlich zu machen, muss es das Ziel sein, sie auch für den Streik zu gewinnen, um eine gemeinsame Front gegen die Krüger-Familie zu errichten.

Für die Streikenden dürfte in den vergangenen Monaten auch deutlich geworden sein, dass sie vom bürgerlichen Staat keine Unterstützung zu erwarten haben. Mehr als einmal hat die Polizei demonstriert, dass sie höchstens für KapitalistInnen „Freund und Helfer" ist, also wenn es darum geht, Werkstore freizuräumen oder UnterstützerInnen festzunehmen. Auch die Arbeitsgerichte machten mehrfach deutlich, dass sie in erster Linie zum Schutz des Privateigentums existieren, indem sie den Handlungsspielraum der Streikenden einschränkten.

Die Geschäftsführung hätte den Streik am liebsten vollständig verboten und kam zumindest damit nicht durch. Sie erreichte aber, dass den Streikenden die Blockade der Werkstore zum Teil untersagt wurde und ihnen lediglich das „Recht" zugesprochen wurde, bis zu 15 Minuten mit StreikbrecherInnen zu diskutieren. Dass der Streik überhaupt durch Neueinstellungen unterlaufen werden kann, wird ebenfalls von der Justiz gebilligt.

Die Gewerkschaftsbürokratie: Der Wolf im Schafspelz

Die IG-BCE-Bürokratie wünscht sich vor allem eines: gelungene Sozialpartnerschaft. Was manch andere Gewerkschaften kaum noch laut auszusprechen wagen, betonte die IG-BCE-Führung bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Familie Krüger sperrt sich jedoch konsequent gegen dieses sozialdemokratische Konzept und versucht stattdessen, ihren Betrieb möglichst gewerkschaftsfrei zu halten. Da die Belegschaft die Verhältnisse nicht mehr ertragen wollte und die Krügers jedes Zugeständnis ablehnten, blieb auch der IG-BCE-Bürokratie nichts anderes übrig, als zum „letzten Mittel" zu greifen und den Streik auszurufen.

Um von vornherein „Vernunft und Entgegenkommen" zu demonstrieren, wurde allerdings ein Haustarifvertrag zur obersten Forderung erhoben, der knapp 20% unter dem Flächentarifvertrag liegen sollte. Immer wieder wurde an die Vernunft der Krügers appelliert, die sich doch bitte wie „ehrbare hanseatische Kaufleute" verhalten und in Verhandlungen treten sollten. Doch was die Geschäftsführung stattdessen beweist, ist die Erosion der Sozialpartnerschaft von Seiten der KapitalistInnen – zumal selbst mustergültige mittelständische Unternehmen wie Neupack, die in der Ideologie des „rheinischen Kapitalismus" die Paradebeispiele der Sozialpartnerschaft waren, diese Strategie über den Haufen werfen. Umso beschämender, dass die Gewerkschaftsbürokratie weiterhin an ihr festhält.

Als sich nach zweieinhalb Monaten Streik immer noch nichts bewegt hatte, überlegte sich die Führung der IG BCE Ende Januar eine neue Unterwerfungsgeste: den „Flexi-Streik". Dabei werden die Streikenden für eine gewisse Zeit wieder in den Betrieb geschickt, angeblich um Verwirrung beim Unternehmer zu stiften. Was den KollegInnen als neuartige Taktik verkauft wurde, stellt im Wesentlichen eine Schwächung des Streiks dar. Verwirrt und verunsichert wurden vor allem die Streikenden selbst, die nun wieder neben ihren unsolidarischen KollegInnen arbeiten und die Lager der Firma auffüllen mussten.

Wenige Tage später, nach der ersten Flexi-Runde – die erste Aussetzung des Streiks dauerte fast eine Woche –, dämmerte es vielen KollegInnen, dass man sie über den Tisch gezogen hatte. Trotzdem wurde das Experiment weitergeführt. Auf Anweisung der IG BCE ging es für mehrere Tage in die Produktion, um dann wieder zu streiken und teils nur einen Tag später erneut an die Arbeit geschickt zu werden.

Dass die Streikenden sich von der „Flexi-Taktik" bisher nicht zermürben ließen, verdient Respekt. Um das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie zu erklären, reicht es nicht aus, ihr Inkompetenz zu unterstellen. Wesentlich wahrscheinlicher ist, dass die „Flexi-Taktik" dazu dienen sollte, den Streik „sanft" zu beenden. Vieles weist darauf hin, dass die IG-BCE-Führung nach einem möglichst schnellen und kontrollierten Ausweg aus dem Arbeitskampf sucht. Da sie ihn nicht mit wehenden Fahnen gewinnen kann, ohne ihre eigene sozialpartnerschaftliche Ideologie in Frage zu stellen, möchte sie ihn loswerden – möglichst noch bevor die Streikenden auf die Idee kommen, ihren Kampf vollständig in die eigenen Hände zu nehmen. Um ihr Gesicht zu wahren, muss die Gewerkschaft dafür zumindest kleine Verbesserungen für die KollegInnen aushandeln. Von der ursprünglichen Forderung nach einem einheitlichen Tarifvertrag redet sie schon gar nicht mehr.

Gegen diesen Verrat ihrer Führung müssen die Streikenden ihre eigene demokratische Kontrolle über den Kampf durchsetzen. Nur wenn sie ihre Versammlungen nutzen, um offen über ihr bisheriges und künftiges Vorgehen zu diskutieren und alle Entscheidungen selbst zu treffen, anstatt sie sich von der Gewerkschaftsbürokratie vorschreiben zu lassen, können sie den Streik zu einem Ergebnis führen, das ihre eigenen Interessen widerspiegelt.

Solidarität und Kampfgeist

Ein wichtiger Grund für ihr langes Durchhaltevermögen dürfte ihr starkes Zusammengehörigkeitsgefühl und ihr Erkennen der eigenen Stärke gewesen sein, so berichten die Streikenden. Während sie vor dem Arbeitskampf eine zersplitterte Belegschaft waren, die sich untereinander kaum kannte, hat sich dies in den ersten Wochen des Streiks grundlegend geändert:

Um ihren Streik zu organisieren, hielten die KollegInnen während des Vollstreiks mindestens eine Streikversammlung täglich ab, bei der sie über die aktuelle Situation diskutierten und über die nächsten Aktionen entschieden. Obwohl dies bereits über die üblichen Erfahrungen der meisten Streiks in Deutschland hinausgeht, unterliegen Teile der Organisierung, wie z.B. die Streikleitung oder der „Flexi-Streik", noch immer bürokratischer Bevormundung.

Der Kampfgeist, den die Beschäftigten in den ersten Monaten des Streiks entwickelt haben, sorgt aber dafür, dass diese Bevormundung immer schärfer in Frage gestellt wird. Bei einem Treffen des Soli-Kreises Mitte März, bei dem sowohl Ge-

1. Wir scheißen auf nationale Solidarität – weil es die nicht gibt. http://solikreis.blogsport.de/2013/01/12/wir-scheissen-auf-nationale-solidaritaet-weil-es-die-nicht-gibt/



werkschaftsfunktionärInnen als auch Streikende anwesend waren, stellten sich die Streikenden mehrfach den IG-BCE-BürokratInnen entgegen und teilten mit, notfalls auch ohne die Gewerkschaftsführung streiken zu wollen.

Es ist notwendig, dass die Beschäftigten den Streik wirklich in ihre eigenen Hände nehmen und die Instrumente der Streikdemokratie, wie tägliche Versammlungen, wähl- und abwählbare Streikleitungen, für alle KollegInnen transparente Verhandlungen usw., nutzen, um die Bevormundung durch den Apparat der IG BCE zu beenden. Das wäre ein Signal für alle kämpferischen Belegschaften im ganzen Land.

In der Konfrontation mit der Gewerkschaftsbürokratie wurde auch die Wichtigkeit der Unterstützung der Streikenden durch SolidaritätsaktivistInnen deutlich. Von Beginn an wurde der Streik maßgeblich vom Hamburger „Soli-Kreis Neupack“ begleitet, bestehend aus linken GewerkschafterInnen und AktivistInnen verschiedener Gruppierungen. Er veröffentlicht nicht nur regelmäßige Berichte und Lageeinschätzungen zum aktuellen Streikgeschehen, sondern mobilisiert auch UnterstützerInnen zu den Werkstoren, die aktiv dabei helfen, StreikbrecherInnen oder Lieferungen zu blockieren und sich bei Aktionen weiter aus dem Fenster lehnen können als die Streikenden selbst.

Neben mittlerweile fast 300 Solidaritätsbotschaften[2] gab es Besuche anderer Chemie-Belegschaften und weiterer Betriebe aus der Umgebung sowie eine Kohlen-Spende der Bremer Stahlwerke, mit der das „ewige Streikfeuer“ vor den Werkstoren am Leben erhalten wird. Streikende besuchten die GEW-Demo der LehrerInnen in Hamburg, beteiligten sich am europäischen Aktionstag #14N und versammelten sich Mitte Dezember mit rund 1.000 UnterstützerInnen zu einer gemeinsamen Soli-Kundgebung im Zentrum Hamburgs.

Diese Solidarität ist ein wichtiges Anzeichen für die Ausstrahlungskraft des Streiks und hat vermutlich wesentlich zum Durchhaltevermögen der Neupack-Belegschaft beigetragen. Sie hat auch geholfen, den Streikenden Mut zu geben, um sich mit ihren eigenen Vorstellungen vom Streik den GewerkschaftsfunktionärInnen entgegen zu stellen. Dennoch muss festgestellt werden, dass der solidarische Druck von außen noch zu gering ist, um den Streikenden zum Durchbruch zu verhelfen. Dieser Streik wird kaum ohne weitere massive Solidarität zu gewinnen sein.

An den besten Tagen versammelten sich bis zu 80 UnterstützerInnen vor dem Neupack-Gelände und hielten die Autos der StreikbrecherInnen für eine oder auch zwei Stunden auf. Spätestens dann gelang es der Polizei jedoch immer, die Blockaden aufzulösen. Bei Ansammlungen von 200, 500 oder gar mehr UnterstützerInnen würde dies deutlich schwerer werden. Die mediale Aufmerksamkeit für den Arbeitskampf blieb bisher auf Norddeutschland beschränkt. Darüber hinaus dürften nur ohnehin schon interessierte AktivistInnen und GewerkschafterInnen überhaupt davon erfahren haben. Die IG BCE und erst recht die vielen anderen DGB-Gewerkschaften wären dazu in der Lage, den Kampf wesentlich bekannter zu machen und auch praktische Solidarität zu organisieren.

Perspektiven

Die SolidaritätsaktivistInnen müssen in der aktuellen, entscheidenden Phase des Streiks ihre Anstrengungen verdoppeln, um den Streikenden den Rücken gegenüber der Geschäftsführung und der IG BCE zu stärken.

Bisher geschieht noch zu wenig, um den Streik zu unterstützen, um ihm zum Erfolg zu verhelfen: Die Gewerkschaftsapparate reagieren vornehmlich mit Solidaritätsfloskeln und beschränken sich auf vereinzelte, lokale Mobilisierungen. In der radikalen Linken findet der Streik zunehmend Beachtung, provoziert aber dennoch kaum mehr als routinierte Zurückhaltung. Wer nicht gerade vor Ort ist, geht davon aus, ohnehin nichts ausrichten zu können. Auch wir haben die Ereignisse lange Zeit zu wenig beachtet, was sich aber angesichts des Konflikts mit der Gewerkschaftsführung und des Durchhaltevermögens der Streikenden ändern muss!

Denn obwohl er einen vergleichsweise kleinen Betrieb betrifft, hat der Streik bei Neupack eine außerordentliche politische Bedeutung. Wenn er verloren geht, ist dies ein Schritt mehr zur Entrechtung der Arbeitenden. Ein Sieg jedoch, mithilfe des Ausbaus der Selbstorganisation und der Solidarität, würde ein wichtiges Zeichen für hunderttausende ArbeiterInnen setzen, kommende Kämpfe stärken und helfen, die gewonnenen Erfahrungen zu verallgemeinern.

Dazu sind seitens der radikalen Linken vor allem zwei Dinge notwendig: Zum einen müssen die Strukturen der Solidarität gestärkt werden, indem beispielsweise Soli-Kreise in weiteren Städten aufgebaut werden, die über den Streik informieren und konkrete Solidaritätsmobilisierungen bis hin zu Blockadeaktionen organisieren. Dazu gehört auch, Druck auf die DGB-Gewerkschaften aufzubauen, damit diese ihren Solidaritätsversprechen auch Taten folgen lassen, durch die Mobilisierung ihrer gesamten Basis und der Zusammenführung des Neupack-Streiks mit anderen aktuellen Kämpfen.

Zum anderen brauchen die Streikenden Unterstützung gegen die Gewerkschaftsführung der IG BCE. Der antibürokratische Geist muss gestärkt und ihm zum Durchbruch verholfen werden. Dazu ist es nötig, die Zentralität der Streikdemokratie und der Selbstorganisation der Streikenden aufzuzeigen, verbunden mit einem Programm, welches diese Erfahrungen verallgemeinert, damit aus dem Neupack-Streik ein Impuls für eine antibürokratische Bewegung in den Gewerkschaften entsteht und die Gewerkschaftsbasis ihre Organisationen aus den Händen der BürokratInnen zurückerobert. Dies ist auch ein Kampf gegen die Ideologie der Sozialpartnerschaft und dafür, dass die KapitalistInnen ihre Krise selbst zahlen müssen!

★ Für einen Tarifvertrag!
★ Gegen jede Repression seitens des Staates und der Geschäftsführung! Sofortige Einstellung aller Verfahren gegen die Streikenden! Rücknahme aller Kündigungen und Abmahnungen!
★ Für tägliche Streikversammlungen! Für die demokratische Wahl und Abwählbarkeit der Streikleitung!
★ Keine geheimen Verhandlungen! Volle Transparenz, damit alle Streikenden die demokratische Kontrolle über die Verhandlungen erlangen können!
★ Für eine Ausweitung der Solidarität! Unterstützung der Streikenden gegen die Bosse und die Manöver der Gewerkschaftsführung!
★ Gegen Sozialpartnerschaft und Standortlogik!
★ Für eine antibürokratische, klassenkämpferische Strömung in den Gewerkschaften!

ZUM WEITERLESEN

Interview mit Murat Günes:
➟ **www.klassegegenklasse.org/interview-vier-monate**

Alle Texte von RIO zu Neupack:
➟ **www.klassegegenklasse.org/kategorie/arbeiterinnenbewegung/neupack/**

Soli-Kreis Neupack:
➟ **solikreis.blogsport.de**



2. http://www.igbce-blogs.de/neupack/



Eine Konferenz für die Bürokratie

Vom 1.-3. März organisierte der ver.di-Bezirk Stuttgart gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Konferenz „Erneuerung durch Streik" mit 450 TeilnehmerInnen

von **Tom Hirschfeld** und **Mark Turm** (RIO, Potsdam/Saarbrücken)

„*Streiken ist geil.*" Die Überschrift aus der jungen Welt fasste diese Konferenz eigentlich ganz gut zusammen: Streiken ist nämlich gar nicht so schlimm, wie man als GewerkschaftsfunktionärIn immer so denkt. Es kann zwar vorkommen, dass man sich dafür aus seinem Sekretärs-Sessel erheben muss, aber dafür wird man dann auch reich belohnt: Man darf echte ArbeiterInnen beobachten, die – geradezu auf Kommando – geschlossenen durch die Straßen demonstrieren, dabei sogar noch Gewerkschafts-Fahnen schwenken und kämpferische Sprüche rufen. Da bekommt man schonmal Gänsehaut. Und wenn man dann noch ein bisschen Glück hat, dann regt sich die Geschäftsführung so sehr darüber auf, dass sie bei einem im Büro anruft, ein bisschen meckert und dann Verhandlungen anbietet. Bevor der Nervenkitzel zu groß wird, sollte man das Abenteuer dann aber auch für beendet erklären. Wer dabei doch nochmal etwas neues ausprobieren will, fragt die KollegInnen dann vielleicht noch, wie sie den Streik denn so fanden und ob sie sich jetzt auch schon viel besser fühlen. Immerhin sollen sie ja auch mit einbezogen werden.

Das ist zumindest – wenn auch nicht immer so offen formuliert – der Haupttenor der Podiumsbeiträge auf der Konferenz „Erneuerung durch Streik" in Stuttgart gewesen. Die meisten TeilnehmerInnen waren eben FunktionärInnen, die bestens in den gewerkschaftlichen Apparat eingebunden sind, darunter prominente GewerkschaftsbürokratInnen von der Linkspartei wie Klaus Ernst oder Bernd Rixinger. Kämpferische Stimmen aus den Betrieben waren dagegen eine kleine Minderheit. Kämpferische Betriebsräte durften zwar auf dem Podium sprechen, allerdings immer nur „kurz". Denn die Zeit drängte und die Agenda war voll.

So zeigte sich, dass die Veranstaltung keine Konferenz mit Diskussionen und Beschlüssen werden sollte, sondern vielmehr eine Bildungsveranstaltung für FunktionärInnen. Die nächste bundesweite Konferenz soll erst 2014 im ver.di-Bezirk Hannover stattfinden, und das trotz der bevorstehenden Massenentlassungen bei Opel, des anhaltenden Streiks bei Neupack, der geplanten Schließung des Coca Cola-Werkes in Hamburg, usw.

Am Freitagabend waren internationale GewerkschaftsbürokratInnen auf dem Podium, die von den Protesten in ihren Ländern berichteten. In der anschließenden kurzen „Diskussion" wiesen wir von RIO darauf hin, dass es möglichst praktische Ergebnisse der Konferenz geben sollte und das insbesondere die Unterstützung für Neupack und andere aktuelle Kämpfe sowie eine Konferenz der Beschäftigten der Automobilindustrie vorangetrieben werden sollten. Für solche konkreten Überlegungen war im offiziellen Programm jedoch kein Platz vorgesehen. So war stattdessen mehrfach die bürokratische Begründung zu hören, es gäbe neben den vorgesehenen Vorträgen und Berichten über vergangene Streiks keine Zeit für die Besprechung aktueller Kämpfe.

Am Sonntag kam es zu einer Plenumsdiskussion über eine Resolution zur Kündigung der Leiharbeits-Tarifverträge. Ein IG-Metall-Funktionär sprach sich zuerst für die Abschaffung der Leiharbeit aus, bezeichnete jedoch im selben Atemzug eine Abstimmung der Resolution als undemokratisch (weil das ja über die Köpfe der nicht Anwesenden hinweg geschehen würde!). Gleiches galt bei der Forderung eines anwesenden Kollegen, die Streikkonferenz sollte sich direkt für das Verbot von Leiharbeit einsetzen. Der „Kompromiss" vom Podium war dann, in die Runde zu fragen, ob jemand etwas dagegen hätte, dass die Diskussion darüber in den Gewerkschaften weiter geführt wird. Als niemand die Hand hob, wurde das als einstimmiger „Beschluss" vermerkt. Punkt.

Murat Günes, Betriebsratsvorsitzender bei Neupack, wurde kurzfristig in das Podium am Samstagvormittag aufgenommen. Dass er über den Streik bei Neupack nach dem Hauptreferat von Bernd Rixinger sprechen dürfte, war ein Zugeständnis der VeranstalterInnen an die kämpferischsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse. Doch lediglich 10 Minuten wurden den zur Zeit kämpferischsten KollegInnen der BRD zugestanden. Eine Diskussion darüber, wie die Konferenz diesen Streik praktisch hätte unterstützen können, wurde trotz Aufforderung der Streikenden nicht zugelassen. Immerhin wurde eine Streikkasse herumgegeben, aber darüber hinaus nicht über praktische Solidarität nachgedacht.

Bedauerlich war, dass die anwesenden Gruppen der revolutionären Linken es nicht für nötig hielten, Druck in diese Richtung auszuüben. Die Intervention von Marx21, der SAV oder der GAM beschränkte sich leider auf die mehr oder weniger passive Beobachtung der Konferenz. Stattdessen wäre es angebracht gewesen, *„die Anstrengungen für Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit weiter zu verstärken, noch intensiver den Schulterschluss mit anderen in Auseinandersetzungen stehenden Belegschaften zu suchen und den Druck auf die Führung aller DGB-Gewerkschaften zu erhöhen"*[1], so wie es die GenossInnen der SAV in einem Artikel über Neupack selbst gefordert hatten. Doch diese richtigen Vorschläge wurden leider nicht umgesetzt.

So verpasste die revolutionäre Linke eine gute Gelegenheit, um einen antibürokratischen Kampf voranzutreiben, der auch gegen die Sozialpartnerschaft und die Standortlogik der Gewerkschaftsspitzen gerichtet wäre. Gerade der Kampf bei Neupack hätte sich wunderbar angeboten, genau diese Ideologie zu bekämpfen, da dort ausgerechnet ein deutsches mittelständisches Unternehmen offenkundig nichts von Sozialpartnerschaft wissen will.

Mit unserer Intervention konnten wir von RIO die Erfahrung machen, dass es dennoch ArbeiterInnen und Studierende unter den TeilnehmerInnen gab, die für antibürokratische Positionen offen waren. Das macht uns Mut für die Zukunft, denn wir brauchen nicht eine etwas „linkere" Gewerkschaftsbürokratie, die ihrer Basis ein bisschen mehr „Partizipation" erlaubt. Wir brauchen eine antibürokratische Basisbewegung, die wirkliche Streikdemokratie erkämpft.



Streikdemokratie statt „Partizipation"! (Flugblatt für die Konferenz in Stuttgart)
➟ **www.klassegegenklasse.org/streikdemokratie-statt-partizipation**


Streikdemokratie statt „Partizipation"!
www.KLASSE GEGEN KLASSE.org



1. Sebastian Rave: „Neupack seit vier Monaten bestreikt". http://www.sozialismus.info/2013/03/neupack-seit-vier-monaten-bestreikt/.

Kleiner Aufstand an der FU

Eine Bilanz der Proteste gegen die RSPO an der Freien Universität Berlin

von **Waffen der Kritik** an der FU

An den deutschen Universitäten ist seit dem Ende der großen Bildungsstreiks von 2009/2010 nicht viel passiert. Umso überraschender war es, als eine neue Studienordnung an der Freien Universität Berlin einen kleinen Aufstand auslöste.

Im Juni 2012 sickerte ein Entwurf für eine neue „Rahmenstudien- und Prüfungsordnung“ (RSPO) an die Studierenden durch. Das Präsidium, unter dem seit 2010 amtierenden Präsidenten Peter-André Alt, wollte eine Reihe von Verschlechterungen für die Studierenden ohne viel Diskussion vom Akademischen Senat verabschieden lassen. Die neue Ordnung war vom neuen Berliner Hochschulgesetz, das im Mai 2011 mit den Stimmen der damaligen Senatsparteien SPD und Linkspartei beschlossen wurde, vorgeschrieben – aber an der FU sollte mit einer besonders restriktiven Auslegung des Gesetztes ein Angriff auf die Rechte der Studierenden durchgeführt werden.

Bei der ersten Vollversammlung am 6. Juni, die mit 700 Studierenden den größten Hörsaal füllte, wollten die Studierenden mit dem Präsidium reden – doch dieses verweigerte jede Diskussion, bis die Studis ihre Tür fast eintraten! Über die nächsten Monate gab es immer wieder Vollversammlungen und Demonstrationen, mehrmals wurden Sitzungen des Akademischen Senats von Studierenden gesprengt. Das Präsidium bezeichnete sich selbst als „dialogbereit“, wollte jedoch keine wesentlichen Zugeständnissen machen. Stattdessen setzte es immer mehr auf Repression, um die RSPO endlich am 20. März 2013 beschließen zu können.

Wir von der marxistischen Gruppierung **Waffen der Kritik** an der FU Berlin, die aus AktivistInnen der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) und unabhängigen Studierenden besteht, waren von Anfang an Teil dieser Protestbewegung, auch wenn wir nicht zum kleinen Kern des BIldungsstreik-Plenums gehörten. Davon wollen wir nun eine Bilanz ziehen: Angesichts eines dilettantischen Präsidiums und eines relativ breiten Sektors der Studierendenschaft, der zum Kampf bereit war – warum konnten die Studierenden nicht gewinnen? Hier reicht es nicht, auf die strukturelle Übermacht des Präsidiums zu verweisen – welche Lehren müssen wir ziehen, um die nächste Protestbewegung schlagkräftiger zu machen?

Hochschul-Demokratie...

Die Universitäten der BRD sollen „demokratische“ Institutionen sein. Doch seit 1973 schreibt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vor, dass es in allen universitären Gremien eine Mehrheit von ProfessorInnen geben muss, weil sie angeblich die einzigen TrägerInnen der Freiheit von Lehre und Forschung seien. Deswegen gibt es etwa an der FU von den 25 Mitgliedern des Akademischen Senats nur vier VertreterInnen der Studierenden, aber 13 der ProfessorInnen. Dabei machen Studierende 87% der Universitätsangehörigen aus, ProfessorInnen knapp 1%.

Selbst die Mechanismen dieser Scheindemokratie – die stärker an ein feudales Ständesystem als an eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie erinnert – wurden in den letzten Jahren vom FU-Präsidium untergraben. Die Ursache dafür ist nicht beim Präsidenten Alt zu suchen (und auch nicht bei seinem besonders verhassten neoliberalen Vorgänger Dieter Lenzen). Vielmehr liegt es an den Angriffen der herrschenden Klasse auf das Bildungssystem in den letzten Jahren, um dieses noch stärker an die Bedürfnisse der Wirtschaft anzupassen, zum Beispiel mit dem Bologna-Prozess. Studierende sollen sich mehr mit Klausuren und weniger mit (Hochschul-)Politik beschäftigen.

Eine Reihe von studentischen AktivistInnen konzentriert sich auf die Arbeit in den Gremien dieser Scheindemokratie. Wir schätzen es, dass sie die Studierendenschaft über die Vorhaben des Präsidiums informieren und, soweit es geht, Widerstand innerhalb dieser bürokratischen Strukturen leisten. Doch letztendlich kann man in den Gremien nichts erreichen, denn dort haben wir Studierenden 16% der Stimmen. Aber in jedem anderen Raum der Universität haben wir unsere 87%-Mehrheit, die wir mit Demonstrationen, Versammlungen und Besetzungen zum Vorschein bringen können.

Eine Fixierung auf Gremienarbeit kann einer Protestbewegung die Zähne ziehen, da der Schwerpunkt weg von einem besetzten Hörsaal und hin zu einem „runden Tisch“ verlagert wird. Wie wir 2009/2010 beobachten konnten, sind die ProtagonistInnen dann nicht mehr die Protestierenden, sondern einige wenige „ExpertInnen“, die sich mit den Paragraphen auskennen und mit am Verhandlungstisch sitzen. Außerdem leistet diese Gremien-Fixierung der Vorstellung Vorschub, innerhalb der bürgerlichen Universität eine kleine Insel der Freiheit errichten zu können – anstatt aus den Erfahrungen der letzten Bildungsstreiks zu lernen, dass kleine Zugeständnisse die grundlegende Situation zwar nicht verbessern können, aber trotzdem als Mittel zur Delegitimation unserer Interessen verwendet werden.



FU-Präsident Peter-André Alt umgeben von Studierenden

...und Hochschul-Repression

Eine undemokratische Universität braucht zwangsläufig Mittel, um eventuellen studentischen Protest zu unterdrücken. Im Laufe der Proteste gegen die RSPO sahen wir verschiedene Beispiele von Repression: Am 23. Januar ließ das Präsidium das Hauptgebäude von 80 PolizistInnen abschirmen; am 6. Februar führte es die Senatsmitglieder an einen geheimen Ort und ließ dort Protestierende von Securitys verprügeln, die offensichtlich der rechten „Türsteherszene" zuzurechnen waren. Obwohl die Polizei eine explizite Einladung vom Präsidenten braucht, um auf dem Universitätsgelände eingreifen zu können, wollte das Präsidium nicht zu diesem Polizeieinsatz Stellung nehmen – offensichtlich eine peinliche Angelegenheit. Warum kam es zur „Eskalation" oder zur „Verhärtung der Fronten"?

Einerseits haben wir es mit einer besonders dilettantischen Leitung der Universität zu tun: Statt mit langwierigen und langweiligen Gesprächsrunden und kosmetischen Zugeständnissen die reformistisch Gesinnten unter den Protestierenden zu befriedigen – wie studentische Proteste schon oft genug beendet wurden –, reagiert diese jüngere Generation der UnibürokratInnen schon auf die kleinsten Proteste völlig überfordert und setzt auf paramilitärische Lösungen. Mit der Repressionskarte haben sie selbst immer mehr Studierende in die Auseinandersetzung über die RSPO hineingezogen.

Andererseits muss jedes kapitalistische Bildungssystem Elemente von Repression beinhalten. Denn es geht letztendlich immer um die Ausbildung gefügiger Arbeitskräfte für den kapitalistischen Markt (mit einigen wenigen Ausnahmen, die später selbst ManagerInnen oder KapitalistInnen werden). Die „Freiheit" des Marktes muss durch die „besonderen Formationen bewaffneter Menschen" der herrschenden Klasse verteidigt werden – genauso muss auch die Herrschaft der Bourgeoisie über die Universität letztendlich durch Gewalt gesichert werden, wenn andere Mittel dazu nicht ausreichen. Wir haben uns bemüht, die breite Ablehnung der Studierenden gegen diesen Polizeieinsatz zu einer politischen Kampagne zu machen.

Autonome Politikformen ...

Die meisten AktivistInnen, die die Proteste organisierten, würden wir als „Autonome" bezeichnen. Über viele Monate haben wir gemeinsam mit ihnen demonstriert, aber wir hatten auch immer wieder kontroverse Diskussionen darüber, welche Politik notwendig war, um die RSPO zu verhindern. Deswegen möchten wir eine solidarische Kritik an autonomen Politikformen formulieren.

Wir MarxistInnen treten für eine Rätedemokratie als Alternative zur bürgerlich-parlamentarischen Diktatur des Kapitals ein – deswegen versuchen wir bei jeder Auseinandersetzung, die demokratische Selbstorganisierung der Unterdrückten voranzutreiben, um erste Schritte hin zum Aufbau von Räten zu machen. Konkret auf die Universität bezogen heißt das, dass Vollversammlungen der Protestierenden alle Entscheidungen treffen sollten.

Bei den Protesten gegen die RSPO jedoch wurde das nicht so praktiziert: Zwar gab es Vollversammlungen, aber diese dienten lediglich dem Informationsaustausch. Entscheidungen über die nächsten Schritte wurden nur beim „Bildungsprotest-Plenum" getroffen – dieses war nicht nur wesentlich kleiner als die Vollversammlungen (mit 10–20 statt bis zu 700–800 TeilnehmerInnen), sondern aufgrund der häufigen und besonders langen Sitzungen für die meisten Studierenden schon aus Zeitgründen nicht zugänglich. Hinzukommt, dass nur im Kreis der schon dort Aktiven für sie mobilisiert wird.



Dieser Mangel an beschlussfähigen Vollversammlungen führte dazu, dass es kein klares Mandat für die Aktionen gegen die RSPO gab – das Präsidium konnte behaupten, nur eine kleine radikale Minderheit sei gegen ihre Politik. Deswegen gab es auch wenige „MultiplikatorInnen": Jemand, der eine bestimmte Aktion selbst in der Versammlung mit beschließt, wird auch am zuverlässigsten zum Gelingen der Aktion beitragen.

Darauf entgegnen unsere autonomen MitkämpferInnen, dass sie eine Vollversammlung grundsätzlich undemokratisch ist: Was ist mit den Leuten, die die Entscheidung der Mehrheit nicht gut finden? Werden sie nicht ausgeschlossen? Man kann zwar in einer Arbeitsgruppe mit fünf Personen nach vielen Stunden einen Konsens zu allen Fragen finden – doch dabei schließt man die Hunderten Studierenden, die dafür keine Zeit haben, umso gründlicher aus.

Die Strukturen, die zwischen den Vollversammlungen arbeiten, sollten von der Vollversammlung gewählt und legitimiert sein. Nicht „irgendjemand", der/die gerade Zeit hat, sollte die Protestbewegung gegen die RSPO vertreten, sondern die gewählten Vertrauenspersonen der Studierenden selbst. Diese gewählten Vertrauenspersonen sollen den Studierenden gegenüber direkt verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein – sobald sie das Vertrauen der Studierenden missbrauchen, sollen sie abgewählt werden können. Dies erscheint uns als die einzige demokratische Variante, die gewährleistet, dass diejenigen mit weniger Zeit in die Proteste eingebunden und auch ihre Meinungen und Interessen beachtet werden.

Wir erleben die merkwürdige Situation, dass wir MarxistInnen von Autonomen als eine „autoritäre" Avantgarde kritisiert werden – obwohl wir dafür eintreten, dass alle Entscheidungen von der Masse getroffen werden, während die Autonomen die Entscheidungen einer kleinen, selbsternannten „Elite" überlassen! Aktionen, die nach dem „Initiativprinzip" im kleinen Kreis beschlossen werden, können aber nie so kraftvoll sein wie Mobilisierungen der Massen. Diese Art von „Basisdemokratie im Hinterzimmer" mag für die wenigen Beteiligten besonders demokratisch wirken – doch sie gibt der breiten Masse keinerlei Stimme und ist deswegen nicht demokratisch.

... und eine marxistische Alternative

Wenn wir eine „Demokratisierung der Universität" fordern, dann sollten wir bei unseren eigenen Protesten damit anfangen! Denn die Erfahrungen der Selbstorganisierung der Protestierenden in einer Bewegung sollen nur eine Vorstufe sein zum Sturz der undemokratischen, kapitalistischen Strukturen der Uni und der Selbstverwaltung von allen Lernenden und Lehrenden. Wir wollen nämlich keine „Viertelparität" in den Gremien sondern das Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme".

Doch eine demokratische Universität in einem kapitalistischen System ist ein bisschen wie ein Iglu in der Wüste: wäre eine schöne Sache, ist aber kaum machbar und erst recht nicht haltbar. Die Selbstorganisierung der Studierenden – und die Öffnung der Universitäten für alle, die etwas lehren oder lernen wollen, unabhängig von ihren Qualifikationen und ihrer finanziellen und sozialen Situation – im Kampf für ein selbstbestimmtes Bildungssystem macht nur Sinn als Teil des Kampfes für eine Gesellschaft, in der die breite Mehrheit, die arbeitende Bevölkerung also, die Macht der KapitalistInnen bricht und die Produktionsmittel selbst verwaltet. Eine sozialistische Gesellschaft würde eine Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit und ein selbstverwaltetes Lernen und Lehren von allen bedeuten.

Deswegen suchen wir als marxistische Studierende die Verbindung zu den Kämpfen der ArbeiterInnenklasse. Die Einheit von Arbeitenden und Studierenden ist ein wichtiger erster Schritt, um gegen die Herrschaft des Kapitals zu kämpfen. Dazu schlagen wir vor, dass wir im kommenden Semester eine große Kampagne gegen Prekarisierung an der Universität aufbauen. Mit einem Kampf gegen unsichere Arbeitsverhältnisse – im akademischen Mittelbau, in der Mensa, in der Reinigung – könnten wir eine konkrete Verbindung zwischen Arbeitenden und Studierenden herstellen. Diese Kampagne muss darauf zielen, die Selbstorganisierung aller Unterdrückten voranzutreiben.

Eine Chronik der Proteste gegen die RSPO gibt es auf unserer Website.

Gegen Diskriminierung auf dem Feld!

Die Geschichte des kämpfenden homosexuellen Schiedsrichters Halil Ibrahim Dinçdağ

von **Baran Serhad** (RIO, München)

Der türkische Schiedsrichter Halil Ibrahim Dinçdağ wurde im Jahr 2009 nicht mehr als Schiedsrichter engagiert, nachdem seine homosexuelle Orientierung dem türkischen Fußballverband bekannt geworden war.

Wegen der homophoben Stimmung hatte er seine Homosexualität zunächst verheimlicht. Erst als er zum Militärdienst eingezogen werden sollte, bekannte er sich vor der Ärztekommission zu seiner Homosexualität, um dem Dienst an der Waffe zu entgehen. Zwei Monate später, nachdem er dem Fußball-Landkreisverband den Befreiungsschein vorgelegt hatte, wurde ihm vom diesem mitgeteilt, dass er nicht mehr beauftragt wird, offizielle Spiele zu pfeifen. Laut dem Verband sei er nicht für Spiele geeignet, weil er den Militärdienst verweigert hätte. Später gab der Verband als offiziellen Grund „mangelnde Fitness" an. Dinçdağ wurde auch zur Aufstiegsprüfung zur höheren Liga nicht zugelassen. In zunächst letzter Hoffnung, seinen Beruf weiter ausüben zu können, stellte er beim türkischen Fussballverband einen Zulassungsantrag, der jedoch ebenfalls abgelehnt wurde.

Kurz nach dem Antrag auf Zulassung wurden in den türkischen Medien Schlagzeilen über einen homosexuellen Schiedsrichter veröffentlicht, später auch unter Nennung seiner Heimatstadt sowie der Abkürzung seines Namens: H.I.D. Da es in der Stadt keinen anderen Schiedsrichter gibt, der sich H.I.D. abkürzen ließe, war Halil dechiffriert. Er musste sich im Fernsehen als homosexuell outen, was auch dazu führte, dass er seine Familie und sein soziales Umfeld hinter sich lassen und nach Istanbul ziehen musste, um Anfeindungen zu entgehen. Auch vom lokalen Radiosender Bayrak FM, bei dem er jahrelang als Radiomoderator gearbeitet hatte, wurde ihm gekündigt.

Dinçdağ klagte vor Gericht gegen die Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte und strengte eine Klage zur Wiedereinstellung als Schiedsrichter an. Dieser Prozess dauert seit 2009 an. Dinçdağ gab bekannt, er werde notfalls auch vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen. Er bekam in diesem Zeitraum sowohl von türkischen als auch von ausländischen Fußballfans sowie von einigen LGBT[1]-Organisationen Unterstützung.

1. Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender.



Halil Ibrahim Dinçdağ kämpft für seine Rechte

Die Geschichte von Halil führt uns zur Frage der Ursachen und Folgen von Homophobie. Ausgehend von der Familie entstand das herrschende, heterosexistische Geschlechterregime, das das ganze gesellschaftliche Feld auf die männlich-weibliche Dualität beschränkte. LGBT-Menschen wurden dabei als abweichend begriffen und dadurch von der Gesellschaft ausgegrenzt. Diese Exklusion führte in den extremsten Fällen zu Pogromen gegen LGBT-Menschen. Der gesellschaftliche Druck auf LGBT-Menschen und die heterosexuelle Zwangsmonogamie entspringen ursprünglich der Entstehung der bürgerlichen Familie mit dem Privateigentum und der Erbschaft als Grundlage. Die Monogamie ordnete die Frau aufgrund der ökonomischen Machtverhältnisse dem Mann unter, und der Kapitalismus drängte der Frau die Notwendigkeit auf, eine Haussklavin zu sein. Die Frau in einer bürgerlichen Ehe hatte die Aufgabe der Fruchtbarkeit, der Kindererziehung und des Befriedigens der sexuellen Bedürfnisse des Mannes. Die ökonomische Hegemonie des Mannes ermöglichte ihm, die ökonomische Versorgung der Frau zu übernehmen.

Die fundamentale Reproduktionsfunktion der Familie schafft die ProduzentInnen und KonsumentInnen. Damit erfüllt der Familie eine Funktion als unverzichtbaren Bestandteil frühkapitalistischer Produktionsverhältnisse. Jedoch besteht heute, nach der Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise im Zusammenhang mit der Erweiterung und Steigerung der Produktion, keine unbedingte Notwendigkeit mehr für die heterosexuelle Familie zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals. Sie erfüllt aber heute noch eine prägende gesellschaftliche Disziplinierungsfunktion, und in den Zeiten der Krisen wird diese Funktion aktualisiert.

Selbstverständlich hat der Überbau des Kapitalismus mit der Geschichte der organisierten LGBT-Bewegung Änderungen erlebt. In vielen Ländern haben die LGBT-Menschen Errungenschaften erzielt und ihre Rechte erkämpft. Doch die Diskriminierung von Homosexuellen ist nicht überwunden, denn die Gleichstellung ist nicht vollständig verwirklicht. Die herrschende Klasse hat nur die dem System angepassten Homosexuellen integriert. Noch heute wird vielen LGBT-Menschen eine geregelte Lohnarbeit verwehrt. Viele Arbeitsstellen und Institutionen bleiben ihnen verschlossen.

Auch die Diskriminierungen von Homosexuellen an den Arbeitsplätzen bringen die LGBT-Menschen oft in die Isolation. Ihnen bleibt teils nur ungeregelte Sexarbeit, die noch unmenschlicher als normale Lohnarbeit ist, und dabei gewerkschaftlich noch weitaus schlechter organisiert ist. Es ist kein Zufall, dass der Druck auf LGBT-Menschen in den Zeiten der kapitalistischen Krise steigt. Wenn die ArbeiterInnenklasse und die benachteiligten Teilen der Gesellschaft sich organisieren, setzt die herrschende Klasse als letzte Methode auf die faschistische Karte, einerseits um die organisierten ArbeiterInnenbewegungen zu zerschlagen, andererseits um ihre „Ordnung" zu befestigen. Die in den Krisenzeiten gestärkten faschistischen Gruppierungen greifen gezielt LGBT-Menschen an. Die faschistische griechische Partei Chrysi Avgi ist eine solche Erscheinung.

Um den Kapitalismus zu überwinden, müssen die Lohnabhängigen aller Länder mit den unterdrückten Teilen der Gesellschaft eine Einheit bilden, denn nur vereint kann der Kapitalismus besiegt werden! In Betrieben, Schulen und Straßen muss die Homophobie und der Heterosexismus thematisiert und bekämpft werden! Nur die sozialistische Revolution kann die Grundlagen für eine wirkliche Gleichberechtigung verschiedener sexueller Lebensweisen ermöglichen! Sofortige Wiedereinstellung von Halil Ibrahim Dinçdağ als Schiedsrichter!



Eine neue Etappe

von **Suphi Toprak** (RIO, München)

Die Welt befindet sich im fünften Jahr der kapitalistischen Krise. In diesen Jahren sind Massenaufstände in der arabischen Welt, Generalstreiks in Europa, imperialistische Kriege und weitere Krisenerscheinungen Teil des Alltags geworden. Wie überraschend für viele bürgerliche PolitkerInnen die Krise kam, so frappierend wollten sie zu Beginn des Jahres 2013 die Krise für beendet erklären. Der Präsident der Europäischen Kommission Barroso hat selbstbewusst erklärt: *„Die existenzielle Bedrohung für den Euro ist grundsätzlich überwunden“*[1], und der deutsche Finanzminister Schäuble meinte: *„In der Euro-Krise haben wir das Schlimmste hinter uns.“*[2] Doch zeigen die Entwicklungen der letzten Monate, sowohl auf der wirtschaftlichen Ebene (mit neuen Nachrichten über die Krise der Autoindustrie und vor allem der Fall des „Rettungspakets“ für Zypern), als auch auf der Ebene des Klassenkampfes (mit beginnenden Kämpfen in den Kernsektoren der ArbeiterInnenklasse der Industrieländer), dass die Krise alles andere als vorbei ist.

Wirtschaftliche Perspektiven

Dieser Lage können sich auch bürgerliche WirtschaftswissenschaftlerInnen nicht verschließen. Damit einher geht auch eine teilweise Infragestellung der bisherigen deutschen Austeritätspolitik. Der Spiegel-Autor Wolfgang Münchau beispielsweise stellte die deutsche Politik der Aufwertung des Euro der Abwertungspolitik des Dollars und des Sterling gegenüber und meinte: *„Die Folgen dieser Diskrepanz in der Geldpolitik zwischen EZB und fast allen anderen großen Notenbanken sind in den Märkten überhaupt noch nicht durchgesickert. Ich erwarte eine kräftige spekulative Aufwertung des Euro, die die Krise im Euro-Raum noch verschärfen wird.“*[3] Die ARD sieht die Lage ähnlich: *„Die desaströse Lage in den Euro-Krisenstaaten dürfte sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Schuld daran sind die massiven Sparbemühungen der Regierungen, welche zu einem Rückgang von Investitionen und Konsum führen dürften. Schleppende Umsetzungen von Strukturreformen stehen einer Erholung des Arbeitsmarktes insbesondere in Spanien entgegen. So weit, so desaströs das fundamentale Bild.“*[4] Hans-Werner Sinn meint in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: *„Spanien, Griechenland und Portugal müssen längerfristig im Vergleich zum Durchschnitt der Eurozone um etwa 30 Prozent billiger werden, um wieder wettbewerbsfähig zu werden, und selbst Frankreichs Preise müssen um 20 Prozent gegenüber dem Durchschnitt fallen. […] Deutschlands Preise müssen umgekehrt um etwa 20 Prozent gegenüber dem Durchschnitt steigen.“*[5] Während er also zumindest eine Auflockerung der Sparpolitik in Deutschland befürwortet, sollen die anderen Länder der Eurozone weiter diszipliniert werden.

Die Meinung, dass die Krise vorbei sei, ist der Tatsache geschuldet, dass eine neuerliche Kapitalbewegung in die Krisenländer stattfand: *„Fast 100 Milliarden Euro sind zwischen September und Dezember in die überschuldeten Staaten Griechenland, Irland, Portugal, Italien und Spanien geflossen“*.[6] Dieser Kapitalfluss in die Krisenländer führt zur Aufteilung dieser Länder unter deutschen und französischen Firmen. Der französische Präsident Hollande sagte beispielsweise bei seinem Besuch in Griechenland am 20. Februar: *„Ich bin hier, um französische Unternehmen zu mobilisieren, in Griechenland zu investieren.“* Die durch die Sparpolitik der imperialistischen Mächte gestörten Bereiche stehen dabei gerade im Fokus: *„Französische Firmen könnten bei Wasserunternehmen, Elektrizität und in anderen Branchen qualitativ hochwertige Dienstleistungen anbieten.“*[7] Die von den deutschen Medien unterstützte Auflockerung der Sparpolitik heißt also letztendlich, Sicherheiten für InvestorInnen zur Verfügung zu stellen, damit die Aufteilung der kriselnden Ländern voranschreiten kann.

Autoindustrie als Schlachtfeld der Krise

Die Auflockerung der Sparpolitik geschieht zur Zeit ohne Abwertung des Euro, was eben klar zeigt, dass die Aufteilung der Krisenländer für Deutschland und Frankreich wirtschaftlich bedeutender ist, als der Export mit abgewertetem Euro in die „Schwellenländer“. Die Folgen davon trägt gerade die Automobilindustrie. Autohersteller, die sich vor der Krise im europäischen Raum stark machten, haben Schwierigkeiten wegen der schwachen Nachfrage auf dem europäischen Kontinent und wegen des starken Euros auf den anderen Kontinenten, ihre Produkte abzusetzen. Autoexperte Ferdinand Dudenhöfer von der Universität Duisburg-Essen sagt: *„Die Industrie in Europa driftet stark auseinander. Die Unternehmen, die ihre Autos überwiegend in Europa verkaufen, haben wegen der Rezession in Südeuropa große Probleme. Und deshalb sind alle, die außerhalb Europas aktiv sind – etwa die deutschen Premiumhersteller, aber auch VW – besser aufgestellt. In Europa sitzt man in der Klemme.“*[8]

Eine neue Stufe der Krise zeigt sich also in der Autoindustrie, einem Kernsektor der ArbeiterInnenklasse, in dem die Spannung zwischen wirtschaftlichen Zwängen und Widerständen der ArbeiterInnen deutlich wird. Dudenhöfer sagt auch: *„Normal werden 15 Millionen Fahrzeuge in Europa verkauft, derzeit kommen wir auf 11,5 Millionen. Es fehlen dreieinhalb Millionen Fahrzeuge – das sind zehn Autowerke, die derzeit stillstehen, weil sie nicht gebraucht werden.“* Die Beschäftigten von Peugeot-Citroën protestierten kürzlich gegen die geplante Schließung ihres Werkes in Paris – und besetzten kurzerhand die Zentrale des Metall-Arbeitgeberverbands. Die Dynamik des Konkurrenzdrucks zwischen den Autounternehmen und die Wut der von Entlassung bedrohten Belegschaften könnte zu einem Kampf führen, bei dem die organisierten ArbeiterInnen die Forderung der Verstaatlichungen der Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle aufgreifen könnten.

Bei der wirtschaftlichen Unterwerfung der Krisenländer geht es um Sektoren wie Dienstleistungen, Strom, Wasser, das Gesundheitssystem etc., in welchen für die InvestorInnen relative

1. Ralf Streck: Barroso erklärt die Krise für beendet. http://www.heise.de/tp/artikel/38/38326/1.html
2. Bild-Interview mit Finanzminister Wolfgang Schäuble. http://www.bild.de/politik/inland/wolfgang-schaeuble/interview-euro-krise-27877812.bild.html
3. Wolfgang Münchau: Die Spur des Geldes: Wir werden uns mit Sehnsucht an 2012 erinnern. http://www.spiegel.de/wirtschaft/ausblick-2013-die-krise-kommt-nach-europa-zurueck-a-873829.html
4. ARD: Die Euro-Krise ist vorbei! Wirklich? http://boerse.ard.de/meldungen/die-euro-krise-ist-vorbei-wirklich100.html
5. Hans-Werner Sinn: Die Eurokrise ist noch nicht gelöst. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/gastbeitrag-die-eurokrise-ist-noch-nicht-geloest-12042126.html.
6. Jannis Brühl: Spekulanten fassen Vertrauen in Europa. http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/milliarden-geldstrom-in-krisenstaaten-spekulanten-fassen-vertrauen-in-europa-1.1585833
7. Deutsche Wirtschafts Nachrichten: Hollande in Griechenland: „Die Euro-Krise ist vorüber!“ http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/02/20/hollande-in-griechenland-die-euro-krise-ist-vorueber/comment-page-1/
8. Hans-Jürgen Maurus: Ein Riss geht durch Europas Autoindustrie. http://www.tagesschau.de/wirtschaft/autosalon-genf-absatzprobleme104.html



der Eurokrise?

Sicherheit besteht. Das heißt, der Kapitalfluss in diese Länder sorgt nicht für eine neue wirtschaftliche Dynamik, sondern vorhandene Strukturen werden einfach von den StatthalterInnen der imperialistischen Zentren übernommen. Eine Steigerung der Produktion und damit auch des Konsums in diesen Ländern ist nicht in Sicht. Das heißt gleichzeitig, dass die schwache Nachfrage nach Autos bestehen bleiben wird. Daher werden die Autounternehmen weitere Autowerke schließen wollen. Es könnte einerseits Versuche geben, die Verluste der Unternehmen zu sozialisieren, indem die Staatshilfe bedient wird, wie dies schon zu Beginn der Krise der Fall war. Mit einem konsequenten Kampf der ArbeiterInnen dieser Fabriken gibt es aber auch die Möglichkeit, die Autowerke unter ArbeiterInnenkontrolle zu verstaatlichen, was den einzigen progressiven Ausweg aus der Krise der Automobilindustrie darstellt.

Zypern: eine neue Etappe der Krise?

Die Eurokrise ist auch die Krise zwischen den Staaten des Kontinents. Die Spirale der politischen Instabilität zieht – nach Ländern wie Griechenland, dem Spanischen Staat und Portugal – jetzt auch Zypern, Bulgarien und Italien in ihren Sog.

Die Krise spitzte sich in Zypern dadurch zu, dass Kredite an griechische Unternehmen nicht mehr zurückgezahlt wurden. Die deutsche Regierung übte zudem Druck auf Zypern aus, um den russischen Einfluss auf der Insel zu brechen, was auch eine neue Dynamik in den deutsch-russischen Beziehungen mit sich bringen könnte. (In die Banken in Zypern fließen nämlich signifikante Mengen Schwarzgeld aus Russland.[9]) Die Regierungsübernahme der konservativen Partei erklärt sich dadurch, dass sie bereit war, die Interessen der EU und vor allem Deutschlands zur Umstrukturierung des Bankensystems gegenüber Russland durchzusetzen.

Zugleich ist Zypern auch ein Land, in dem die Grenzen der Krisenpolitik ausgetestet werden sollten: Die deutsche Bourgeoisie will ein Signal an Länder wie Spanien, Italien und Frankreich senden, wie weit sie in ihrer Krisenpolitik zu gehen bereit ist. Schlussendlich konnten massive Proteste auf der Insel die Zwangsabgabe auf Vermögen unter 100.000 Euro verhindern – dies ist ein kleiner Sieg der zypriotischen Massenbewegung. Dennoch setzt die jetzt durchgesetzte Beschränkung des Kapitalverkehrs, die Zwangsabgabe für höhere Vermögen und die Abwicklung der Laiki Bank einen neuen Maßstab der Krisenpolitik, zumal weiterhin harte Kürzungsprogramme gegen die zypriotische Bevölkerung durchgesetzt werden sollen. Kurz nach der Einigung mit Zypern verkündete der neue Vorsitzende der Euro-Gruppe Jeroen Dijsselbloem, dass dieses Modell in Zukunft auch auf andere Länder ausgeweitet werden solle. Somit könnte Zypern einen Wendepunkt in der aktuellen Krisenpolitik markieren.

In Bulgarien stürzt eine Regierung

Wie die erhöhten Preise für Getreide in den arabischen Ländern die Protestaktionen anstießen, löste die Erhöhung der Strompreise in Bulgarien eine Protestwelle aus, die zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Bojko Borissow führte.[10] Die Strompreise wurden danach wieder um 8% gesenkt. Die ArbeiterInnenklasse Bulgariens erkämpfte sich so einen ersten Sieg gegen die Krisenpolitik.

In Italien hat die Regierung Monti, die einen vorbonapartistischen Charakter besaß, derweil die Macht zurück an das parlamentarische System übergeben. Nachdem die wichtigsten Kürzungsmaßnahmen durchgeführt wurden, ist dies ein Zeichen, dass die reformistischen Kräfte die ArbeiterInnenklasse bisher im Zaum halten. Dennoch zeigt der kometenhafte Aufstieg der „Fünf-Sterne-Bewegung" unter der Führung von Beppe Grillo den Legitimationsverlust des italienischen Parteiensystems, da Grillos Programm zum Großteil aus „apolitischen", populistischen Floskeln gegen die „korrupte Politik" bestand. Es zeigt aber auch den niedrigen Grad des Klassenbewusstseins von breiten Sektoren der ArbeiterInnenklasse, weil Grillo massive gewerkschaftsfeindliche und auch rassistische Töne von sich gibt.

Ein Blick auf die kommende Kämpfe

Die ArbeiterInnenklasse in Europa läutet langsam aber sicher ein neues Kapitel im Kampf gegen die Krise ein. Die Gewerkschaftsbürokratie hat deshalb vorsorglich mit dem #14N (14. November 2012) zu einem europaweiten Aktionstag aufgerufen, der in einigen Ländern zum Generalstreik wurde, um eine Antwort auf den wachsenden Druck wichtiger Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend zu geben. Die Sparpolitik der Herrschenden wurde teilweise, wie in Bulgarien, wegen dem Widerstand aufgegeben. In Griechenland haben die Vio. Me-ArbeiterInnen die Produktion unter eigene Kontrolle übernommen.[11] In Frankreich beginnen Kernsektoren der ArbeiterInnenklasse, wie im Automobilsektor, gegen die Auswirkungen der Krise zu kämpfen. Dieser Zustand schafft eine Grundlage, auf welcher die kämpfenden Sektoren der internationalen ArbeiterInnenklasse das revolutionäre Programm auf die Probe stellen und weiterentwickeln können, wenn RevolutionärInnen gemeinsam mit ihnen intervenieren.

Ein wichtiges Element dieses Programms ist, dass jedes Unternehmen, das in der Krisenzeit seine ArbeiterInnen zu entlassen droht, ohne Entschädigungen unter ArbeiterInnenkontrolle verstaatlicht werden muss.

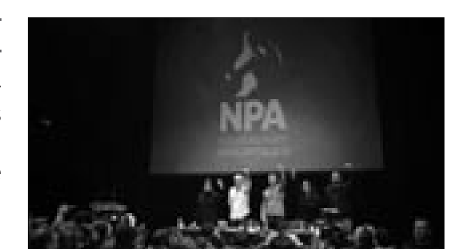
Diese Forderung gewinnt insbesondere in der Autoindustrie an akuter Bedeutung. Es gibt allerdings einen Widerspruch zwischen den notwendigen Forderungen und den Ergebnissen der Kämpfe, die durch Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsapparat immer wieder abgewürgt werden. Daher sind die ArbeiterInnen selbst gefragt, die Führung ihrer Kämpfe zu übernehmen, wo alle wichtige Entscheidungen von den ArbeiterInnen selbst getroffen werden und die Kampfleitung der jederzeitigen Kontrolle (durch imperative Mandate und jederzeitige Abwählbarkeit) durch die Basis unterliegt. Es ist die Aufgabe von RevolutionärInnen, diesen Kampf in den Gewerkschaften gemeinsam mit den progressivsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse zu beginnen und auszuweiten, als Teil einer Strategie für den Aufbau einer internationalen revolutionären Strömung.

9. Im besetzen Teil Zyperns existiert eine ähnliche Beziehung zwischen türkischem Schwarzgeld und Offshorebanken in Nordzypern. Die Türkei übte Druck auf den besetzen Teil aus, um das Bankensystem neu zu gestalten. Gleichzeitig existiert in Zypern neben den Banken ein Wuchersystem weiter. Als die WuchererInnen Widerstand dagegen leisteten, kam es zu offenen Fraktionskämpfen innerhalb der Regierungspartei UBP.
10. Josefina Martinez: Demonstrationen und Rücktritt der Regierung in Bulgarien. http://www.klassegegenklasse.org/demonstrationen-und-rucktritt-der-regierung-in-bulgarien/
11. Interview: Fabrik unter ArbeiterInnenkontrolle in Griechenland. http://www.klassegegenklasse.org/interview-fabrik-unter-arbeiterinnenkontrolle-in-griechenland/

Auf verlorenem Posten?

Bei ihrem zweiten Kongress zeigt die französische NPA die Sinnlosigkeit ihrer Strategie

von **K.A. Stern** (RIO, Berlin)



Die Führung der NPA während des Wahlkampfes im Jahr 2012

Vom 2.-3. Februar tagte im Pariser Vorort Saint-Denis der zweite Kongress der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) seit ihrer Gründung im Februar 2009. Die Partei wurde nach dem überraschenden Erfolg des Sprechers der Revolutionären Kommunistischen Liga (LCR), Olivier Besancenot, bei den Präsidentschaftswahlen 2007 gegründet. Seitdem hat sie gehörig Blut gelassen: Hatte sie bei ihrer Gründung offiziell knapp über 10.000 Mitglieder, gaben bei den Delegiertenwahlen für den zweiten Kongress nur noch ungefähr 1.600 AktivistInnen ihre Stimme ab.

Bei einem nicht unbedeutenden Teil der trotzkistischen Linken sollte dieser Kongress Aufmerksamkeit erregen, gibt es doch in vielen Ländern Projekte, die sich in verschiedener Weise positiv auf das französische Vorbild beziehen (so die ACI im Vereinigten Königreich, die NAL in der Tschechischen Republik oder der NAO-Prozess in Deutschland). Wie uns unsere GenossInnen von der Revolutionären Kommunistischen Strömung (CCR) in der NPA berichten, kann trotz des Mitgliederschwunds aber von einer kritischen Aufarbeitung der Situation in der Partei selbst kaum eine Rede sein.

Nachdem die Parteirechte der Antikapitalistischen Linken (GA) die NPA in Richtung der Linksfront (FdG) von Jean-Luc Mélenchon verlassen hatte, traten für den Kongress nunmehr folgende Plattformen an: Zum einen die Plattform X (PX), die sich hauptsächlich um die Führung der ehemaligen LCR gruppiert und die Führungsmehrheit in der NPA besitzt; die PY, die größtenteils aus der ehemaligen Jugendorganisation der LCR, der JCR, kommt und ein links-zentristisches Programm vertritt; der revolutionär-trotzkistische Flügel um die PZ, die sich aus der CCR und der *Tendance CLAIRE* bildet; des Weiteren trat zum ersten Mal auch die PW an, die autonomistische Konzepte vertritt.

Die PX, die auf dem Kongress eine knappe Mehrheit erlangte, spielte bereitwillig die Rolle der ehemaligen GA: So versucht sie sich immer stärker an die linksreformistische FdG anzubiedern und posaunt deren vage Formel von der „Anti-Austeritäts-Regierung" hinaus. Die PY kritisiert diesen Kurs durchaus und verlangt eine stärkere Betonung des Klassenkampfes und der politischen Unabhängigkeit der NPA – kann darüber hinaus allerdings nicht viel dem unscharfen „Antikapitalismus" und „Antiliberalismus" der Parteimehrheit entgegen setzen. Dagegen setzte die PZ auf ein Programm der politischen Unabhängigkeit, der Verankerung in den kämpferischsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und eine internationalistische und antiimperialistische Positionierung. Als einzige Plattform ist sie nicht nur relativ, sondern auch absolut gewachsen – besonders beeindruckend, wenn man sich den großen Mitgliederschwund der NPA vor Augen führt. So bekam die PZ 2011 120 Stimmen (3,5%) und 2013 145 (9%). Das zeigt im Kleinen, dass es durchaus Mitglieder gibt, die nach einer revolutionären Politik Ausschau halten.

Die jüngste Entwicklung der NPA zeigt die strategische Sinnlosigkeit breiter „antikapitalistischer" Formationen: Die Tatsache, dass die Partei nur noch über ein Zehntel der Mitglieder im Vergleich zu ihrer Gründung vor vier Jahren verfügt – sogar die Mitgliederzahl der ehemaligen LCR unterschritten hat! – straft die Behauptungen vieler zentristischer Tendenzen im Trotzkismus Lügen, es existiere ein Raum für Politik ohne eine eindeutige revolutionäre Strategie für die ArbeiterInnenklasse. Natürlich führen Zahlenspiele nicht weit, aber es ist deutlich, dass eine auf Wahlen orientierte „anti-neoliberale" Partei von RevolutionärInnen – besonders angesichts des Aufkommens sich radikal gebender linksreformistischer Parteien – keinerlei politische Perspektive hat oder bieten kann: Nach links gehende ArbeiterInnen und Jugendliche geben bei Wahlen ihre Stimme viel eher den „ehrlichen" ReformistInnen der Linksfront Mélenchons als einer Partei von RevolutionärInnen, die so tun, als seien sie LinksreformistInnen.

Nicht nur in vielen internationalen Beispielen, wie dem offenen revolutionären Prozess in Ägypten, wo vor allem die ArbeiterInnen aus Mahalla eine treibende Rolle gespielt haben und noch spielen, sondern auch in der sich regenden Avantgarde der französischen ArbeiterInnenklasse kann die Parteimehrheit der NPA die direkte Widerlegung ihrer Geringschätzung des Klassenkampfes finden. In diesem Moment liefern sich immer mehr Sektoren in Frankreich, auch im Umfeld der NPA, verschärfte Kämpfe mit der Bourgeoisie und dem Versuch ihres Staates, die Krise auf Kosten der lohnabhängigen und unterdrückten Bevölkerung zu „lösen". Es wird immer deutlicher, dass eine antikapitalistische Partei eine Perspektive nur ihm Klassenkampf und dem Proletariat finden wird.

Die PZ wandte sich in den vielen Debatten vor und während des Kongresses direkt gegen den opportunistischen Kurs der Parteimehrheit und schlug der PY vor, einen Block gegen diese liquidationistische Politik zu bilden. Leider wurde dieser Vorschlag nicht gehört und die PY beschränkte sich auf eine „Marschroute", die noch nicht einmal eine klare Orientierung, geschweige denn einen Kampfaufruf gegen die reformistische Strategie der Parteiführung beinhaltet.

Durch eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema „Warum Trotzki?" führte die CCR einen ideologischen Kampf, durch den sie eine Reihe neuer GenossInnen für den Kampf innerhalb der NPA gewinnen konnte. Darüber hinaus zeichnete sie sich in den letzten Monaten durch eine aktive Teilnahme an den Prozessen der Neugruppierung der Avantgarde der ArbeiterInnenklasse in Frankreich aus. Dies ist ein kleines Beispiel dafür, wie eine prinzipienfeste Politik in einer Partei wie der NPA aussehen kann.

Genauso macht eben auch der zweite Kongress der Neuen Antikapitalistischen Partei deutlich, dass die trotzkistische Linke ihre Aufgaben verfehlt, wenn sie Illusionen in die Möglichkeit breiter, antikapitalistischer Neugründungen streut. Vielmehr ist es dringender denn je, in Frankreich in der NPA, aber genauso auch überall auf der Welt, den Kampf für eine klassenkämpferische ArbeiterInnenbewegung, für eine revolutionäre Partei als Teil einer revolutionären Internationale auf der Grundlage des Programms der Vierten Internationale voranzutreiben.



Interview mit Guillaume Loïc über das Treffen bei *Sciences Po*:
➟ **www.klassegegenklasse.org/interview-gegen-entlassungen**

Seite der CCR (auf Französisch):
➟ **www.ccr4.org**





ArbeiterInnen an der Elite-Uni

500 ArbeiterInnen und Studierende setzen Zeichen für Zusammenführung der Kämpfe

von **K.A. Stern** (RIO, Berlin)

Am 24. Januar hatten die französischen Gewerkschaftsverbände CGT und SUD, mit Unterstützung der Linksfront (FdG) und der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA), zu einem Treffen gegen Entlassungen und für die Zusammenführung der Kämpfe aufgerufen. Auf dem Podium des mit über 500 Menschen gut besuchten größten Hörsaals der Pariser Eliteuniversität *Sciences Po* traten AktivistInnen der wichtigsten aktuellen Kämpfe der französischen ArbeiterInnenklasse auf.

ArbeiterInnen von den Autoherstellern PSA und Renault, der Reifenfabrik Goodyear Amiens, der Ladenkette Virgin, des Pharmaunternehmens Sanofi, des Zeitungszustellers Presstalis, Air France und der Kampagne *Licenci'elles* berichteten von ihren Kämpfen – Abwehrkämpfen gegen einen mit zunehmender Härte geführten Klassenkampf von oben. Denn auch wenn sich Millionen französischer ArbeiterInnen und Jugendlicher Illusionen über den neuen „sozialistischen" Präsidenten François Hollande gemacht haben, versucht die herrschende Klasse natürlich auch unter dieser Regierung, die Kosten der von ihr selbst verursachten Krise auf die lohnabhängige Bevölkerung abzuwälzen.

Die ArbeiterInnen, die an dem Treffen teilnahmen, sind VertreterInnen einzelner, aber aufsehenerregender Kämpfe – erste Anzeichen einer sich verschärfenden Situation. Phillipe Julien, ein Arbeiter von PSA Aulnay, wies auf die geplanten Entlassungen allein in der Automobilindustrie hin: 11.000 bei PSA und über 8.000 bei Renault. Dies führt zur Perspektivlosigkeit bei einer gewaltigen Anzahl von Familien. Mikaël Wamen, Kommunist und führender Kopf des Kampfes der ArbeiterInnen von Goodyear Amiens gegen die Schließung ihres Standortes, bekam sogar Morddrohungen, die die CGT der UnternehmerInnenseite zurechnet!

Unsere französischen GenossInnen in der Trotzkistischen Fraktion, die AktivistInnen der Revolutionären Kommunistischen Strömung (CCR) in der NPA, haben eine treibende Rolle bei der Organisierung dieses Treffens – auch gegen Widerstände der Parteirechten der NPA – gespielt. Ein studentischer Aktivist der CCR moderierte den Abend, weitere Studierende der CCR traten mit Unabhängigen als Teil einer Kampagne solidarischer Studierender auf, die für die Verbindung der Kämpfe der Jugend mit denen der ArbeiterInnenklasse eintritt, mit dem Ziel, eine klassenkämpferische Studierendenbewegung aufzubauen, die wie im Pariser Mai 1968 gemeinsam mit der Avantgarde des Proletariats eine Offensive gegen die herrschende Klasse startet.

Manu Georget von der CGT Dreux und der CCR zeigte dabei auch ein Beispiel des hart geführten Klassenkampfes von unten auf: Als Arbeiter der mittlerweile geschlossenen Fabrik von Philips in Dreux war er ein führender Teilnehmer der ersten Erfahrung von Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle in Frankreich seit Jahrzehnten. Als dieser Standort 2009 geschlossen werden sollte, um die Produktion in das für die Bosse billigere Ungarn auszulagern, besetzten die ArbeiterInnen die Fabrik und produzierten für zehn Tage unter ihrer eigenen Kontrolle weiter. Diese für alle KollegInnen lehrreiche Erfahrung konnte letztlich nur durch den Verrat der gelben Gewerkschaft *Force Ouvrière* beendet werden, stieß aber damals schon eine Verbindung der kämpferischsten Sektoren der Klasse in Frankreich an, wie beispielsweise die Arbeit des „Kollektivs gegen die verbrecherischen Bosse". Wie Manu bei dem Treffen in der *Sciences Po* betonte, hatte dieser Kampf auch nichts mit dem Standortpatriotismus der Gewerkschaftsbürokratie zu tun, denn *„der ungarische Arbeiter ist mein Klassenbruder, und der französische Boss, der uns hier ausbeutet, ist der gleiche, der die ärmeren Länder überfällt und ausplündert"*.

Auch die VertreterInnen der ArbeiterInnen von Virgin und Sanofi erklärten, dass es nicht darum gehen könne, eine „nationale Industrie" gegen Auslagerungen zu verteidigen. Vielmehr ginge es darum, die Lebensgrundlage der großen Mehrheit der Bevölkerung zu verteidigen, und dafür müsse man kollektiv kämpfen, gegen die Regierung, auch eine „linke" wie die Hollandes. Die TeilnehmerInnen des Treffens unterstrichen dies, als sie schließlich am Ende des Abends gemeinsam die Internationale sangen.

Am folgenden Dienstag, den 29. Januar, trugen die kämpfenden ArbeiterInnen ihre Botschaft auch auf die Straße. Wiederum gut 500 Menschen demonstrierten vor dem Arbeitsministerium. Viele aus der Automobilindustrie waren anwesend, von PSA Aulnay, von Ford Blanquefort und anderen. Eine Delegation aus ArbeiterInnen von Goodyear Amiens, Ford Blanquefort, der Kampagne *Licenci'elles* und anderen Belegschaften wurde vom Kabinettschef des Ministerpräsidenten, Michel Sapin, empfangen. Sie mussten allerdings – wenig überraschend – mit leeren Händen wieder gehen, denn natürlich ist nicht viel zu erwarten von einer Regierung, die, Hand in Hand mit der Gewerkschaftsbürokratie der CFDT, das Recht auf Arbeit zersetzt, die Atomisierung der Beschäftigten vorantreibt und Entlassungen begünstigt. Schließlich schlossen sich die DemonstrantInnen den ArbeiterInnen von Virgin an, die aufgrund polizeilicher Repression nicht an der Demonstration teilnehmen konnten, wodurch 600 Menschen vor einer Filiale von Butler, dem Hauptaktionär von Virgin, demonstrierten.

Wie Guillaume Loïc von der CCR betonte, soll sich hieraus eine starke, klassenkämpferische Strömung entwickeln, denn das Treffen und die Demonstration seien, nach dem Motto des Mai 1968, *„nur der Anfang"*!

500 Menschen in einem Saal der Pariser Eliteuniversität Sciences Po



Nein zur Interventio

Was sind die Interessen des Imperialismus im westafrikanischen Land?

von **Markus Oliver** (RIO, Potsdam)

Seit dem 11. Januar führt der französische Staat Krieg gegen die nördlichen Gebiete von Mali. Inzwischen gelang ihm die Besetzung der Kerngebiete des Nordens. Gleichzeitig begann im gesamten Land der offizielle Notstand.

Der Angriffskrieg der französischen Truppen dient der Stabilisierung des Staates Mali. Dieser ist in seiner wirtschaftlichen und damit politischen Bedeutung eine Halbkolonie der KapitalistInnen aus Frankreich. Mali ist durch den imperialistischen Wirtschaftsdruck vor allem von Seiten des Internationalen Währungsfonds (IWF) enorm destabilisiert. Dies machte für Teile der lokalen KapitalistInnen und der örtlichen StellvertreterInnen des ausländischen Kapitals bereits im März vergangenen Jahres einen Militärputsch nötig.

Die deutschen KapitalistInnen und ihre PolitikerInnen leisten der Intervention Frankreichs logistische Unterstützung und verfolgen dabei ganz eigene Pläne.

Der Staat Mali: Ein Produkt des Imperialismus

Der heutige Staat Mali ist ein Produkt des französischen Imperialismus. Von 1883 bis 1960 war sein Territorium Teil des westafrikanischen Kolonialreichs von Frankreich.

In der Zeit des direkten Kolonialismus wurden die heutigen nationalstaatlichen Grenzen gezogen, die keinerlei Rücksicht auf die wirtschaftlichen, ethnischen und kulturellen Bedingungen der vielen Völker dieser Region nahmen. Vor allem das traditionell nomadische Volk der Imushagh („Tuareg") leistete stets bedeutenden Widerstand gegen die französische Besatzung.

1960 erlangte der Staat Mali die formale Unabhängigkeit und beanspruchte die Herrschaft auf ein Gebiet, das eine Vielzahl von Nationalitäten einschloss. Nach 1960 kam es im Süden des Landes zu einer stärkeren Industrialisierung, während der klimatisch benachteiligte Norden der dort äußerst beschwerlichen Landwirtschaft überlassen wurde. Die Imushagh und Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen im Norden wurden wirtschaftlich diskriminiert. Bis heute kommt es immer wieder zu Unruhen, Aufständen und BürgerInnenkriegen.

Ab den 1980ern geißelten die imperialistischen „Strukturanpassungsprogramme" des IWF und der Weltbank das Land und destabilisierten das diktatorische Regime der „Zweiten Republik Mali". Dies führte am 26. März 1991 schließlich zu einem Generalstreik der ArbeiterInnen, inmitten eines Bürgerkrieges mit den Imushagh im Norden. Daraus entstand die „Dritte Republik", die die Form einer präsidialen Mehrparteien-Demokratie mit äußerst geringer Wahlbeteiligung besaß. Trotzdem hielt der IWF seine Wirtschaftsdiktate aufrecht, was zur Privatisierung der 20 größten Staatsunternehmen führte, d.h. dem Verkauf unter Marktwert an vor allem französisches Kapital.

Die heutige Industrieproduktion Malis macht bis zu einem Viertel der gesamten offiziellen Produktion des Landes aus. In Folge der permanenten Krisen ist die Quote neuer Investitionen jedoch rückläufig. Der Norden des Landes ist bis heute kaum entwickelt. Der Bergbau Malis liefert die drittgrößte Goldproduktion Afrikas. Diese Goldproduktion ist stark mit dem Kapital imperialistischer Länder verbunden. Für die Bergbau-Renditen von Konzernen wie *Pearl Gold* aus Frankfurt müssen immer wieder hunderte Dörfer zerstört werden, um Platz für Minen zu schaffen. Beim Abbau von Mangan beweist sich ein weiteres Mal der halbkoloniale Status des Landes: Die Aktie des kanadischen Konzerns *Great Quest Metals Ltd.*, die seit 2012 auf ein Siebentel ihres Wertes gefallen war, hat ihren Wert direkt nach der französischen Intervention fast verdoppelt.

Im internationalen Machtgefüge ist Mali Teil der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), die vor allem die wirtschaftliche Macht des französischen Imperialismus im Rücken hat. Entsprechend ist der Vorsitzende der ECOWAS Allassane Ouattara, der Präsident der Elfenbeinküste, der dort vor kurzem durch französisches Militär an die Macht gebombt wurde. Auch geographisch liegt Mali inmitten anderer französischer Halbkolonien wie eben der Elfenbeinküste und Niger.

Obwohl die Bedingungen für Landwirtschaft in dieser Region äußerst schlecht sind, leben auch heute noch sehr große Teile der Bevölkerung davon. Der allgemeine Lebensstandard in Mali stellt angesichts der reichlichen Ressourcen des Landes ein besonders bitteres Bild kapitalistischer Misswirtschaft.

Der Staat Mali besitzt besonders im Süden seines Territoriums eine industrielle ArbeiterInnenklasse und im gesamten Staatsgebiet eine stark verarmte kleinbäuerliche Klasse. Besonders bei letzterer nehmen die vielen verschiedenen Nationalitäten (heißt Wirtschafts-, Sprach- und Kulturverhältnisse) eine bedeutende Rolle ein. Die kleine industrielle ArbeiterInnenklasse muss sich die Verteidigung der kleinbäuerlichen Interessen und das Streben nach nationaler Selbstbestimmung dieser verarmten Massen von Bauern/Bäuerinnen zu eigen machen, um mit diesen Massen im Rücken eine sozialistische Föderation auf dem Terrain Malis zu errichten, die notwendig über diese Grenzen hinaus streben muss.

Kampf um Azawad: Gruppierungen und Kämpfe im Norden

Die nördlichen Regionen von Mali – rund um Timbuktu, Gao und Kidal – zählen ca. 1,5 Millionen EinwohnerInnen. Dort finden sich nicht nur viele verschiedene Nationalitäten, sondern auch besondere wirtschaftliche Benachteiligungen.

Mit den offenen revolutionären Prozessen des Arabischen Frühlings in Nordafrika und dem Nahen Osten kam auch erneute Bewegung in den Norden Malis. Es bildete sich die „Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad" (MNLA). Azawad ist der Name der selbstbestimmten Nation, die die MNLA im nördlichen Territorium Malis erkämpfen wollte.

Am 17. Januar startete schließlich der erste Angriff der MNLA und schon am 6. April hatte sich das Militär des Staates Mali vollständig aus dem Norden zurückgezogen, so dass die Gründung Azawads ausgerufen wurde. Bald jedoch verlor die MNLA die Führung im Gebiet des Azawad. Es spalteten sich kleinere national-seperatistische Gruppen ab, die wiederum neue nationale Unabhängigkeiten forderten. Gleichzeitig kam es zu einer Erstarkung militanter und islamistisch geprägter Gruppierungen im Norden. Von diesen ist vor allem *Ansar Dine* bekannt, die Angehörige der Imushagh unter einem islamistischen Programm vereint.

Die Einführungen zutiefst reaktionärer Justizsysteme durch manche islamistischen Organisationen stießen bereits in Kundgebungen und Demonstrationen auf den Widerstand der Be-



n in Mali!

völkerung. Zwar ist diese seit Jahrhunderten muslimischen Glaubens, jedoch in einer gemäßigten bis quasi-säkularen Weise. Deshalb kam es vor allem durch Frauen und Jugendliche zu Protest gegen die patriarchalen Elemente der neuen Gesetze.

Der rasche anfängliche Siegeszug der MNLA zeigt das Streben der verschiedenen unterdrückten Nationalitäten nach Unabhängigkeit. Ihre Zersplitterung beweist dagegen die Grenzen der Perspektiven der MNLA. Im Gebiet des Azawad bräuchte es eine zentralisierte Zusammenarbeit der verschiedenen Nationalitäten auf Grundlage eines demokratischen Föderalismus und die politische Führung durch die dortigen ArbeiterInnen.

Der rasche Rückzug des staatlichen Militärs könnte auch durch die krisenhafte Lage im Süden des Staatsgebiets von Mali verursacht sein. Die fortschrittlichen Kräfte im Norden des Landes müssen die demokratische Einheit mit den ArbeiterInnen im Süden suchen, denn ohne deren Einbindung in ein gemeinsames revolutionäres Programm lässt sich kein militärischer Erfolg gegen die ImperialistInnen und ihre StatthalterInnen erringen. Außerdem stellt einzig die dadurch geschaffene wirtschaftliche Grundlage die Möglichkeit einer demokratisch-zentralistischen Planwirtschaft, die sozialen Fortschritt erst möglich macht.

Das Erstarken reaktionärer islamistischer Führungen war die direkte Folge des Fehlens einer Perspektive seitens der MNLA. Islamistische Organisationen füllten das Machtvakuum im Norden und deren reaktionäre Ideologie droht weiterhin all jene zu vereinnahmen, die mit ihrem berechtigten anti-imperialistischen Interesse keine fortschrittliche Alternative zum Untergang der MNLA geboten bekommen. Deshalb braucht es die Einheit der ArbeiterInnen im Norden und Süden Malis mit den unterdrückten Massen, darunter auch den verarmten Kleinbauern/bäuerinnen.

Die Bewaffnung der Bevölkerung und ihre eigenständige Organisation in Milizen ist dringend notwendig, um ebenso reaktionären Organisationen im Inland die Macht zu nehmen, wie auch um sich gegen die Armeen Frankreichs und seiner Halbkolonien zu wehren.

Der Putsch im Süden und die Organisationen der ArbeiterInnenklasse

Auf die Befreiungsschläge der MNLA im Norden folgte der Militärputsch im Süden. Das Militär begründete diesen Schritt mit der behaupteten Unfähigkeit der Regierung, im Bürgerkrieg zu bestehen. Das Militär gründete nach seinem Putsch das „Nationale Komitee für die Wiedererrichtung der Demokratie und des Staates“ (CNRDRE).

Die imperialistischen Nationen und ihre Organisationen, wie die UN, nahmen diesen Schritt aus Sorge um den eigenen imperialistischen Einfluss auf Staat und Wirtschaft nur äußerst kritisch hin. Das Militär musste den Übergang zu einem bürgerlich-demokratischen Regime versprechen, besitzt aber bis heute große direkte politische Macht im Staat.

Die größten Organisationen der ArbeiterInnenklasse im Süden des Landes verwehren der lohnabhängigen Bevölkerung eine unabhängige politische Position. Sie spalteten die ArbeiterInnen hinter den verschiedenen Fraktionen des inländischen und ausländischen Kapitals. Die als linksradikal geltende Partei SADI („Afrikanische Solidarität für die Demokratie und die Unabhängigkeit“) unterstützt das CNRDRE der PutschistInnen. In Mali gibt es zwei große Gewerkschaftsföderationen, von denen sich die CSTM ebenfalls hinter die PutschistInnen stellt.

Auf der anderen Seite formierte sich die „Einheitsfront zur Rettung der Demokratie“ (FDR), in der die rechten Parteien der



Französische Kolonialtruppen in kreativen Uniformen

gestürzten Regierung mit der eher sozialdemokratisch gestalteten RARENA und der „Nationalen Union der Arbeiter Malis", der zweiten großen Gewerkschaftsföderation des Landes, zusammenarbeiten.

Die in den 1990er Jahren erstreikten demokratischen Freiheiten müssen verteidigt werden. Jedoch gestalten die Führungen in den aktuell enorm zugespitzten gesellschaftlichen Verhältnissen eine Situation, in der die ArbeiterInnenbewegung zum linken Flügel des Kapitals zu werden droht. Dass dies vorerst geschehen ist, liegt an eben den patriotisch-reaktionären Führungen der lohnabhängigen Bevölkerung. Deren Patriotismus ist nicht nur allgemein Gift für die lohnabhängige Klasse; gerade dieser Mali-Nationalismus ist eine gegen die unterdrückten Massen im Norden des Staatsgebiets gerichtete Ideologie. Dies zeigt sich auch daran, dass beide Parteien und Gewerkschaftsföderationen zusammen mit den gestürzten Bourgeois-VertreterInnen sowie den PutschistInnen für den Krieg gegen die Massen des Nordens eintreten. Den ArbeiterInnen verspricht man die militärische Niederschlagung der Massen im Norden Malis als Allheilmittel der wirtschaftlichen und damit sozialen Probleme im Land.

Genau diese unterdrückten Massen müssen jedoch die Verbündeten der ArbeiterInnen im Süden des Landes sein. Die ArbeiterInnenklasse im Süden Malis braucht ihre programmatische und organisatorische Unabhängigkeit als Klasse für sich und eine Perspektive einer sozialistischen Föderation der ArbeiterInnen und Bauern/BäuerInnen, ausgehend von dem heutigen Gebiete Malis und sich ausweitend auf internationalem Maßstab. Um die Einheit mit den verarmten Kleinbauern/bäuerinnen zu gewinnen, muss sie sich deren Forderungen – Land und nationale Selbstbestimmung – zu eigen machen. Dies erreicht sie unter anderem, indem sie gegen jede rechtliche und wirtschaftliche Diskriminierung der Imushagh und der anderen Nationalitäten kämpft.

Die Interessen des französischen Imperialismus...

Die imperialistische Intervention Frankreichs hat mehrere Gründe. Zum einen hat sich die Krise in Mali so enorm verschärft, dass Frankreich zur Wahrung seiner polit-ökonomischen Herrschaft einschreiten musste. Zum anderen ist jedoch nicht nur die Situation von Mali sondern auch die von Frankreich selbst ausschlaggebend. Das bürgerliche Regime in Frankreich stößt im Inland auf erstarkende Opposition. In Europa verliert Frankreich seinen politischen Einfluss zunehmend an die Konkurrenz aus Deutschland.

Mit der Intervention in Mali lenkt der französische Präsident Hollande die lohnabhängigen Massen Frankreichs vom notwendigen Scheitern der Reformversprechen ab, dank denen er gewählt wurde. Die Intervention in Mali nutzt er zur Ausweitung der Militarisierung Westafrikas. Damit stärkt der französische Imperialismus seinen Einfluss auf seine Halbkolonien, um seine wirtschaftliche Position zu kräftigen und einen möglichst sicheren Stand in der Weltwirtschaftskrise zu gewinnen. Besonders der französische Uranabbau im Niger kann die französische Energieproduktion stärken, damit die Abhängigkeit von den Energie-Importen aus Deutschland reduzieren und Frankreichs Position gegenüber Deutschland im Kampf um Europa stärken. Außerdem drängt der französische Vorstoß in Westafrika den wirtschaftlichen und damit auch politischen Einfluss Chinas zurück, was ihm den Dank der USA einbringt und so Vorteile im machtpolitischen Ringen mit Deutschland ermöglicht.

In den letzten Wochen ist das französische Militär rasch vorgestoßen und hat im Norden Malis die strategisch wichtigen Kernregionen besetzt. Um dieser militärischen Überlegenheit zu begegnen, benötigt es nicht nur der vereinten Aktion der ArbeiterInnen und unterdrückten Massen Malis und Westafrikas, sondern auch der ArbeiterInnen in Frankreich selbst. Besonders in der kriselnden Autobranche bieten sich den ArbeiterInnen in Frankreich Möglichkeiten, dem französischen Imperialismus in den Rücken zu fallen. Über dessen außenpolitische Schwächung können auch die Chancen der eigenen Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung deutlich verbessert werden.

Einen ersten Schritt in diese Richtung haben vor kurzem unsere GenossInnen von der CCR gemacht. Sie konnten auf einem großen Kongress bei Sciences Po in Paris ArbeiterInnen und Studierende vereinen und in die vielen Themen rund um Arbeitskämpfe auch eine anti-imperialistische Haltung gegen den neuesten Krieg Frankreichs einbringen.

...und des deutschen Imperialismus

Die herrschende Klasse in Deutschland hat eine sehr verschwommene Einstellung gegenüber dem Krieg in Mali. Von Anfang an war eine Unterstützung der Intervention klar, jedoch nicht ihr Ausmaß. Deutsches Kapital und seine PolitikerInnen versuchen auch diesen Krieg als Begründung für imperialistische Aufrüstung zu nutzen. Gleichzeitig will sich die herrschende Klasse in Deutschland beim Feldzug der europäischen Hauptkonkurrenz in Frankreich einmischen, um in deren (Halb-)Kolonialraum mitzubestimmen. Schließlich darf sich der aufstrebende deutsche Imperialismus international nicht isolieren. Er ist als imperialistischer Staat in der äußerst bedeutsamen Phase kurz vor einem möglichen Sprung auf ein höheres Niveau seiner politischen Macht.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Die ArbeiterInnenklasse und die Linke in Deutschland haben angesichts der besonderen globalen Bedeutung des Kapitals in ihrem Land die besondere internationalistische Pflicht, gegen dieses vorzugehen. Jede Stärkung des deutschen Imperialismus ist auch für die Lohnabhängigen in Deutschland keineswegs von Vor-, sondern von Nachteil, da die deutschen KapitalistInnen und ihre politischen Marionetten ihr Ausbeutungsregime damit auch nach innen festigen können.

Jede Niederlage der deutschen Überfallkommandos und Besatzungsarmeen hingegen (die schon allein mit der gern selbstgewählten Bezeichnung „Schutztruppe" eine nur zu passende Erinnerung an kaiserlich-deutschen Kolonialherrschaft wachrufen), ist ein Schlag gegen die materielle und ideologische Stabilität des weltumspannenden AusbeuterInnenregimes deutscher Banken und Konzerne. Sie hilft der Geburt und offensiven Entwicklung einer Bewegung der ArbeiterInnenklasse, die sich auf den Standpunkt einer eigenen Politik aller Ausgebeuteten und Unterdrückten stellt – gegen die KapitalistInnen und ihre Staatsapparate. Eine solche ArbeiterInnenbewegung gilt es aufzubauen, international, auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Perspektive hierzu muss der ideologische Kampf gegen alle anti-muslimische Hetze und jede Propaganda des „Krieges gegen den Terror" sein. Vor allem braucht es aber den materiellen Kampf gegen deutsches Kapital in Halbkolonien wie Mali und die wirtschaftlichen Stützpfeiler des deutschen Kapitals innerhalb der BRD.

Eine Möglichkeit dafür wäre der gemeinsame Kampf der von Kürzungen und Entlassungen bedrohten ArbeiterInnen bei Ford und Opel; am besten in internationaler Einheit mit den Streiks in der Automobilproduktion Frankreichs. So würde inmitten der kapitalistischen Konkurrenz zwischen den Herrschenden in Deutschland und Frankreich ein kämpferischer Ausdruck der internationalen Solidarität der lohnabhängigen Klasse beider Länder entstehen. Die Folge wäre eine Schwächung der imperialistischen Mächte und eine Stärkung des einzig wirksamen Mittels gegen reaktionäre Kriege weltweit: des Internationalismus der ArbeiterInnenklasse.

Eine längere Version dieses Artikels erschien bereits am 11. Februar auf unserer Website: http://www.klassegegenklasse.org/nein-zur-intervention-in-mali/



Radikalisierung und Repression

In Griechenland werden streikende ArbeiterInnen dem Kriegsrecht unterstellt

von **Max Karlmann** und **Friedrich Jäger** (RIO, Berlin/München)

Die politische Lage in Griechenland steht unter dem Zeichen stetigen Drucks aus der EU. Die fortgesetzte Verarmungspolitik wird mittels Repression durchgesetzt. Eine wirtschaftliche Erholung ist nicht in Sicht: Die Athener Notenbank rechnet mit einem Schrumpfen der Wirtschaft um etwa 4,5% im laufenden Jahr. Die Troika aus EU, EZB und IWF drängt zu Massenentlassungen im öffentlichen Sektor, von weiteren 25.000 Stellenstreichungen ist die Rede. In der Privatwirtschaft werden Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben – die Jugendarbeitslosigkeit liegt inzwischen bei etwa 62%. Für das Jahr 2013 rechnet der Dachverband der FreiberuflerInnen, Gewerbetreibenden und Kaufleute in Griechenland mit 55.000 Unternehmensschließungen.

Die Kämpfe in den Betrieben und auf den Straßen, die 2011 eine Regierung zu Fall brachten und 2012 die linksreformistische Partei SYRIZA stark machten, haben sich im Vergleich zu den Protesten der Vorjahre beruhigt. Die anhaltende Wirtschaftskrise und Verarmung in Griechenland steht im Widerspruch zum Abflauen der proletarischen Massenbewegungen seit den Parlamentswahlen im Sommer 2012. Mit reformistischen Versprechungen und der Behauptung, durch „Demokratie, Unabhängigkeit und gerechtes Wirtschaftswachstum" einen Ausweg aus der Krise zu erreichen zu erreichen, holte SYRIZA die Protestierenden von den Straßen. Sie sorgt sich mehr um die „Stabilität" der kapitalistischen WIrtschaft als die Interessen der Lohnabhängigen.

Der Kampf der ArbeiterInnen scheitert also bisher an einer Führung, die Lösungen innerhalb des Kapitalismus propagiert und sich einer Ausweitung des Kampfes auf den Straßen verwehrt. Stattdessen präsentiert sich SYRIZA seit November letzten Jahres als „Regierung im Wartestand". Ihr Vorsitzender Alexis Tsipras trifft sich mit den Größen aus IWF und imperialistischen Regierungen, während er seine SympathisantInnen zur Ruhe auf ruft, um eine „fruchtbare, substanzielle und realistische Opposition" möglich zu machen.

Mit diesen Taktiken wird verhindert, dass die Massenproteste der Jahre 2011 und 2012 weiter gehen, einen stärkeren politischen Ausdruck finden und die Grundlagen des Kapitalismus angreifen. In betrieblichen Kämpfen ist nichtsdestotrotz eine stellenweise Radikalisierung der ArbeiterInnen zu beobachten, die mit Repression seitens des Staates und Beschwichtigung seitens der Führungen der Gewerkschaften und reformistischen Parteien beantwortet wird.

Eine besonders kämpferische Haltung nehmen aktuell die IndustriearbeiterInnen der Baustofffirma Vio.Me ein. Das Unternehmen sollte im Mai 2011 geschlossen werden. Die ArbeiterInnen besetzten daraufhin die Fabrik und verhinderten so deren Verscherbelung. Zu Beginn versuchten die Beschäftigten noch, ihre Löhne zurück zu erhalten, doch sehr schnell schlugen sie einen radikaleren Weg ein und bereiteten eine selbstverwaltete Wiederaufnahme der Produktion vor. Alle wichtigen Entscheidungen werden jetzt demokratisch von der unabhängigen Gewerkschaft der ArbeiterInnen getroffen.

Dies sind erste wichtige Erfahrungen mit Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle und gleichzeitig eine Gefahr für die Regierung. Sie stehen auch im Widerspruch zur Haltung der linken Führungen. Bezeichnenderweise erhielten die ArbeiterInnen keine Unterstützung von den großen Gewerkschaftsverbänden. Praktische Solidarität können sie seitens der BürokratInnen nicht erwarten.

Als Antwort auf die anfängliche Radikalisierung der ArbeiterInnen in Streiks, vor allem im griechischen Verkehrs- und Transportsektor, setzt die bürgerliche Regierung auf verschärfte Repression. Damit sie ihre Sparprogramme durchsetzen kann, greift sie inzwischen sogar zum Kriegsrecht: Bei einem Streik der ArbeiterInnen der Athener U-Bahn Ende Januar sollten die Beschäftigten gezwungen werden, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Streikenden drohten bis zu fünf Jahre Haft. Als die U-Bahn FahrerInnen trotzdem weiter protestierten, wurde ihre Besetzung eines zentralen Metro-Depots von etwa 300 PolizistInnen gebrochen. Aus Solidarität legten spontan auch die Eisenbahn-, Bus- und TramfahrerInnen ihre Arbeit nieder. Anfang Februar streikten FährenarbeiterInnen gegen Lohnkürzungen und für die Auszahlung fälliger Löhne. Auch ihr Streik wurde von der griechischen Regierung mit Polizeigewalt zerschlagen.

Sowohl die Gewerkschaft des öffentlichen Nahverkehrs (SELMA), als auch die Gewerkschaft der Seeleute (PNO) rief ihre Mitglieder dazu auf, die jeweiligen Streiks zu beenden und wieder an die Arbeit zu gehen. Die Gewerkschaftsführungen benutzen routinisierte Aktionen und Aufrufe wie einen Deckel, um Dampf vom Topf des Klassenkampfes abzulassen. Wenn es hart auf hart kommt, verweigern sie in der Praxis eine kämpferische Haltung. Sie halten die Illusion einer Lösung der Krise durch Klassenkollaboration aufrecht. Autoritäre Tendenzen und ungelöste Konflikte bleiben bestehen und werden aktualisiert: Mit der Wiedereinführung des Aussperrungsrechts und der Beschneidung der Freistellungsregelungen kündigt die griechische Regierung über den Status Quo hinausgehende Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse an.

Seit der Re-Konstituierung der konservativ-sozialdemokratischen Regierung scheint die vor-bonapartistische Tendenz, die durch die Übergangsregierung Papademos' Einzug gehalten hatte, in Griechenland vorerst unterbrochen zu sein. Die herrschende Klasse wendet die Methode des Bonapartismus also flexibel an.[1] Sie schafft es im Moment, innerhalb des parlamentarisch-demokratischen Systems hinreichende Repression gegen die Ausgebeuteten und Unterdrückten durchzusetzen. Das System stützt sich seit der Wahl wieder auf klassische Kräfte und hat außerdem in der „Goldenen Morgenröte" eine faschistische Bewegung gefunden, die bereit steht, gegen sich radikalisierende ArbeiterInnen vorzugehen. Auch das ist möglich durch die Schwäche der linken Führungen in SYRIZA und der großen Gewerkschaften. Dem Linksreformismus muss ein klassenkämpferisches Programm der ArbeiterInnenkontrolle und -verteidigung entgegengesetzt werden, um Reaktion und Kapitalismus zu besiegen.

ZUM WEITERLESEN

Interview über die Fabrik Vio.Me unter ArbeiterInnenkontrolle:
➟ **www.klassegegenklasse.org/interview-fabrik-unter**

Seite der Vio.Me-ArbeiterInnen:
➟ **www.viome.org**



1. Juan Chingo: Ein neuer bonapartistischer Kurs in Europa. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 2. http://www.klassegegenklasse.org/ein-neuer-bonapartistischer-kurs-in-europa/.

Politische Krise und Massenmobilisierungen

Zwei Jahre nach dem

von **Eduardo Molina** (PTS, Buenos Aires)

Zwei Jahre sind nach jenem 11. Februar 2011 vergangen, an dem ein großer Aufstand der ArbeiterInnen und der armen Massen, mit Epizentrum auf dem historischen Tahrir-Platz, den boshaften und mit dem US-Imperialismus verbündeten Diktator Mubarak stürzte.

Nun beginnt in Ägypten das dritte Jahr des „Arabischen Frühlings" unter dem Zeichen der Weiterführung des revolutionären Prozesses: Zwei Monate großer und weitverbreiteter Proteste, die trotz massiver Repression den Versuchen Mursis entgegentraten, harte, vom IWF geforderte Kürzungen durchzuführen, die Macht in seinen Händen zu konzentrieren und eine islamische Verfassung einzuführen, die die von den Massen erkämpften demokratischen Freiheiten beschneiden sollte. Die tiefe politische Krise zeigt mit aller Klarheit die Instabilität, in der sich Mursis Regierung nach wenig mehr als einem halben Jahr befindet, und wirft einen Schatten über die Perspektive des „demokratischen Übergangs" (d.h. die konterrevolutionäre Umlenkung der revolutionären Prozesse), der mit dem Militär und dem Imperialismus verhandelt wurde und den Mursi heute in der Variante des „moderaten Islamismus" zu konsolidieren versucht.

Ägypten befindet sich vor einem harten Kräftemessen, dessen zwei große KontrahentInnen auf der einen Seite Mursi, unterstützt durch das Militär und den Imperialismus, und auf der anderen Seite die ArbeiterInnen und armen Massen sind, die ihre erkämpften Errungenschaften zu verteidigen versuchen. Letztere befinden sich jedoch unter dem Einfluss der bürgerlichen Opposition, die sich an ihre Spitze gestellt hat, um Druck auf Mursi auszuüben und eine Weiterentwicklung der Massenproteste zu verhindern.

Die Geschehnisse in Ägypten zeigen nicht nur den revolutionären Prozess in seiner kompletten Entwicklung, sondern beweisen, in Zusammenhang mit den politischen Erschütterungen und Massenprotesten in Tunesien, die sich seit der Ermordnung eines Oppositionsführers ereigneten, dass sich der tiefgreifende Prozess des Klassenkampfes auf regionaler Ebene, der mit dem „Arabischen Frühling" begann, offen weiterentwickelt. Dies geschieht trotz den imperialistischen Interventionen und Schachzügen (von Libyen bis Mali), trotz der Falle des „Überganges zur Demokratie" und trotz dem Ausbluten und Versinken in BürgerInnenkriegen (wie in Syrien). Die Dynamik der aktuellen Entwicklung des Kampfes ist von großer Wichtigkeit für eine revolutionäre Perspektive in Ägypten und der strategische Schlüssel der Revolution im arabischen Raum, deren zentrales Experimentierfeld es heute ist.



Die Mobilisierungen

Seit den ersten Dezembertagen 2012 entwickelte sich ein neuer Zyklus der Massenmobilisierungen. Dieser ist einer der wichtigsten seit dem Sturz Mubaraks. Er ist nur vergleichbar mit der riesigen Welle von Streiks und Demonstrationen von September bis Dezember 2011, die die Militärregierung des SCAF (Oberster Rat der Streitkräfte) zurücktreten und Wahlen ausrufen ließ. Er hat die Besonderheit, dass sein hervorstechender politischer Charakter der Vermittlung entgegentritt, auf die die Reaktion setzt, um den revolutionären Prozess umzulenken: der „moderate Islamismus" mit der Muslimbruderschaft in der Regierung. Die Proteste radikalisierten sich immer weiter und die Rufe nach dem Rücktritt Mursis wurden immer lauter.

Eine Vielzahl von Demonstrationen, die in diesen Monaten stattfanden, stellte sich der harten Repression durch Polizei, Militär und Schlägerbanden der Muslimbruderschaft entgegen. Mehr als 60 Tote, zahllose Verletzte und Festgenommene, Szenen grausamer Folter und Gewalt, darunter sexuelle Angriffe auf demonstrierende Frauen als Mittel der Repression, sind Zeugen der Gewalt des Regimes. Trotz alledem füllten die Massen der Jugend, ArbeiterInnen, Frauen, Sektoren der Mittel- und Unterklassen wieder und wieder den Tahrir-Platz und andere Orte in Kairo, Alexandria und vielen anderen Städten, bis hin zur Belagerung des Präsendentenpalastes.

Ein beachtenswertes Element war die explosive Verbreitung der Proteste über den strategisch wichtigen Suez-Kanal. In Suez, Port Said und Ismailia spielten sich die Auseinandersetzungen mit den Repressionskräften in den letzten Januartagen mit zahlreichen Verhafteten und solchen Ausmaßen ab, dass der Notstand über diese Städte verhängt und ein riesiges Militäraufgebot mit Panzern in den Straßen eingesetzt werden musste. Zahlreiche Lokale der Muslimbruderschaft wurden zerstört. Regierungsgebäude in Mahalla, Tanta und Kafr el Zayat wurden belagert. Am 8. Februar umzingelten die DemonstrantInnen den Sitz des (islamistischen) Bürgermeisters in Kafr asch-Schaich und kämpften mit der Polizei. In dem großen Industriezentrum von Mahalla erklärten die ArbeiterInnen, dass sie Mursis Autorität nicht anerkannten.

Am gleichen Tag fanden sich abermals tausende Demostrierende auf dem Tahrir-Platz ein und riefen auf einem großen Plakat zur Solidarität mit dem tunesischen Volk auf, das sich in diesen Tagen gegen das islamistische und pro-imperialistsiche Regime von Jebali wandte. Ein weiteres Mal wurden die Rufe „Weg mit dem Regime!" und „Weg mit den Führern!" laut, als sich die Zusammenstöße mit der Polizei mehrten, trotz aller Bitten nach Ruhe aus den Reihen der bürgerlichen Opposition.



Sturz Mubaraks

Mursis Programm und der imperialistische Rückhalt

Mursi befindet sich in der größten Krise seit seinem Regierungsantritt. Er ist der erste zivile, durch Wahlen an die Macht gelangte Präsident und kann auf eine große soziale Basis zählen, die ihm die Muslimbruderschaft zuführte. Nach einigem Widerstand paktierte er mit dem Militär und garantierte ihnen Straffreiheit, Autonomie in der Durchsetzung ihrer Interessen (nordamerikanische Hilfe, Firmen, Budgethohheit, Befehlsstruktur) und die Rolle der Armee als „Schutzinstanz" des Regimes und Wahrer der Interessen Israels und des Imperialismus. Die reaktionäre Rolle, die Mursi nach dem Besuch Hillary Clintons während der Gaza-Krise spielte, ermöglichte einen sichereren Pakt, da er damit den Rückhalt und die Anerkennung der USA gewann. Dies war ein zentraler Bestandteil in der Errichtung eines stabilen Regimes, das sich auf die Zusammenarbeit zwischen Militär und dem „moderaten Islamismus" nach dem türkischen Modell stützt. Sich auf diesen Rückhalt stützend, versuchte Mursi, Fortschritte hin zu einer bonapartistischen Machtkonzentration auf dem Gebiet der Repression und in der Kürzungspolitik zu machen.

Der Zusammensturz der internationalen Rücklagen und die allgemeine Verschlechterung der ökonomischen Situation drängten Mursi dazu, Hilfe in Washington, Europa und bei den Ölmonarchien anzufordern. Nach langen Verhandlungen erhielt er ein Kreditpaket des IWF über 4,8 Milliarden Dollar, deren Bedingung die Durchführung von harten Kürzungen war. Der Versuch, die Subvention auf Basisnahrungsmittel wie Brot zu streichen und die Abgaben für eine Reihe von Konsumgütern wie Brennstoff zu erhöhen, war ein großer Auslöser der Proteste. Die Abwertung des ägyptischen Pfundes bedeutete einen zusätzlichen Schlag gegen die Bevölkerung, während mehr als ein Drittel der ÄgypterInnen mit zwei Dollar oder weniger pro Tag überleben muss, und vor allem in der Jugend eine schlimme Arbeitslosigkeit herrscht.

Der bonapartistische Kurs Mursis geht weit über die Kräfteverhältnisse hinaus, die im Zuge der revolutionären Erhebung 2011 entstanden sind. Durch die dominierende Rolle, die er den muslimischen Strömungen im Rahmen der neuen Verfassung zuschreibt, schafft er sich Widersprüche mit der laizistischen Opposition sowie Teilen der Mittelschicht. Nicht nur ArbeiterInnen, Jugendliche und die armen Massen sehen die durch den Kampf gegen die Diktatur teuer erkämpften demokratischen Freiheiten in Gefahr und weisen die Rolle, die dem Militär zugeschrieben wird, genauso zurück wie die Repression und die harte Rechtssprechung gegen Streiks und die unabhängigen Gewerkschaften.

In seiner Schwäche entblößt, versuchte Mursi, in einigen Maßnahmen zurückrudernd, zu manövrieren, hielt jedoch seinen Plan aufrecht und musste sich auf das Militär stützen, indem er ihnen unermessliche Befugnisse der Unterdrückung und eine wichtigere Rolle in den Dialogversuchen mit der Opposition zukommen ließ. Somit zeigte er auf seine Weise, wer der wahre Schiedsrichter des Regimes ist: die bewaffneten Streitkräfte. Das Militär hielt seine Unterstützung der Regierung aufrecht, wenngleich es sein eigenes Spiel spielte. Das Verteidigungsministerium und der Armeechef, General Abdul Fatah al-Sisi, bemerkte: *„Der Konflikt zwischen den verschiedenen politischen Kräften kann zu einem Zusammenbruch des Staates führen und die kommenden Generationen gefährden"*. Hierin kann einerseits eine Warnung vor der Schwere der Krise gelesen werden, um „alle politischen Kräfte aufzurufen", einen Ausweg aus den „politischen, ökonomischen, sozialen und sicherheitstechnischen Problemen"[1] des Landes zu finden, andererseits eine verschleierte Drohung, dass das Militär intervenieren könnte, falls sich die Situation nicht kontrollieren ließe.

Die Rolle der bürgerlichen „laizistischen" Opposition

Die imperialistische Presse versucht, die von der „Nationalen Befreiungsfront" (NLF) angeführte bürgerliche Opposition als demokratische Alternative im Gegensatz zum Islamismus Mursis und der Muslimbruderschaft zu präsentieren. Trotzdem versuchen Mohammed el-Baradei (liberaler und pro-westlicher Ex-Funktionär der IAEA und Nobelpreisträger), Amr Mussa (der die reaktionäre Arabische Liga anführte und innigst mit Mubarak verbunden war) und mit ihnen der Nasserist Hamdin Sabahi nichts anderes, als das laizistische Bein des „Regimes der Umlenkung" zu stärken, um ein Gleichgewicht zwischen ihm und dem islamistischen Bein in der Regierung herzustellen. Leider haben sich hinter dieser Führung die Bewegung 6. April und andere Sektoren vereint, die aufgrund ihrer Rolle im „Arabischen Frühling" Prestige genießen. Die NLF mit ihren Anschuldigungen an Mursi, „die Revolution zu verraten", versucht, die Mobilisierungen zu nutzen, indem sie zu den „Freitagen der Befreiung" und zum Tahrir-Platz aufrufen, um stärkeren Druck auf die Regierung auszuüben und sie dazu zu zwingen, „nach den Regeln zu spielen", wie ihre SprecherInnen sagen. Die zentralen Forderungen der NLF sind eine „Regierung der nationalen Einheit", da ein einzelner Sektor „nicht ein Land regieren kann, sondern eine

1. Rede von General al-Sisi. www.terra.com; 29.01.13.



echte Vereinigung nötig ist, um die Geschicke des Landes zu lenken", und die Neuverhandlung der zur Debatte stehenden Punkte der neuen Verfassung durch das islamistische Gericht, obwohl sich dieses, eng mit der ägyptischen Bourgeoisie verbunden, nicht gegen Mursis ökonomische Pläne stellt.

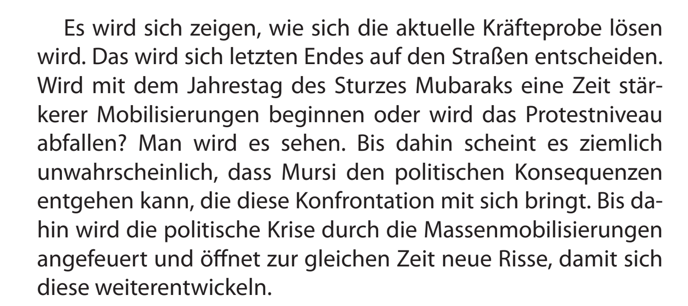
Die Regierung setzt darauf, dass die Mobilisierung durch Repression, taktische Zugeständnisse und Manövern abschwillt.

Baradei sagte: *„Wir brauchen dringend ein Treffen zwischen dem Präsidenten, dem Verteidigungs- und Innenminister, der führenden Partei, den Salafisten und der NLF, um die nötigen Schritte zum Stopp der Gewalt zu tun und einem ernsthaften Dialog zu führen"*.[2] Der echte Unterschied zwischen ihnen und Mursi ist, dass sie eine Gefahr in dem bonapartistischen Kurs sehen, da dieser mit den demokratischen Hoffnungen der Massen brechen könnte und mit dem Widerstand gegen die Kürzungsmaßnahmen einen neuen revolutionären Ausbruch hervorrufen könnte. Ein Ausdruck dieser Angst ist die Vereinbarung des „Verzichts auf Gewalt" vom 31. Januar, die in der muslimischen Azhar-Universität durch den Großen Imam al-Tayyeb (der sunnitischen Glaubensgemeinschaft) zwischen VertreterInnen der regierenden Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (Politischer Arm der Muslimbruderschaft), der NLF und anderen Strömungen beschlossen wurde. Natürlich veränderte diese Erklärung die offizielle Repression nicht, aber zeigt die Bereitschaft der Opposition, die Proteste wieder in geordnete Bahnen zu lenken, um einen erneuten Aufstand zu vermeiden, obwohl sie sich hinter den Sprüchen gegen Mursi zu vereinen scheinen. Diese Anpassung an das brennende Klima der Straßen und Plätze zeigt die Schärfe der politischen Krise, genauso wie das Interesse der Opposition, die Möglichkeit, dass die mobilisierten Sektoren der ArbeiterInnenbewegung den armen Massen eine offen revolutionäre Perspektive bieten, zu verhindern.

Die Zermürbung Mursis und die Perspektiven

Die Regierung setzt darauf, dass die Mobilisierung durch eine Kombination aus Repression, taktischen Zugeständnissen und Manövern abschwillt, während sie die zentralen Punkte ihres Planes aufrechterhält und versucht, die Krise auf die neuen Parlamentswahlen im April zu verschieben. Dies bedeutet jedoch, inmitten einer tiefen politischen Krise mit dem Feuer zu spielen, angesichts einer Massenbewegung, die immer stärker hervortritt und eine beschleunigte politische Erfahrung, vor allem in Sektoren der Jugend- und ArbeiterInnenavantgarde, durchläuft. Die wirtschaftliche Lage entblößt Mursis strategische Unfähigkeit, ein neues Regime zu etablieren und den revolutionären Prozessen ein Ende zu bereiten, trotz des Rückhaltes des Militärs, der Großbourgeoisie und dem Imperialismus. Nichtsdestotrotz kann Mursi immer noch auf einen großen politischen, kulturellen und fürsorglichen Apparat der Muslimbruderschaft setzen und besitzt immer noch eine nicht zu verachtende soziale Basis. Er versucht, sich die Angst vor einer größeren Destabilisierung zunutze zu machen, um den Aufstieg der Ausgebeuteten zu verhindern. Er nutzt jedes Geschehnis aus, wie den Gipfel der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, der kürzlich in Kairo stattfand (wo er ein nie vorher dagewesenes Treffen mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinejad hatte), um sein Image aufzufrischen.

2. Erklärung von El Baradei, 31.01.13.



Es wird sich zeigen, wie sich die aktuelle Kräfteprobe lösen wird. Das wird sich letzten Endes auf den Straßen entscheiden. Wird mit dem Jahrestag des Sturzes Mubaraks eine Zeit stärkerer Mobilisierungen beginnen oder wird das Protestniveau abfallen? Man wird es sehen. Bis dahin scheint es ziemlich unwahrscheinlich, dass Mursi den politischen Konsequenzen entgehen kann, die diese Konfrontation mit sich bringt. Bis dahin wird die politische Krise durch die Massenmobilisierungen angefeuert und öffnet zur gleichen Zeit neue Risse, damit sich diese weiterentwickeln.

Die ArbeiterInnen auf der Bühne

Die ArbeiterInnen sind ein aktiver Faktor der aktuellen Proteste, wie sie es in den Zentren von Mahalla, dem Suez-Kanal oder Alexandria zeigten. Das große Zentrum der Textilindustrie in Mahalla, mit mehr als 20.000 ArbeiterInnen, verwandelte sich in einen der politisiertesten und fortschrittlichsten Brennpunkte im Kampf gegen das Regime. Seit dem Sturz Mubaraks war die ägyptische ArbeiterInnenklasse an tausenden Konflikten beteiligt, darunter landesweite Streiks einiger Sektoren, und begann, neue Gewerkschaften aufzubauen. Sie griff sogar weit entwickelte Kampfmethoden wie Barrikaden und Fabrikbesetzungen wieder auf (wie in dem großen Pirelli-Werk in Alexandria im Juli 2012), was gerade in Anbetracht der Tatsache, dass dies für die meisten ArbeiterInnen die ersten Erfahrungen kollektiven Kampfes nach Jahrzehnten der Diktatur sind, ein großes Zeichen ist.

Nicht nur LehrerInnen, ÄrztInnen oder ArbeiterInnen des Gesundheitswesen führten wichtige Streiks, sondern die VerkehrsarbeiterInnen wie die BusfahrerInnen in Kairo. Bedeutsamerweise scheinen die Prozesse der Organisierung und Agitation der ArbeiterInnen gerade in den strategischen Zentren der Industrie, des Transportes oder dem öffentlichen Dienst zu entstehen, seien es in den großen staatlichen Werken (Textil, Zement, Aluminium, etc.), den Filialen der transnationalen Konzerne (wie beim oben erwähnten Pirelli, dem Öl-Unternehmen Schlumberger und anderen) oder den Häfen des Suez-Kanals und Ain Sokhna.[3] Der alte Gewerkschaftsbund, der mit der Diktatur jahrzehntelang zusammenarbeitete, verlor in letzter Zeit Einfluss und Prestige, obwohl er durch den Staat unterstützt und anerkannt wurde. In vielen Sektoren entstanden neue, mit den Kämpfen verbundene Gewerkschaften. Die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Ägyptens *„enthält 160 Betriebsgewerkschaften, 25 allgemeine Gewerkschaften und 290 gewerkschaftliche Komitees und fast 2 Millionen Mitglieder"*.[4] Es hat sich des Weiteren der Ägyptische Demokratische ArbeiterInnenkongress gegründet, eine kleinere Abspaltung des Vorherigen. Die Kraft der ägyptischen ArbeiterInnenklasse manifestiert sich immer stärker in ihrer Teilnahme an den Kämpfen auf nationaler Ebene. Fatemah Ramadan, Vizepräsident der Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Ägyptens und Teil der Gewerkschaftslinken, schrieb: *„Der Ausweg aus dieser schwierigen Situation liegt in den Händen der Gewerkschaftsbewegung. […] Wenn die Bewegung ein gestiegenes Niveau an Organisierung und Zusammenhalt gewinnt, wird das Volk das Vertrauen gewinnen und kann eine wichtige Rolle im weiteren Verlauf der Revolution spielen"*. In Wahrheit besitzt die ArbeiterInnenklasse den Schlüssel für die politische Situation. Sie muss für die Hegemonie in der Bewegung gegen Mursi und das Regime kämpfen. Ramadan fügt hinzu: *„Heute ist bewiesen, dass Demonstrationen an sich alleine nicht den Wechsel erreichen können, den wir wollen. Nur die Proteste und die Streiks der Arbeiter können das Regime dazu zwingen, ihre Politik zu ändern und auf die Forderungen des Volkes einzugehen."*[5]

3. Daten entnommen aus: http://www.industriall-union.org; www.rebelion.org; http://www.equaltimes.org; www.egyptindependent.com
4. http://www.fiteqa.ccoo.es, Bericht vom 24.09.2012
5. „Los sindicatos son la respuesta a los problemas de Egipto". In: www.equaltime.com



Dies ist jedoch nicht ausreichend, um den Sturz Mursis und des Regimes zu erzwingen, die für sich nicht ihren Plan ändern und „auf die Forderungen des Volkes eingehen" werden. Der beste Weg, den aktuellen Kampf voranzutreiben und zu vereinen, ist die Vorbereitung eines Generalstreik der Massen, für den der 24-stündige Generalstreik vom 8. Februar, der durch die tunesischen Gewerkschaften verkündet wurde, trotz all seiner Grenzen ein erstes Vorzeichen ist.

Die unabhängigen Gewerkschaften stellen heute noch nicht die Mehrheit der ägyptischen ArbeiterInnenklasse dar, sind jedoch gerade in den kämpferischen Sektoren sehr wichtig. Eine systematische Politik und Agitation für den Streik und die Vorbereitung, die demokratische Instanzen der lokalen und nationalen Koordinierung schafft, um die vielen ArbeiterInnenzentren, Elendsviertel, Jugendliche, etc. zu vereinen und für die Selbstverteidigung vor der staatlichen Repression und den Banden der Muslimbruderschaft, könnte den Weg zur Verwirklichung eines Generalstreiks öffnen, um dem Regime den entscheidenden Schlag zu verpassen. Es wäre ebenso die beste Form, damit die ArbeiterInnenklasse, die heute, durch ihr zerstreutes Auftreten, der Bewegung noch nicht den Stempel ihrer Klasse aufdrückt, mit ihren Methoden und Organisationen das Bündnis der ArbeiterInnen, Bauern/BäuerInnen und der armen Massen gegen die Reaktion und den Imperialismus zentralisiert und anführt.

Neben der gewerkschaftlichen Organisierung gibt es eine aufkommende Tendenz zur Selbstorganisierung in der Entstehung von Komitees der Massen während des Aufstandes gegen Mubarak. Diese Kampforganisation, spontan entstanden, hatte eine versprengte und kurzlebige Existenz. Dennoch scheinen einige Komitees in den Armenvierteln überlebt zu haben, als Mittel zum Kampf für die lokalen Forderungen und als Form der Gruppierung der Jugend. Der derzeitige Kampf verlangt eigentlich das Aufgreifen dieser Erfahrungen und ihre Wiederverwendung im Kampf gegen Mursi. Dies ist gleichzeitig mit einer höheren politischen Perspektive verbunden und könnte und sollte somit den Generalstreik anstoßen.

Diese Perspektive ist untrennbar mit dem Bruch mit jeglichen Illusionen in die bürgerliche Opposition verbunden. Baradei, Mussa oder Sabahi fürchten die ArbeiterInnen und sind Feinde ihrer Forderungen und Interessen – genauso wie die Islamisten und die Militärs. Es ist notwendig, diese Führungen zu überwinden, damit die ArbeiterInnenklasse im Kampf die größte Unabhängigkeit vom bürgerlichen Regime und seinen RepräsentantInnen gewinnen kann. Sie ist die einzige Klasse, die alle Ausgebeuteten und Unterdrückten vereinen und leiten kann, indem sie gegen alle pro-bürgerlichen Strömungen und den religiösen Obskurantismus um die Führung kämpft und den Weg für einen revolutionären Ausweg der ArbeiterInnen und Massen eröffnet.

Ein Programm, um die Revolution fortzuführen

Ein Aktionsprogramm der ArbeiterInnenbewegung sollte die demokratischen Forderungen des gesamten Volkes aufgreifen und sie nicht nur gegen die Regierung Mursis und die IslamistInnen mit ihrer Verfassung aufstellen, die als eine ihrer Grundsätze die Scharia anerkennt, sondern gegen das gesamte „Regime der Umlenkung" und die Falle des „demokratischen Übergangs". Tatsächlich bleiben die Forderungen nach „Brot, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde", die im ägyptischen Frühling erhoben wurden, ohne Antwort und man kann von den RepräsentantInnen der herrschenden Klasse keine Lösung erwarten, seien es Islamisten, Liberale oder Militärchefs. Nur als Teil eines Aktionsprogramms der ArbeiterInnen, damit die KapitalistInnen die Krise bezahlen, werden die Forderungen erfüllt werden können.

In diesem Sinne wäre es notwendig, das Programm der Mobilisierung und des Generalstreiks, ausgehend von der Forderung, dass Mursi verschwindet, und gegen seine reaktionäre Verfassung gerichtet – die durch die IslamistInnen in Absprache mit den Militärs verfasst wurde –, mit dem Kampf für eine revolutionäre verfassungsgebende Versammlung zu verbinden. Diese Versammlung muss wirklich frei und souverän, unabhängig von der Kontrolle des Militärs und der Imame sowie der Institutionen, die ein Erbe von Mubaraks Diktatur waren, sein. Sie muss die Gesellschaft und das Land vom Grund auf neu organisieren, indem frei gewählte RepräsentantInnen über die großen Probleme debattieren und entscheiden können, über den Bruch mit dem Imperialismus und dem Staat Israel, die Nichtzahlung der Auslandsschulden und die Zurückweisung des IWFs, die Enteignung der transnationalen Konzerne und der GroßgrundbesitzerInnen, einen guten Lohn und Arbeit für jedeN, volle Rechte der Organisierung für die ArbeiterInnen, das Ende aller Formen der Unterdrückung der Frau, die Forderungen der armen Stadtbevölkerung, etc. Um eine solche Versammlung sicherzustellen, ist eine provisorische Regierung der Massenorganisationen notwendig, die den Kampf lenken. Die Forderung nach einer revolutionären verfassungsgebenden Versammlung, verbunden mit der Entwicklung der Selbstorganisierung der Massen (auf dem Weg zu Räten) und der Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse, würde die politische Erfahrung der Massen deutlich beschleunigen und sie somit davon überzeugen, dass nur durch die revolutionäre Errichtung einer ArbeiterInnenregierung, die die Macht durch ihre eigenen demokratischen Organisationen in die Hand nimmt, die vollständige und effektive Lösung der demokratischen und nationalen Aufgaben erfüllt werden kann. Diese sind der Motor der ägyptischen Revolution, die den Grundstein für den sozialistischen Aufbau und die Einheit der gesamten Region in einer Föderation der sozialistischen Staaten legt.

Baradei, Mussa oder Sabahi fürchten die ArbeiterInnen und sind Feinde ihrer Forderungen und Interessen.



Der Tod Hugo Chávez‘ er

von **LTS** (Liga der ArbeiterInnen für den Sozialismus), Venezuela

Am Dienstag, den 5. März, trat der Vizepräsident Venezuelas vor das Land und verkündete den Tod des Präsidenten Hugo Chávez aufgrund einer Krebskrankheit, die im Jahr 2011 diagnostiziert wurde. Unzweifelhaft verursacht Chávez' Tod landesweite Trauer mit großem internationalen Widerhall. Dies ist auch verständlich, denn es handelt sich dabei um das physische Verschwinden des Menschen, der fast anderthalb Jahrzehnte lang Venezuela regierte, der einen wichtigen Wandel des politischen Regimes und ein politisches Projekt anführte, das im Zentrum großer politischer und sozialer Konflikte in den letzten Jahren stand, und das bis heute die Erwartungen und Hoffnung der Mehrheit der ArbeiterInnenklasse auf sich vereint. Er war ein Anführer der Massen, der vor zwei Jahrzehnten in die politische und nationale Geschichte des Landes eintrat und sie seitdem nicht mehr verlassen hatte. Chávez besaß darüber hinaus einen großen Einfluss auf ganz Lateinamerika und sogar auf weltweiter Ebene. Ohne Zweifel ist er schon jetzt eine der wichtigsten politischen Persönlichkeiten der venezolanischen Geschichte der vergangenen Jahrzehnte.

Wir von der LTS (Liga der ArbeiterInnen für den Sozialismus, venezolanische Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale) verstehen und respektieren die Trauer vieler ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und der armen Massen um den Tod Chávez'. Wir lehnen jeden Festakt der Rechten und des Imperialismus ab. Da es sich bei Chávez um einen politischen Anführer handelte, der sich selbst als Vertreter der Interessen der ArbeiterInnenklasse und der Armen definierte, verursachte sein Tod viele Diskussionen über sein Erbe. Wir als revolutionäre SozialistInnen teilen nicht die Bilanz, die von der venezolanischen Regierung und SympathisantInnen des Chavismus auf internationaler Ebene gezogen wird. Chávez stellte weder eine revolutionäre noch eine antikapitalistische Führung dar.

Zehntausende VenezolanerInnen, ArbeiterInnen und Jugendliche der armen Bevölkerung nahmen an der Beerdigung Chávez' teil. Die Auswirkungen seines Todes waren in ganz Lateinamerika zu sehen. Dieser Schmerz ergibt sich aus der, wenn auch stark begrenzten, Umverteilung der Öl-Gewinne, die Chávez, im Gegensatz zu allen neoliberalen Parteien des alten „Punto Fijo"-Regimes, durchführte. Auf der Grundlage immer steigender Gewinne konnte er gewisse Zugeständnisse an die Massenbewegung machen, vor allem an die Ärmsten sowie im Gesundheitssektor und bei der Bildung. Seine „linkeste" Phase folgte auf die Massenmobilisierungen, die den Staatsstreich im April 2002 verhinderten. Dieser Staatsstreich wurde von den Rechten und den KapitalistInnen organisiert und von der US-Botschaft sowie von konservativen Regierungen, wie der Aznars im Spanischen Staat, unterstützt. In dieser Phase unternahm Chávez einige Maßnahmen, die ihm große Unterstützung einbrachten. Diese umfassten unter anderem die Rücknahme der Privatisierungen der 90er Jahre. Dazu kaufte er einige Fabriken zum Marktpreis zurück. Auch lehnte er den „ALCA", die von den USA ausgehende Politik des freien Handels, ab.

Doch trotz gewisser Zugeständnisse an die Massenbewegungen und seinen Reibereien mit dem Weißen Haus, vor allen unter der Präsidentschaft von Bush, war Chávez weder „Revolutionär" noch „Antiimperialist". In Wirklichkeit erlaubte seine Machtübernahme einen Ausweg aus der Krise der bürgerlichen Herrschaft nach dem Caracazo im Jahr 1989. Er stellte die Autorität des Staates und der Streitkräfte wieder her, indem er durch eine verfassungsgebende Versammlung die unbeliebte 4. Republik durch ein neues „bolivarisches" Regime ersetzte, das auf plebiszitären Mechanismen basierte. Damit Chávez diese Aufgabe erfüllen konnte, stützte er sich auf die Streitkräfte und in besonderem Maße auf die arme städtische Bevölkerung. So erschuf er ein Regime, das in seinen linkesten Zeiten Züge eines „linken Bonapartismus *sui generis*" (wie wir MarxistInnen es nennen) aufwies, also eines Regimes, das große Zugeständnisse an die Massenbewegung macht, um ihre Unterstützung gegen den imperialistischen Druck und das ausländische Kapital zu gewinnen, ohne jemals über die Abhängigkeit und die Rückständigkeit im Rahmen des kapitalistischen Privateigentums hinauszugehen. Dabei versucht sich die in einer Person kristallisierte Regierungsgewalt über die Klassen und so-



Hugo Chávez war längere Zeit an Krebs erkrankt

KLASSE GEGEN KLASSE

öffnet eine neue Etappe

gar über die Fraktionen innerhalb der herrschenden Klasse zu erheben. Aber im Wesentlichen drückte Chávez eine Art der bürgerlichen Herrschaft in Zeiten der Krise aus. Genauer gesagt erschien diese bonapartistische Führung, die direkt aus den Streitkräften der Bourgeoisie erwuchs, angesichts des Ausbleibens eines echten revolutionären Prozesses, der die ausgebeuteten Klassen an die politische Macht gebrach hätte; angesichts des Ausbleibens einer Revolution, die die ArbeiterInnen zur führenden Klasse im Land erhoben hätte.

Die Grenzen des bürgerlichen Nationalismus

Nach dem gescheiterten Staatsstreich von 2002 begann der Chavismus einen Prozess der Verstaatlichungen, in dem er die alten Betriebe, die in den 90er Jahren privatisiert wurden, wie die Telefongesellschaft CANTV, die Banco de Venezuela, das Stahlwerk SIDOR etc., wieder unter die Leitung des Staates brachte. Diese Verstaatlichungen waren jedoch in Wirklichkeit Käufe, die zu Marktpreisen mit den KapitalistInnen ausgehandelt wurden. Letztere sahen ihre Interessen also nicht gefährdet.

Anstatt einen Prozess der Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums (national und international) und der Vergesellschaftung der Reichtümer zu beginnen, als Basis für die Lösung aller Probleme der ArbeiterInnen und Massen, entschied sich der Chavismus dafür, Teile der Öl-Gewinne mit den transnationalen Konzernen neu zu verhandeln, die Steuern zu erhöhen (darunter auch die Mehrwertsteuer) und eine enorme Verschuldung einzuleiten, also gerade von den BankerInnen und kapitalistischen Regierungen Darlehen zu erbitten.

Chávez wurde nicht müde, vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" zu sprechen. Dieser sogenannte „Sozialismus" bestand jedoch aus nicht mehr als einigen Reformen, ließ das Regime der bürgerlichen Herrschaft unangetastet und garantierte den KapitalistInnen die Handelsfreiheit. Über seine Umverteilungspolitik, also die „Misiones" und die Umverteilung eines guten Teils der Öleinnahmen, hinaus, war der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" nichts anderes als ein Regime, um die Massenbewegung im Zaum zu halten. Dies geschah gerade zu einem Moment des Aufstiegs der Kämpfe und einer Infragestellung der herrschenden Ordnung. Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" lässt die Gesellschaft der Ausbeutung und der Unterdrückung bestehen, abgemildert durch eine Dosis „sozialer Gerechtigkeit". Geändert hat sich in der Realität wenig von den „sozialen Ungleichheiten", die einer auf Ausbeutung basierenden Gesellschaft eigen sind. Die offiziellen Zahlen zeigen, dass im Jahr 2010 das reichste Fünftel der Bevölkerung in Venezuela 45% des nationalen Einkommens besaß, während das ärmste Fünftel kaum 6% besaß. Die Familien der ärmsten 40% vereinten nicht mal ein Fünftel des Einkommens auf sich. Dies alles, während die BankerInnen und FabrikbesitzerInnen ihre Geschäfte weiterführen können, die nationalen genauso wie die internationalen.

Aus Sicht des Chavismus kann man bereits vom Sozialismus sprechen, auch wenn weder versucht wird das bürgerliche Eigentum abzuschaffen, noch den bürgerlichen Staat zu zerschlagen. Man kann „revolutionär" sein, ohne die Macht in die Hände der ArbeiterInnen und Massen gegen die KapitalistInnen und ihren Staat zu geben; man kann antikapitalistisch sein, auch wenn man zu jedem Zeitpunkt das kapitalistische Eigentum und den Handel garantiert; man kann arbeiterfreundlich sein, selbst wenn man nicht nur die Ausbeutung der ArbeiterInnen aufrechterhält, sondern Diskurse anstößt und Gesetze erlässt, die ArbeiterInnenkämpfe, die den Bosse oder dem Staat die Stirn bieten, kriminalisieren. Diese Diskrepanz zwischen den Reden und der Praxis ist Teil eines Erbes, welches das Bewusstsein der Klasse der Ausgebeuteten nicht erhellt, sondern durcheinanderbringt.

Kriminalisierung der Proteste und Klassenversöhnung

Unter dem Chavismus wurde eine Reihe von Gesetzen beschlossen, die die Proteste der ArbeiterInnen und Massen kriminalisieren. Durch dieses Paket von Gesetzen wurden mehr als hundert ArbeiterInnen angeklagt oder an ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Arbeit gehindert (auch durch Gefängnisstrafen). Beispielhaft dafür steht der Fall des Eisenbergbauers Rubén Gonzáles, der aufgrund von Streiks anderthalb Jahre im Gefängnis saß und sogar zu 7,5 Jahren verurteit worden war; er wurde nur aufgrund des wachsenden Drucks der ArbeiterInnen freigelassen. Es ist ein Erbe des bürgerlichen Zwangs und der Disziplinierung der ArbeiterInnenkämpfe, das Chávez hinterlässt. Dies verbreitet Angst, Demoralisierung und die Unterwerfung unter die Bedingungen der Ausbeutung.

Ein Teil von Chávez' Erbe ist die weder revolutionäre noch sozialistische Idee der Klassenversöhnung, also die Idee der „Heimat" und der „Nation", in der Ausbeutende und Ausgebeutete, Arme und Reiche, zusammenleben. Das ist eine Ideologie, die

Der sogenannte „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" bestand aus nicht mehr als einigen Reformen.

nicht versucht, den Kampf der Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeutenden bis zum Ende zu führen, um diese zu stürzen und eine neue soziale Ordnung herzustellen, sondern eine Ideologie, die die friedliche Koexistenz predigt; die die Klassengesellschaft nicht abschaffen, sondern die Klassenausbeutung am Leben erhalten will.

Man muss die Tatsache der Wiederherstellung der Autorität der bürgerlichen Armee hervorheben. Chávez versuchte, den ArbeiterInnen die Idee der Bruderschaft zwischen ihnen und den Streitkräften, der repressiven Macht des bürgerlichen Staates, einzutrichtern. Im Allgemeinen hinterlässt Chávez für seine NachfolgerInnen und die Massen das politische Erbe, dass die Ausgebeuteten und Armen in den bürgerlichen Staat vertrauen und ihm dankbar sein sollen.

Der Post-Chavismus

In den gut drei Monaten der Abwesenheit Chávez' entstand eine Periode politischer Ungewissheit. Im Vakuum, das Chávez in dieser Zeit hinterließ, öffnete sich eine politische Krise. Heute, nach dem Tod von Chávez, ist diese Krise unbestreitbar. Wir reden hierbei nicht von einer konjunkturellen, sondern von einer Krise der gesamten bonapartistischen Regierungsform, die sich in einer starken politischen Persönlichkeit kristallisiert hatte.

Auch wenn Chávez mit einer großen Beliebtheit gestorben ist, die sich noch einmal in den letzten beiden Wahlen bestätigte, bedeutet dies nicht, dass die kommende Situation nicht



mit Spannungen verlaufen und leicht zu meistern sein wird. Der Übergang zu einem Post-Chavismus hängt natürlich nicht alleine von der großen Beliebtheit ab, die Chávez besaß, sondern vom Ringen der politischen Fraktionen innerhalb der Regierungspartei mit ihren jeweils eigenen Interessen, jedoch auch

Die ArbeiterInnen müssen aufhören, Kanonenfutter in den Kämpfen zwischen den Herrschenden um den Post-Chavismus zu sein.

der anderen bürgerlichen Fraktionen und ebenfalls des Imperialismus, der die derzeitige Situation aufmerksam verfolgt. Die Situation ist deshalb so kompliziert, da keine Figur, auch wenn sie schon für das Amt vorgesehen ist, die Rolle des Schiedsrichters, die Chávez spielte, übernehmen kann. So ist es der Fall mit Nicolas Maduro, der wahrscheinlich die kommenden Wahlen gewinnen wird – das gilt noch mehr für irgendwelche neuen Cliquen, die Pläne schmieden, um einen Chavismus ohne Chávez aufrechtzuerhalten. Das Gleichgewicht der Kräfte im bonapartistischen System ist permanent instabil, weshalb es klar war, dass der persönliche Bonapartismus Chávez' sich in einen Erzeuger von Chaos verwandeln würde, sobald dieser sterben würde.

Die rechte Opposition und vor allem deren wahrscheinlicher Präsidentschaftskandidat für die kommenden Wahlen, Henrique Capriles Radonski, erneuerte „das Versprechen des Dialogs und des Friedens in Venezuela" und „streckt seine Hand in Richtung der Regierung aus". Außerdem sagt er: „Diese Stunde ist keine der Differenzen, sondern des Friedens und der Einheit", und sucht damit sicherlich nach einem paktierten Übergang zu einer neuen Form der politischen Herrschaft. Obwohl sie von den zwei aufeinanderfolgenden Wahlniederlagen und den zugespitzten internen Brüchen geschwächt ist, wird die Opposition in den kommenden Wahlen eine bessere Position in den Diskussionen über den Post-Chavismus zu erreichen versuchen.

Es ist schwer, vorherzusagen, wie der Post-Chavismus aussehen wird. Die Neupositionierungen, die wir heute im Kampf der verschiedenen Sektoren der bonapartistischen und herrschenden Gruppen im Staatsapparat erleben, sind ein klarer Ausdruck der Konflikte, um ein neues Herrschaftssystem zu definieren, das Chávez ersetzten soll. Schon in der Zeit von Dezember bis Februar konnte man eine politische Situation erkennen, die einen immer unschärferen und ungewisseren Kurs nahm – ohne Chávez' begann alles, was vorher solide schien, zu verschwimmen oder zumindest an Feste zu verlieren. Damit eröffnet sich eine neue politische Etappe im Land.

Die Aufgaben der ArbeiterInnenklasse in einer neuen Etappe

Nach dem Tod Chávez' dürfen die ArbeiterInnen weder die Tricks der neuen Regierung noch die offene Demagogie der rechten Opposition akzeptieren. Die ArbeiterInnenklasse und die armen Massen stehen vor neuen Aufgaben. In dieser Etappe ist es unerlässlich, dass sie sich mit der kompletten politischen und Klassenunabhängigkeit in der neuen Situation orientieren und sich als Klasse auf die neue Situation vorbereiten und aufhören, Kanonenfutter in den Kämpfen zwischen den Herrschenden um den Post-Chavismus zu sein.

Der Chavismus in der Regierung wird sich umbilden und sein Modell der Verwaltung des Kapitalismus so „anpassen", dass die letzten Elemente der sogenannten „sozialen Gerechtigkeit" zugunsten einer höheren Ausbeutungsrate und dem Schutz der kapitalistischen Gewinne verloren gehen werden. Gleichzeitig bereiten sie sich auf die neuen Präsidentschaftswahlen vor, und auch die rechte Opposition tut dies mit ihrer Demagogie. Währenddessen müssen wir ArbeiterInnen uns jetzt auf den organisierten Kampf vorbereiten, für das, was uns zusteht. Wir müssen den KapitalistInnen – seien es öffentliche oder private – sowie den regionalen und nationalen Regierungen entgegentreten und uns für bessere Löhne, die Einhaltung der Tarifverträge und bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Wir müssen uns von der Basis aus koordinieren und dürfen keiner der verschiedenen Banden, die sich um die Verwaltung der bürgerlichen Gesellschaft und des Post-Chavismus streiten, Vertrauen schenken.

Zur gleichen Zeit wird der Angriff auf den Geldbeutel der Arbeitenden fortgeführt, der zu der kürzlichen Entwertung der Währung und der hohen Inflation dazukommt. Deswegen fordern wir in Anbetracht der Entwertung, der Erhöhung der Preise und der Inflation die Anhebung des Lohns auf den grundlegenden Verbrauch einer Familie und eine gleitende Skala der Löhne, die sich dem Stand der Inflation automatisch anpasst. Geld für die Löhne und die Bedürfnisse der ArbeiterInnen und Massen, nicht für imperialistisches Kapital und Banken! Nein zur Zahlung der Auslandsschulden! Anstatt das Geld von den ArbeiterInnen zu nehmen, müssen progressive Steuern auf die KapitalistInnen, die großen Gewinne und Besitztümer erhoben werden. Für die komplette Verstaatlichung der Banken unter ArbeiterInnenkontrolle, damit die natürlichen Ressourcen für einen Plan zum Bau von öffentlichen Gebäuden, Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern genutzt werden. Ein Plan, der alle zur Verfügung stehenden Hände mit einbezieht und ein Gehalt ermöglicht, das den Bedürfnissen einer Familie entspricht.

Für ein Außenhandelsmonopol! Stopp der Verfolgung und Zurücknahme aller Strafverfahren gegen die mehr als zweitausend kämpfenden ArbeiterInnen! Ende der Kriminalisierung der Kämpfe! Keine toten ArbeiterInnen oder AktivistInnen der indigenen Völker! Gerechtigkeit gegenüber dem hinterhältigen Mord an Sabino Romero!

Um diesen Kampf zu Ende zu führen, ist es notwendig, dass die ArbeiterInnenklasse nach der Erfahrung des Chavismus eine bessere Perspektive sucht. Eine Perspektive, in der sie es ist, die über ihr Schicksal, die eigenen Schritte und Kampfmethoden entscheidet, indem sie für den Aufbau von Organen der Selbstverwaltung und Selbstorganisierung kämpft und auch für kämpferische Gewerkschaften, die von den KapitalistInnen und dem Staat unabhängig sind und direkt für die Klassenunabhängigkeit und ArbeiterInnendemokratie eintreten. Dazu ist es notwendig, die Gewerkschaftsbürokratie zu verjagen, die nichts anderes ist, als der Transmissionsriemen der Interessen der Bosse und der Regierung.

Die politische Unabhängigkeit ist der Schlüssel. Um den Kampf in die richtige Richtung zu lenken, ist eine revolutionäre und internationalistische ArbeiterInnenpartei notwendig, die den Kampf zu Ende führt, da keins der grundlegenden Probleme ohne den Kampf für eine Regierung der ArbeiterInnen und der armen Massen gelöst werden kann. Das chavistische Regime bewies, dass die Bourgeoisie unfähig ist, den Kampf für die nationale Unabhängigkeit vom Imperialismus und die Einheit Lateinamerikas zu lenken. Gegen die bürgerlichen Projekte wie den MERCOSUR oder die ALBA ist es nötig, hin zu einer Sozialistischen Föderation Lateinamerikas zu marschieren.



Liga de Trabajadores por el Socialismo (LTS)
➟ **www.lts.org.ve**



BOLIVIEN: Gründung einer neuen Partei

Am 7. und 8. März fand in Bolivien – mit mehr als 1.300 Delegierten aus 100 Organisationen – der Gründungskongress der ArbeiterInnenpartei (PT) statt. Dies markiert einen großen Schritt hin zum Eintritt der bolivianischen ArbeiterInnenbewegung in die Politik, auf der Grundlage einer vom Kapital unabhängigen Organisation und verwurzelt in der Gewerkschaftsföderation COB.



Die politische Situation in Bolivien hat sich gewandelt: Wurde Präsident Evo Morales früher von vielen als Hoffnungsträger gesehen, hat sich die bolivianische ArbeiterInnenbewegung inzwischen in eine Konfrontation mit der Regierung begeben. Davon ist die neue ArbeiterInnenpartei ein Ausdruck. Ihr Programm zeigt ihr Potential: Die Verstaatlichung ohne Entschädigung der Banken, des Bergbaus und aller natürlichen Ressourcen, die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Öffnung der Geschäftsbücher und die kollektive ArbeiterInnenkontrolle sind Teil des Programms.

Unsere bolivianische Schwesterorganisation LOR-CI hat die Gründung dieser Partei begrüßt und setzt ihre gesamte Kraft ein, damit sie eine möglichst progressive Ausrichtung erlangt. Trotzdem hat sie klar gemacht, dass schon zu Beginn große Gefahren der Bürokratisierung dieser Partei existieren: Ein Teil der COB-Führung ist regierungstreu und sabotiert die Gründung der Partei; ein anderer Teil strebt eine reformistische Partei ähnlich der brasilianischen PT an; der dritte will zwar eine klassenkämpferische Partei und lässt sich durch die fortschrittlichsten Teile der bolivianischen ArbeiterInnenklasse, wie die BergarbeiterInnen von Huanuni, unter Druck setzen, fürchtet sich aber vor einer zu großen Radikalisierung der Partei.

Diese Konfliktstellung zeigte sich dann auch beim Gründungskongress, wo die Bürokratie versuchte, die Mobilisierung zum Kongress zu behindern, die programmatischen Dokumente zu verwässern und die Führung der neuen Partei zu bürokratisieren. Die LOR-CI verteidigte demgegenüber gemeinsam mit den BergarbeiterInnen die Notwendigkeit der Klassenunabhängigkeit sowie der vollständige Tendenzfreiheit. Der Kongress wählte eine Übergangsleitung, die einen neuen Parteikongress vorbereiten soll. Die LOR-CI ruft dazu auf, kein Vertrauen in diese Leitung zu setzen und dagegen zu kämpfen, dass die Gewerkschaftsbürokratie nachträglich das Programm verwässert.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist die aktuelle Tarifauseinandersetzung zwischen der COB und der Regierung, welche einen ersten Ansatzpunkt dazu bildet, die Trennung von gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen zu überwinden und die ArbeiterInnenpartei zu einem wirklichen Instrument für die Forderungen der ArbeiterInnen zu verwandeln. *ssch*

ARGENTINIEN: Beginn einer neuen Etappe?

Am 20. November 2012 fand in Argentinien ein landesweiter Generalstreik statt, der ein Vorher und Nachher in der Beziehung zwischen der organisierten ArbeiterInnenbewegung zur Regierung von Cristina Fernandez de Kirchner (CFK) markiert. Die Regierung kann aufgrund eines starken Rückgangs der Wirtschaft keine Zugeständnisse mehr geben. Jetzt versucht sie das, was sie mit ihrem „linken“ Gesicht gegeben hat, mit ihrem wahren Klassengesicht wieder wegzunehmen. Das gilt auch für die Privilegien der Gewerkschaftsbürokratie, weshalb das „strategische Bündnis“ zwischen dem Gewerkschaftsbund CGT und der Regierung, die seit 2003 die Stabilität im Land wiederherstellte, gebrochen ist. Dadurch war die CGT gezwungen, in die Opposition und auf die Straße gehen. Damit hob die CGT – ohne es zu wollen – die angestaute Unzufriedenheit gegen die Regierung von CFK auf eine neue Ebene.



Die arbeiterInnenfeindliche Politik, die der Kirchnerismus getrieben hat – wie die Erhöhung der Lohnsteuer, die aktuelle Kampagne gegen den legitimen Kampf der Beschäftigten des Bildungssystems, die sinkenden Löhne und die höhere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt -- verursacht eine kontinuierliche Mobilisierung von großen Teilen der ArbeiterInnen gegen diese Politik. Der Aufruf zu einem Generalstreik am 20. November (der erste seit dem Antritt der Kirchner-Regierung) seitens der bürokratischen CGT erreichte nicht nur die gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen, sondern auch viele andere, wie die Basisgewerkschaftsbewegung oder unorganisierte ArbeiterInnen. Auch andere unzufriedene Sektoren machten sich diesen Aufruf zu Nutze. Vielen war klar, dass die CGT-BürokratInnen demonstrieren würden, um die Regierung von CFK unter Druck zu setzen, um ihre eigenen Privilegien – als eine der wichtigsten Säulen der Stabilität im Land – nicht zu verlieren, anstatt wirklich für die Interessen der ArbeiterInnen zu kämpfen.

Die Basisgewerkschaftsbewegung, die unsere GenossInnen der Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS) vorantreiben, hat ohne Sektierertum versucht, einen Unterschied zur Politik der CGT aufzuzeigen: Sie schlugen den Tausenden von ArbeiterInnen, die demonstriert haben, ein alternatives Programm des Kampfes, gegen jede Klassenversöhnung, für die Demokratisierung der Gewerkschaften als Instrumente zum Kampf der ArbeiterInnen und für den Aufbau einer ArbeiterInnenpartei vor. Angesichts der offenen Krise innerhalb des Kirchnerismus und der Rekomposition der ArbeiterInnenbewegung entstand mit dem Generalstreik – nicht nur für die PTS, sondern für die gesamte argentinische Linke – die Herausforderung, tatsächlich diese Alternative aufzubauen und das Regime zu stürzen, das trotz der revolutionären Tage von 2001 bis heute überlebt hat. *jb*

Hinter der Bühne

1968 gab es einen Aufschwung der Klassenkämpfe in vielen Teilen der Welt – auch in der BRD. Die trotzkistische Bewegung in Westdeutschland nahm aktiv an der Revolte teil, aber sie konnte nicht viel davon profitieren. Was haben die deutschen TrotzkistInnen im Jahr 1968 gemacht und warum konnten sie nicht bedeutende Sektoren der revolutionären Jugend um sich sammeln? Eine Untersuchung der damaligen Politik der TrotzkistInnen, um Schlussfolgerungen für heute zu ziehen.

von **Wladek Flakin** (RIO, Berlin)

Februar 1968. Westberlin. 6.000 vorwiegend junge Menschen aus Westdeutschland und anderen Ländern versammeln sich an der Technischen Universität Berlin für den Internationalen Vietnam-Kongress. Der bekannteste Redner ist Rudi Dutschke vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Doch neben ihm auf dem Podium sitzen auch Trotzkisten wie Ernest Mandel und Tariq Ali. Hinter der Bühne – im wörtlichen und im metaphorischen Sinne – steht die kleine trotzkistische Organisation in Westdeutschland. Die Gruppe hat nicht mal einen Namen – ihre Mitglieder sprechen einfach von der „deutschen Sektion" (manchmal auch „...der Vierten Internationale"). Obwohl Schriften von Leo Trotzki und auch Ernest Mandel vom SDS-Verlag „Neue Kritik" herausgegeben und in der Studentenbewegung diskutiert werden, ist der Trotzkismus als politische Strömung – im Gegensatz zum Autonomismus und zum Maoismus – kaum wahrnehmbar und kann nur wenig von der 68er-Revolte in Westdeutschland profitieren.

Die trotzkistische Bewegung der BRD konnte diese Schwäche bis heute nicht überwinden. Der/die bekannteste TrotzkistIn Frankreichs, der Postbote Olivier Besancenot, erhielt als 28-jähriger Präsidentschaftskandidat der *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR) bei den Wahlen im Jahr 2002 1,5 Millionen Stimmen. Doch der/die bekannteste trotzkistische AktivistIn Deutschlands, Lucy Redler, bekam als 27-jährige Spitzenkandidatin der WASG Berlin bei den Abgeordnetenhauswahlen im Jahr 2006 gerade mal 40.000. Und die WASG war nicht einmal eine trotzkistische Kandidatur, sondern eine Abspaltung der SPD, die bald darauf mit der PDS zur heutigen Partei „Die Linke" fusionieren sollte. Die Ergebnisse anderer trotzkistischer Wahlantritte sahen in der Regel noch düsterer aus.[1]

Perry Anderson, Historiker und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift „New Left Review" fragte am Ende seiner Studie „Über den westlichen Marxismus", warum der Trotzkismus, als marxistische Alternative zum Stalinismus, im Vergleich zum „westlichen Marxismus" (zum Beispiel die „Frankfurter Schule") wenig Anziehungskraft auf die „neue Linke" nach 1968 hatte: *„'Hinter der Bühne' überlebte und entwickelte sich eine weitere, völlig anders geartete Tradition, die zum ersten Mal während und nach der französischen Explosion 1968 größere Aufmerksamkeit auf sich zog. Gemeint ist natürlich die Theorie und das Erbe Trotzkis."*[2] Die trotzkistische Bewegung in Frankreich wurde nach 1968 zu einer kleinen, aber bedeutenden politischen Kraft – in Deutschland dagegen blieb der Trotzkismus marginal. Das ist besonders erstaunlich in Anbetracht der Tatsache, dass in den 70er Jahren bis zu 100.000 Menschen die maoistischen Gruppen („K-Gruppen") „in irgendeiner Weise durchlaufen" haben.[3]

Der langjährige Trotzkist Oskar Hippe, der ab 1969 den Aufbau einer neuen trotzkistischen Jugendorganisation begleitete, stellte in seiner Autobiographie fest, dass keine „größere Gruppen der Studenten" sich dem Trotzkismus näherten: *„Die meisten [Studenten] sahen zu dieser Zeit in Mao Zedong und im Volkskrieg ihr Heil und in Stalin ihren Ahnherrn."*[4] Aber warum?

Dazu ist zunächst ein Blick auf die internationale Lage, aus politischer wie wirtschaftlicher Sicht, notwendig: Leo Trotzki hatte zu Beginn des Zweiten Weltkrieges vorhergesagt, dass dieser zu einer neuen revolutionären Welle führen würde, die die stalinistische Bürokratie der Sowjetunion hinwegfegen würde. Doch aufgrund der Rolle der sowjetischen Armee im Krieg gegen die Nazis erlangte der Stalinismus neue Legitimität. Im Gefolge des Krieges wurden auch neue, bürokratisch deformierte ArbeiterInnenstaaten etabliert, wie gerade die DDR, die einen großen Einfluss auf die Linke in Westdeutschland ausübte. Aufgrund der Anziehungskraft des Stalinismus (und seiner Varianten wie des Maoismus) entwickelten sich die revolutionären Erhebungen in halbkolonialen und kolonialen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg unter kleinbürgerlich-nationalistischen Führungen, die damit keinen Anstoß für revolutionäre Bewegungen in den zentralen imperialistischen Ländern geben konnten.

Dazu kam der Nachkriegsboom, der dazu führte, dass die privilegierteren Schichten der ArbeiterInnenklasse und insbesondere die Gewerkschaftsbürokratie von den KapitalistInnen kooptiert wurden. Die Klassenkollaboration erlangte in allen imperialistischen Ländern große Bedeutung, insbesondere aber in der BRD. Während in Frankreich die Radikalisierung um 1968 die Studierendenbewegung mit den Streiks der ArbeiterInnenklasse zusammenbrachte, besonders beim Generalstreik im Mai 1968, blieb die Radikalisierung der Jugendlichen in Deutschland im Jahr 1968 von den ArbeiterInnen isoliert. Tendenzen zur Radikalisierung unter den ArbeiterInnen in Deutschland kamen erst bei den Septemberstreiks 1969 und wieder bei der Streikwelle von 1972–73 zum Vorschein, aber auch dort blieb ein erheblicher Teil der ArbeiterInnenklasse unter fester Kont-

1. Um einige Beispiele zu nennen: Die Partei für Soziale Gleichheit (PSG) bekam bei den Bundestagswahlen im Jahr 2005 15.605 Zweitstimmen und in anderen Jahren erheblich weniger. Die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) bekam bei den Bundestagswahlen im Jahr 1976 4.767 Zweitstimmen. Der Spartacusbund bekam bei Landtagswahlen in Bremen im Jahr 1975 und Baden-Württemberg im Jahr 1976 gerade mal 117 bzw. 94 Stimmen. In der Stadt Rostock konnte die Sozialistische Alternative (SAV) im Jahr 2004 einen Sitz in der Bürgerschaft gewinnen.
2. Perry Anderson: Über den westlichen Marxismus. Frankfurt/Main 1978. S. 140.
3. Andreas Kühn: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre. Frankfurt/Main 2005. S. 287.
4. Oskar Hippe: ... und unsere Fahn' ist rot. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung. Hamburg 1979. S. 261.



der Revolte

Rudi Dutschke spricht beim Internationalen Vietnam-Kongress in Westberlin (Zum Vergleich: Das Bild auf der Titelseite dieser Zeitschrift ist nachgestellt.)

rolle der sozialpartnerschaftlichen Bürokratien.

Neben den schwierigen objektiven Bedingungen hat auch die subjektive Politik der trotzkistischen Gruppen der BRD vor und während der 68er-Revolte sie davon abgehalten, größere Anziehungskraft auf die sich radikalisierende Jugendbewegung auszuüben.

Trotzkismus in der Nachkriegszeit

Die Vierte Internationale wurde 1938 als konsequente Opposition gegen die konterrevolutionäre Politik der Zweiten Internationale (Sozialdemokratie) und der Dritten Internationale (Stalinismus) gegründet. Trotzki und seine MitstreiterInnen bekämpften auch Strömungen, die zwischen revolutionären und reformistischen Positionen schwankten (Zentrismus), um der neuen Internationale ein klar revolutionäres Programm zu geben. Bereits seit der Gründung der Internationalen Linksopposition im Jahr 1929 hatten Trotzki und seine AnhängerInnen eine internationale Organisation mit einem internationalen Programm aufgebaut. Deswegen kann die Politik der deutschen TrotzkistInnen nach dem Zweiten Weltkrieg nur aus einer internationalen Perspektive betrachtet werden. Ihre Positionen sind darauf zurückzuführen, dass die Vierte Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg selbst zu einer zentristischen Strömung wurde.

Diese Degeneration der Vierten Internationale ist unter anderem auf das Massaker an trotzkistischen Kader während des Zweiten Weltkrieges, sowohl durch faschistische wie stalinistische HenkerInnen, zurückzuführen. Die jungen RevolutionärInnen, die nach 1945 die Führung der Internationale übernommen haben, waren nicht in der Lage, die neue Situation zu analysieren. Statt des erwarteten revolutionären Aufschwungs, brachte die „Jalta-Ordnung" nach dem Krieg eine Stärkung der konterrevolutionären Führungen der ArbeiterInnenbewegung. Die TrotzkistInnen, die den unmittelbaren Ausbruch eines „Dritten Weltkriegs" erwarteten, passten sich diesen Führungen stark an. Denn aus der Erwartung, dass der baldige Kriegsausbruch keine Zeit für den Aufbau unabhängiger revolutionärer Parteien lassen würde, schlussfolgerten sie, dass sie ihre Organisationen in sozialdemokratische oder stalinistische Massenparteien auflösen müssten, um dort konspirative, nicht explizit trotzkistische Arbeit zu leisten. Diese Politik des „Entrismus *sui generis*" (siehe Infokasten) bedeutete die Aufgabe eines offen revolutionären Programms.[5]

An anderer Stelle haben wir geschrieben, *„dass sich die IV. Internationale nach der Periode 1951-1953 in eine zentristische Bewegung verwandelte, in der der gemeinsame Nenner seiner Hauptströmungen der Verlust einer strategischen Ausrichtung auf unabhängige revolutionäre Parteien war. Sie passte sich eklektisch jeder Führung an, die sich in der Massenbewegung stärken konnte, wie die Anpassung an Tito, Mao, Castro usw., zeigte, womit sie auch die Kontinuität des revolutionären Marxismus brach."* Doch das bedeutet nicht, dass wir den „trotzkistischen Zentrismus" einfach zur Seite schieben könnten. Im Gegenteil *„haben wir, angesichts der teilweisen korrekten Widerstände gegenüber offenem Verrat [...] und vor dem Hintergrund der gebrochenen revolutionären Kontinuität, behauptet, dass ‚Fäden der Kontinuität' ge-*

5. RIO: Thesen zu Aufbau, Krise und Untergang der IV. Internationale. http://www.onesolutionrevolution.org/?p=736&language=de.



Was ist Entrismus?

Entrismus gilt in manchen Kreisen als ein Markenzeichen trotzkistischer Politik: Eine mehr oder weniger geheime Gruppe tritt in eine reformistische Partei ein, um dort Mitglieder zu werben. Die beiden größten Gruppen in der BRD, die sich auf Trotzki beziehen, nämlich die SAV und Marx21, führen genau diese Politik in Bezug auf die Linkspartei aus. Doch wie entwickelten Trotzki und seine AnhängerInnen ursprünglich die Taktik des Entrismus?

Nachdem Hitler zum deutschen Reichskanzler ernannt wurde, gab es einen starken Drang nach Einheit innerhalb der ArbeiterInnenklasse im Nachbarland Frankreich. Die stalinistierte *Parti Communiste Français* (PCF) hatte bis dahin die „Sozialfaschismusthese" vertreten und die sozialdemokratische Partei *Section Française de l'Internationale Ouvrière* (SFIO) zum „sozialfaschistischen" Hauptfeind erklärt. Doch nach einer Demonstration der FaschistInnen in Paris im Februar 1934 musste sie wegen des Drucks nach gemeinsamer Aktion gegen die faschistische Gefahr diese These aufgeben. Die StalinistInnen zielten nun auf ein Regierungsbündnis mit den SozialdemokratInnen und auch mit der bürgerlichen Radikalen Partei, die sogenannte „Volksfront".

In der zugespitzten Situation strömten Hunderttausende neu politisierte ArbeiterInnen in beide Parteien. Die trotzkistische *Ligue Communiste*, die ungefähr 100 Mitglieder hatte, hatte eine große Kampagne für eine antifaschistische Einheitsfront gemacht – nun fand sie keinen Zugang zur proletarischen Basis dieser Parteien, vor allem zum starken linkszentristischen Flügel der SFIO. Vor diesem Hintergrund schlug Trotzki die Taktik des „Entrismus" („entrer", eintreten) vor. Die TrotzkistInnen traten im September 1934 geschlossen in die SFIO ein und konstituierten sich dort als *Groupe Bolchevik-Léniniste* (GBL).

Die TrotzkistInnen konnten in den folgenden neun Monaten wichtige Erfolge erzielen: Sie gewannen Einfluss im linken Flügel der Partei und vor allem in der Jugend, während sie sich scharf von LinkszentristInnen wie Marceau Pivert abgrenzten. Die Zeitung der Pariser Föderation der Sozialistischen Jugend, *„Révolution"*, vertrat trotzkistische Positionen in einer Auflage von 80.000 Stück. Doch im Juni 1935 begann die sozialdemokratische Führung mit bürokratischen Angriffen gegen die trotzkistische Gruppe. Trotzki argumentierte für eine Gegenoffensive, doch manche Führungsmitglieder der GBL wollten sich dem linkszentristischen Flügel der SFIO anbiedern, um länger in der Partei bleiben zu können. Trotzki argumentierte:

„Der vorübergehende Eintritt in die SFIO oder selbst in die Kuomintang ist kein Verbrechen an sich. Doch muss man wissen, nicht nur wie man eintritt, *sondern auch wie man* austritt. *Wenn man an einer Organisation weiter hängt, die proletarische Revolutionäre nicht länger bei sich dulden kann, wird man notwendigerweise ein jämmerliches Instrument des Reformismus, des Patriotismus und des Kapitalismus."*[1]

In einem Brief an die polnischen AnhängerInnen der Vierten Internationale zog Trotzki erste Schlüsse:

„1. Der Eintritt in eine reformistische, zentristische Partei, beinhaltet an sich keine lange Perspektive. […]
2. Die Krise und die Kriegsgefahr haben eine doppelte Wirkung. Einerseits schaffen sie die Bedingungen, unter denen der Eintritt in einer allgemeinen Form möglich wird. Andererseits zwingen sie den herrschenden Apparat, nach vielen Schwankungen, die revolutionären Elemente auszuschließen […].
3. […] Notwendig ist aber, vor allem im Licht der französischen Erfahrung, uns von den Illusionen in die Zeit zu befreien; den entscheidenden Angriff gegen den linken Flügel rechtzeitig zu erkennen und uns dagegen zu wehren, nicht durch Zugeständnisse, Anpassung oder Versteckspiele, sondern durch eine revolutionäre Offensive.
4. Was oben gesagt wurde, schließt nicht im geringsten die Aufgabe aus, sich den Arbeitern in reformistischen Parteien ‚anzupassen', ihnen neue Ideen beizubringen in einer Sprache, die sie verstehen. Im Gegenteil muss diese Kunst so schnell wie möglich gelernt werden. Doch darf man nicht, unter dem Vorwand, die Basis zu erreichen, prinzipielle Zugeständnisse an die führenden Zentristen und Linkszentristen machen […].
5. Die meiste Aufmerksamkeit der Jugend schenken.
6. Das entscheidende Kriterium für den Erfolg in diesem Kapitel ist noch fester ideologischer Zusammenhalt und Scharfsinnigkeit in Bezug auf unsere gesamte internationale Erfahrung."[2]

Diese Taktik wurde von verschiedenen Sektionen der Vierten Internationale ausprobiert. Während in Frankreich andauernde Fraktionskämpfe und mehrere Spaltungen die erzielten Erfolge wieder zunichte machten, konnten zum Beispiel die amerikanischen TrotzkistInnen mit einer Entrismus-Taktik in der sozialdemokratischen *Socialist Party* fast die gesamte Jugendorganisation für die Vierte Internationale gewinnen. Entscheidend für die Erfolge war, dass die trotzkistischen Gruppen ihr eigenes Programm vertraten und keine programmatischen Zugeständnisse an den Zentrismus machten.

Erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Führung der Vierten Internationale unter Michel Pablo, als Produkt ihrer zentristischen Degeneration, einen langfristigen „Entrismus *sui generis*" (der besonderen Art) zu befürworten. Die TrotzkistInnen agierten als geheime Gruppe und verschmolzen mit den linken Flügeln der reformistischen Parteien, um längerfristig in diesen arbeiten zu dürfen. Diese Politik wurde von der gesamten Führung der Vierten Internationale getragen. Während die Strömung um Ernest Mandel sich ab 1968 von der Sozialdemokratie ablöste und sich stattdessen den StudentInnen- und Guerilla-Bewegungen anpasste, blieb etwa die Strömung um Ted Grant insgesamt 40 Jahre in den reformistischen Massenparteien, in der Hoffnung, diese irgendwann komplett übernehmen zu können. Zahlreiche andere Strömungen führten ebenfalls einen „tiefen" Entrismus durch.[3]

Deswegen steht die Entrismus-Politik von der SAV und von Marx21 in Gegensatz zum Entrismus, wie Trotzki ihn vorgeschlagen hat. Ihre Politik ist vielmehr ein Produkt des trotzkistischen Zentrismus nach dem Zweiten Weltkrieg. *wf*

1. Leon Trotsky: „Against False Passports in Politics". In: Ebd.: The Crisis of the French Section. New York 1977. S. 116.
2. Ebd.: „Lessons of the SFIO Entry". In: Ebd.: The Crisis of the French Section. S. 125-126.
3. Die AnhängerInnen der Strömung von Gerry Healy behaupten, gegen den „Pablismus" und den „Entrismus" agiert zu haben. In Wirklichkeit betrieb Healy selbst zwischen 1950-59 eine Gruppe in der Labour Party, die so geheim war, dass sie nur „The Club" hieß!



blieben sind, die Stützen für den Wiederaufbau der trotzkistischen Strategie darstellen."[6] Eine kritische Aufarbeitung der Geschichte des deutschen Trotzkismus, besonders in der entscheidenden Phase um 1968, soll Schlüsse für den Aufbau einer revolutionären Partei heute liefern.

Die organisatorischen Bedingungen, unter denen die deutschen TrotzkistInnen in die Nachkriegszeit gingen, waren katastrophal. Während in Frankreich die *Parti Communiste Internationaliste* (PCI) während des gesamten Zweiten Weltkrieges eine kontinuierliche illegale Arbeit im besetzten Frankreich aufrechterhalten konnte, und sogar die wenig bekannte internationalistische Zeitung für Angehörige der Wehrmacht in Frankreich, *Arbeiter und Soldat*, herausgab, wurden die Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) bereits in den Jahren 1935–36 vollständig von den Nazis zerschlagen[7]: 1940 berichtete die Auslandsleitung der Gruppe, dass von den etwa 1.000 Mitgliedern im Jahr 1933 fünfzig in die Emigration gingen, die Hälfte sich aus der Politik zurückgezogen hatte und rund 150 sich in Haft befanden.[8] Nur eine kleine illegale Gruppe in Berlin-Charlottenburg um Oskar Hippe funktionierte bis 1945[9] – und währenddessen wandte sich das Auslandskomitee der IKD vom Marxismus ab und brach schließlich 1948 mit der Vierten Internationale.[10] Somit war die Zerstörung des deutschen Trotzkismus fast vollständig.

Deutsche TrotzkistInnen in der Nachkriegszeit

Im Gegensatz zu Frankreich, wo einige hundert TrotzkistInnen ihre Aktivität nach dem Kriegsende fortsetzten, stand nach 1945 ein einziger Kader mit langjähriger Erfahrung in der ArbeiterInnenbewegung zum Wiederaufbau der deutschen Sektion der Vierten Internationale zur Verfügung: Der Hamburger Georg Jungclas (1902–1975) wurde zum „Mentor des deutschen Trotzkismus".[11] Neben „Schorsch" gab es auch Willy Boeppele, einen früheren KPD-Funktionär, der sich erst im Jahr 1951 den TrotzkistInnen anschloss, aber fortan eine führende Rolle in der Gruppe spielte,[12] sowie Jakob Moneta und Rudolf Segall (beide jüdischstämmige Trotzkisten, die zur Zeit des deutschen Faschismus im palästinensischen Exil lebten), die in der Nachkriegszeit neben ihrer trotzkistischen Tätigkeit auch bekannte Funktionäre von DGB-Gewerkschaften waren, weshalb sie mit ihren revolutionären Überzeugungen sehr zurückhaltend sein mussten.[13] Auch wenn die genaue Größe der Gruppe in den ersten Jahren der Nachkriegszeit nicht ermittelt werden kann, war sie ohne Zweifel sehr schwach aufgestellt.[14]

Die subjektive Schwäche der Gruppe war der für RevolutionärInnen objektiv schwierigen Lage im Nachkriegsdeutschland nicht gewachsen. Perry Anderson beschrieb den Druck auf marxistische Intellektuelle dort folgendermaßen: *„Das Westdeutschland der Nachkriegszeit war politisch und kulturell der reaktionärste unter den großen Staaten Europas: Die marxistische Tradition hatten der nationalsozialistische Chauvinismus und die anglo-amerikanische Repression abgeschnitten, und das Proletariat verhielt sich zeitweilig passiv. In diesem Milieu, in dem die KPD verboten wurde und die SPD ausdrücklich jede Beziehung zum Marxismus abbrach, vollendete sich die Entpolitisierung des [Frankfurter] Instituts [für Sozialforschung]."*[15] Anderson kritisiert die „Frankfurter Schule" dafür, sich der akademischen Welt des kapitalistischen Deutschlands angepasst zu haben. Die kleine trotzkistische Gruppe war einem ähnlichen Anpassungsdruck ausgesetzt, nicht nur wegen ihrer Isolation, sondern vor allem wegen der angeheizten antikommunistischen Stimmung in der BRD und der Angst vor Verboten: *„Obwohl sich die Verfolgungsmaßnahmen vor allem gegen die KPD [...] richten, sieht sich auch die deutsche Sektion der IV. Internationale [...] bedroht. Sie tritt nach außen nicht offen in Erscheinung"*.[16]

Die Nachkriegs-IKD gab ab 1947 eine sehr kleine Zeitung heraus, und im Rahmen ihrer politischen Perspektive der „Zusammenfassung der unabhängigen linken Gruppen in einer Organisation" engagierte sie sich in der kurzlebigen, am Tito-Regime in Jugoslawien orientierten Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP), die im März 1951 gegründet wurde und bereits im August desselben Jahres ihre trotzkistischen Mitglieder ausschloss, um bald darauf komplett zusammenzubrechen.[17] Danach beschloss die Sektion, in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des dritten Weltkongresses der Vierten Internationale im Jahr 1953, den „Entrismus *sui generis*", also das langfristige Eintreten der Gruppe in die SPD und den Verzicht auf ein offen trotzkistisches Auftreten.[18] Zu diesem Zweck gab sie von 1954–66 die Zeitschrift *Sozialistische Politik* (SOPO) heraus, die de facto von TrotzkistInnen gemacht wurde, aber

Ende 1964 kam es zu Gesprächen der Westberliner TrotzkistInnen mit Rudi Dutschke und seiner kleinen Gruppe.

6. Emilio Albamonte/Matias Maiello: An den Grenzen der „bürgerlichen Restauration". In: Klasse Gegen Klasse. Nr. 1. http://www.klassegegenklasse.org/an-den-grenzen-der-burgerlichen-restauration/.
7. Wolfgang Alles: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930. Frankfurt/Main 1987. S. 238-243.
8. Internationale Kommunisten Deutschlands: Organizational Report Of The International Communists Of Germany (IKD). In: Will Reisner [Hrsg.]: Documents of the Fourth International. The Formative Years (1933–1940). New York1973. S. 369. http://www.marxists.org/history/etol/document/fi/1938-1949/emergconf/fi-emerg12.htm.
9. Hippe: Fahne. S. 164–193.
10. Second World Congress of the Fourth International: Reorganization of the German Section of the Fourth International. In: Fourth International. Volume IX, No. 6. New York, August 1948. S. 187–88. http://www.marxists.org/history/etol/document/fi/1938-1949/fi-2-ndcongress/1948-congress09.htm.
11. Peter Berens: Trotzkisten gegen Hitler. Köln 2007. S. 158–159.
12. Wolfgang Alles [Hrsg.]: Gegen den Strom. Texte von Willy Boepple (1911–1992). Köln 1999. S. 59.
13. Vgl. die Nachrufe für beide vom RSB: Wolfgang Alles: Rudolf Segall (1911–2006): Vom Zionismus zum revolutionären Marxismus. http://www.rsb4.de/content/view/1669/88/. Ebd.: Wer war Jakob Moneta? – Ein Nachruf. http://www.rsb4.de/content/view/4595/81/. Laut Jochen Ebmeier gab es in Frankfurt eine trotzkistische „Gruppe um die beiden leitenden Gewerkschaftsbeamten Segall und Moneta, die selbstredend Parteibücher [der SPD] hatten [...], aber 'viel zu exponiert' waren, um in der SPD politisch auftreten zu können." Jochen Ebmeier: Brief an den Verfasser vom 2. September 2012.
14. Hippe spricht von 52 Mitgliedern in einer Berliner Gruppe im Jahr 1948 (die allerdings bis 1956 verschwunden sein sollten). Hippe: Fahne. S. 240. Kulemann erwähnt IKD-Gruppen in 14 Städten im Jahr 1948, jedoch ohne Mitgliederzahlen. Peter Kulemann: Die Linke in Westdeutschland nach 1945. Hannover 1978. S. 66. Bis 1968 hatte die Gruppe auf jeden Fall knapp 50 Mitglieder.
15. Anderson: Marxismus: S. 56-57.
16. Georg Jungclas: Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre. 1902-1975. Eine politische Dokumentation. Hamburg 1980. S. 212.
17. Gregor Kritidis: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Hannover 2008. S. 153-56, 160-68.
18. Peter Brandt/Rudolf Steinke: Die Gruppe Internationale Marxisten. In: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II: FDP bis WAV. 1984 Opladen. S. S. 1601-1606.



sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Persönlichkeiten zur Mitarbeit heranzog.[19] Zusätzlich gab sie, im Rahmen einer allgemeinen Solidaritätsarbeit mit dem nationalen Befreiungskampf in Algerien, ab 1961 die Zeitschrift *Freies Algerien* heraus.[20] Vor allem entwickelte die Gruppe eine Arbeit innerhalb

Ein Wendepunkt der Jugendbewegung war der internationale Vietnam-Kongress im Februar 1968 in Westberlin.

der sozialdemokratischen Jugendorganisation „Die Falken", die „örtlich unter starkem Einfluss der TrotzkistInnen standen (namentlich in Köln und Berlin)."[21] Die einzige offen trotzkistische Publikation zu dieser Zeit war das theoretische Organ *Die Internationale*, die von 1956-68 in unregelmäßigen Abständen in Wien erschien.[22]

Ihre Erwartung, dass sich der Kern einer revolutionären Partei aus einem linken Flügel der SPD entwickeln würde, erwies sich als falsch, oder wie Georg Junglcas später bilanzierte, als eine „entscheidende Fehleinschätzung".[23] Als der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) im Juli 1960 per Unvereinbarkeitsbeschluss aus der SPD ausgeschlossen wurde, sah sich die trotzkistische Gruppe nicht in der Lage, sich mit dem SDS zu solidarisieren – so erschienen keine Artikel dazu in der „SOPO" wegen der Befürchtung, dass die Zeitung sonst nicht mehr in der SPD geduldet werden würde.[24] Jochen Ebmeier, ab 1963 Mitglied der Gruppe, berichtet sogar, dass es Ende 1964 zu Gesprächen der Westberliner TrotzkistInnen mit Rudi Dutschke und seiner kleinen Gruppe kam – letztere hatten mit den Ideen des Trotzkismus sympathisiert, aber lehnten die Arbeit der TrotzkistInnen in der SPD ab.[25] Dadurch entfernte sich die Sektion von der einzigen – kleinen, aber dennoch bedeutenden – Linksentwicklung in der Sozialdemokratie, die es während der 15-jährigen entristischen Arbeit gab. 1968 bemühte sich die Gruppe wieder – ohne Erfolg – die Führungsfiguren des SDS für den Trotzkismus zu gewinnen.

Die Gruppe war also an vielen Initiativen beteiligt, war allerdings über diese Initiativen hinaus kaum als trotzkistische Gruppe wahrnehmbar. Peter Brandt, der 1966 als Schüler für die Gruppe rekrutiert wurde, bestätigt, dass diese nicht einmal einen Namen hatte und nur „deutsche Sektion der Vierten Internationale" genannt wurde.[26] Im Gegensatz dazu erschien bereits seit 1964 die *Pekinger Rundschau* auf Deutsch und konnte maoistischen Positionen der entstehenden Jugendbewegung in der BRD klar vermitteln.[27] Erst 1969 verließen die TrotzkistInnen endgültig die SPD und gründen eine offen nach außen tretende Organisation. Zu dem Zeitpunkt dürfte sie etwa 50 Mitglieder gehabt haben;[28] sie hatte die reaktionäre Periode der unmittelbaren Nachkriegszeit überlebt, war aber nicht nur zahlenmäßig stagniert, sondern hatte auch ihr trotzkistisches Programm aufgegeben und war damit für die neue Periode schlecht aufgestellt.

Die „schleichende Ablösung vom Entrismus"

Die Erwartungen der deutschen TrotzkistInnen an eine Radikalisierung innerhalb der SPD, an der die Gruppe durch die Entrismus-Politik teilnehmen sollte, erfüllten sich im Laufe der 60er Jahre nicht. Im Gegenteil lief die Radikalisierung aufgrund der jahrzehntelangen Kooptierung der Sozialdemokratie durch die „Sozialpartnerschaft" der Nachkriegszeit größtenteils im Rahmen einer breiten „Außerparlamentarischen Opposition", also fast komplett außerhalb der SPD, was eine Umorientierung der trotzkistischen Gruppe immer unerlässlicher machte. Peter Brandt schreibt rückblickend: *„Faktisch waren die Jahre 1967/68 bereits eine Phase der schleichenden Ablösung vom Entrismus unter dem Einfluss der ‚Jugendradikalisierung'."*[29]

Im Jahr 1967 erschien die SchülerInnenzeitung *Neuer Roter Turm* an der Schadow-Schule in Berlin-Zehlendorf, nachdem die zweite Nummer der alten SchülerInnenzeitung *Roter Turm* wegen eines Artikels über Folter in Spanien vom Oberstudiendirektor verboten wurde. Der Skandalwert dieser Zeitung, die immer wieder in der Hauptstadtpresse und auch im Berliner Senat Erwähnung fand, steigerte sich zweifellos dadurch, dass sich unter den Redakteuren Peter Brandt, 18-jähriger Schüler und Sohn des damaligen Außenministers, befand.[30] Die Zeitung setzte sich – für die aufkommende Jugendbewegung nicht untypisch – gegen das autoritäre Bildungssystem, für sexuelle Aufklärung und gegen imperialistische Kriege ein. Die Redakteure, darunter auch einige junge Mitglieder der „deutschen Sektion", waren bei den Falken aktiv, traten aber im folgenden Jahr aus. Bemerkenswert ist, dass in den vielfältigen Berichten über diese SchülerInnenzeitung eine trotzkistische Gruppe nirgends erwähnt wird – auch der Inhalt der Zeitung gibt keine Hinweise auf eine spezifisch trotzkistische Haltung einzelner Redakteure.

Ein Wendepunkt der Jugendbewegung in der BRD war der internationale Vietnam-Kongress, der vom 17.–18. Februar 1968 an der Technischen Universität in Westberlin stattfand. 6.000 Menschen versammelten sich im überfüllten Audimax unter einem riesigen Banner mit der Losung: *„Für den Sieg der vietnamesischen Revolution!"* In Erinnerung geblieben ist die Rolle Rudi Dutschkes bei diesem Kongress – in der historischen Wahrnehmung spielen TrotzkistInnen dagegen keine Rolle. Aber Georg Jungclas schreibt, dass der „Erfolg" des Kongresses „auf die Aktivität der Sektion zurückzuführen" war,[31] während der Historiker Peter Brandt behauptet, dass der Kongress „organisatorisch wie inhaltlich stark trotzkistisch beeinflußt" war.[32] Tatsächlich sprachen auf den Podien des Kongresses mindestens drei Redner, die im Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale aktiv waren, nämlich: Ernest Mandel, Tariq Ali und Robin Blackburn.[33]

19. Günther Gellrich: Die GIM. Zur Politik und Geschichte der Gruppe Internationale Marxisten 1969-1986. Köln 1999. S. 19.
20. Jungclas: Dokumentation. S. 239-250.
21. Brandt/Steineke: GIM. S. 1604.
22. Jungclas: Dokumentation. S. 212.
23. Georg Jungclas: Aus der Geschichte der deutschen Sektion der Vierten Internationale. Hamburg 1972. S. 25-26.
24. Jungclas: Dokumentation. S. 253.
25. Ebmeier: Brief.
26. Peter Brandt: Brief an den Verfasser vom 7. September 2012.
27. Kühn: Enkel. S. 18.
28. Robert Alexander: International Trotskyism. 1929-1985. A Documented Analysis of the Movement. Durham 1991. S. 430. Er bezieht sich auf ein Interview mit R. Segall. Brandt bestätigt diese Zahl in: Brandt: Brief. 7. September 2012.
29. Peter Brandt: Brief an den Verfasser vom 24. August 2012.
30. Seda Mouradian: „Inter Esse" und „Neuer Roter Turm". Ein Beitrag zur Struktur der Berliner Schülerzeitungen. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Freie Universität Berlin 1968. S. 57-58. Siehe auch: Neuer Roter Turm. Schülerzeitschrift. Nr. 3. 1967. S. 38-39.
31. Jungclas: Geschichte. S. 24. Dabei meint er auch die politische Vorarbeit zur Solidarität mit der Revolution in der kolonialen Welt, zum Beispiel die Solidaritätsarbeit für den nationalen Befreiungskampf in Algerien, die die deutsche Sektion während der 60er Jahre hindurch leistete.
32. Brandt/Steineke: GIM. S. 1603.
33. Programm des Kongresses abgedruckt in: Michael Ludwig Müller: Berlin 1968: Die andere Perspektive. Berlin 2008. S. 200. Das Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale soll ein eigenes Flugblatt verteilt haben, dieses konnte leider nicht gefunden werden.



Zu den TrotzkistInnen aus Belgien bzw. Großbritannien kamen aber keine TrotzkistInnen aus Deutschland hinzu.

Die Trotzkisten haben sich jedoch nicht als solche präsentiert: Tariq Ali übte eine leichte Kritik an der mangelnden Unterstützung der Sowjetunion für die vietnamesische FLN, nannte Nordvietnam jedoch ein „brüderliche[s] sozialistische[s] Land" (während der Trotzkismus immer den sozialistischen Charakter des „real existierenden Sozialismus" bestritten hat);[34] Robin Blackburn bezeichnete sich selbst als „der gleichen revolutionären Bewegung zugehörig" wie „die Vietnamesen, die guatemaltekischen Guerilleros und die Guerrilleros der Falcon Front [in Venezuela]";[35] Ernest Mandel argumentierte für eine Guerilla-Strategie in Argentinien, um den Klassenkampf der ArbeiterInnen zu ergänzen (obwohl für den Trotzkismus der bewaffneten Kampf von kleinen Gruppen keine zentrale Bedeutung hat).[36] Alle drei Redner bezogen sich positiv auf die FLN und keiner übte eine Kritik am Stalinismus, weder in einer abstrakten Form noch konkret auf Ho Chi Minh bezogen. So waren ihre Beiträge eher an der Guerilla-Strategie von Che Guevara als an der Strategie des proletarischen Aufstandes von Leo Trotzki orientiert.

Zweieinhalb Jahre später schrieb die Gruppe „Spartacus" zur Kritik an ihrer früheren Strömung, dass das Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale beim Kongress *„nicht anders interveniert hatte als mit einem Flugblatt – denn den uneingeweihten Teilnehmern am Vietnamkongreß dürfte weder von Ernest Mandel noch von der französischen* Jeunesses Communistes Révolutionnaires *(JCR [...]) mehr bekannt gewesen sein, als daß es sich dabei irgendwie um TrotzkistInnen handelte."*[37]

Die Umorientierung von 1968-69

Nach dem Vietnam-Kongress begann eine komplette Umorientierung der trotzkistischen Gruppe. Ab Mai 1968 gab die deutsche Sektion die Zeitschrift *was tun* zur „Organisation der strategisch-theoretischen Diskussion" in der außerparlamentarischen Opposition heraus.[38] Zur 15-köpfigen Redaktion gehörten nicht nur Trotzkisten wie Lothar Boepple, Peter Brandt, Jochen Ebmeier, Hans-Jürgen Schulz, Wolfgang Zeller und Bernd Achterberg, sondern auch bekannte SDS-Aktivisten wie Gaston Salvatore und selbst Rudi Dutschke. In der – ausschließlich aus Männern bestehenden – Liste finden sich sogar Namen von SDS-Aktivisten, die später als Wortführer des westdeutschen Maoismus prominent wurden, etwa Christian Semmler, der später die Kommunistische Partei Deutschlands (Aufbauorganisation) (KPD(AO)) gründete, oder Thomas Schmitz-Bender, der führend im Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD aktiv war.[39]

Diese Redaktion scheint in der Form nie funktioniert zu haben, zumindest gibt es keinen einzigen Artikel von den SDSlern bzw. den späteren Maoisten. Nichtdestotrotz war die Zeitschrift nicht besonders trotzkistisch geprägt: Zwar wurde scharfe Kritik am Realsozialismus sowjetischer Prägung geäußert, doch Fidel Castro, Ho Chi Minh und Kim Sung-Il wurden gelobt; Stalin wurde dafür kritisiert, dass er die Kommunistische Internationale „zu einem Instrument der sowjetischen Außenpolitik degradiert" hatte, doch selbst an dieser günstigen Stelle wurde die von Trotzki als Opposition zum Stalinismus gegründete Vierte Internationale nicht erwähnt.[40] Erst in der fünften Nummer von *was tun* erschien ein Zitat von Trotzki, in der elften Nummer wurden Auszüge aus einer Erklärung des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationalen abgedruckt und nur in der zwölften Nummer erschien ein Bild von Trotzki (nun auf der Titelseite zur Ankündigung seines Aufsatzes „Die Gewerkschaften in der Epoche des totalitären Monopolkapitalismus"). Erst mit der zwölften Nummer, also nach einem Jahr, wurde *was tun* offiziell von trotzkistischen Gruppen herausgegeben.[41]

Im Oktober 1968 führten Mitglieder der deutschen Sektion in Westberlin, die als Gruppe um die SchülerInnenzeitung *Neuer Roter Turm* arbeiteten und bereits aus den Falken ausgetreten waren, eine Spaltung im Berliner Landesverband der Falken herbei. Die „revolutionäre Tendenz in den ‚Falken'„, also die Bezirksverbände aus Wedding und Neukölln, verließ die sozialdemokratische Organisation und gründete zusammen mit dem *Neuen Roten Turm* (die Gruppe bestand nach eigenen Angaben aus „gut zwanzig Mann"[42]) den „Initiativausschuß für eine revolutionäre Jugendorganisation" mit der Perspektive, eine „unabhängige, eigenständige Organisation" aufzubauen.[43] Diese Gruppe gab ab Januar 1969 eine neue Zeitung unter dem Namen *Spartacus* heraus und sprach sich bei ihrer formellen Konstituierung, zur klaren Distanzierung von ihrer Vergangenheit in der SPD, für die „Schaffung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse" aus, wobei der Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation ein Schritt in diese Richtung sein sollte. Ihr Vorbild war die französische JCR, die beim Vietnam-Kongress in Westberlin viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte.[44]

Schließlich bildeten diese Westberliner TrotzkistInnen, zusammen mit jüngeren Mitgliedern der Sektion aus Westdeutschland, im März 1969 eine „Bolschewistische Fraktion" (Bolfra), die in einer internen Plattform den vollständigen Austritt aus der SPD und den bundesweiten Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation forderten (also die Ausweitung ihrer Politik des „Initiativausschußes" auf die gesamte Sektion).[45] Die Westberliner wollten vollendete Tatsachen schaffen, oder, wie Brandt das 45 Jahre später ausdrückte, die *„Gründung war eine Eigenmächtigkeit, mit der die Berliner Gruppe der deutschen Sektion diese ins Schlepptau nehmen wollte"*.[46] Dies gelang nicht, denn auf einer Konferenz der Sektion zu Pfingsten 1969 spaltete sich die Gruppe, wobei der unmittelbare Anlass die nicht explizit politische

Die trotzkistischen Gruppen GIM und die KJO Spartacus erlebten rasantes Wachstum auf bis zu jeweils 300 Mitglieder.

34. SDS Westberlin und Internationales Nachrichten und Forschungsinstitut: Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. Februar 1968 Westberlin. 1968 Berlin. S. 31-38.
35. Ebd.. S. 39-43.
36. Ebd.. S. 76-80, 124-134.
37. Spartacus. Nr. 19. S. 18-19.
38. was tun. Nr. 1. S. 3.
39. was tun. Nr. 1. S. 2.
40. Für eine unkritische Haltung zur Kommunistischen Partei Vietnams, siehe: was tun. Nr. 2. S. 9. Für eine ausführliche und unkommentierte Rede Fidel Castros, siehe: was tun. Nr. 2. S. 11. Für einen Lob der Industrialisierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, siehe: was tun. Nr. 5. S. 17-19. Für einen Artikel zum 50. Jahrestag der Kommunistischen Internationale, siehe: was tun. Nr. 6. S. 14-15.
41. was tun. Nr. 5. S. 6., Nr. 11. S. 8., Nr. 12. S. 1-5.
42. Brandt: Brief an den Verfasser vom 24. Oktober 2012. Brandt korrigierte später, dass bis zu einem Drittel der Mitglieder des *Neuen Roten Turms* Frauen waren.
43. was nun. Nr. 5. S. 6-8. Zuvor hatte man „die Illusion aufgegeben, über den Kanal der SPD größere proletarische Massen in Bewegung setzen und so einen Differenzierungsprozeß in der Partei einleiten zu können, der eines Tages zur Abspaltung eines breiten linken Flügels führen würde." Über die Größe der Weddinger und Neuköllner Gruppen, die aus den Falken ausgetreten sind, gibt es keine Angaben, es dürfte sich aber um etwa 50 Personen gehandelt haben.
44. Spartacus. Nr. 3. S. 6.
45. Brandt/Steineke. S. 1605-1606.
46. Brandt: Brief. 7. September 2012.



Frage war, ob Lothar Boepple die Funktion des hauptamtlichen Sekretärs der Gruppe übernehmen sollte, womit weder die Bolfra noch selbst sein Stiefvater Willy Boepple einverstanden waren. Im Rahmen dieser Spaltung zog sich Willy Boepple, der seit fast zwei Jahrzehnten neben Georg Jungclas eine führende Rolle

Die Entrismus-Politik machte die trotzkistische Gruppe im entscheidenden Moment praktisch unsichtbar.

innerhalb der Sektion gespielt hatte, aus der aktiven Politik zurück, auch wenn er eine Sympathie für die trotzkistische Bewegung beibehielt.[47] So war diese Spaltung besonders schädlich, vor allem weil die politischen Differenzen zwischen den beiden Flügeln des deutschen Trotzkismus erst nach der Konstituierung von zwei unabhängigen Gruppen ausgearbeitet wurden.

Die Auswirkungen der Spaltung

Nach der Spaltung gab es zwei trotzkistische Gruppen in der BRD, die beide von sich selbst behaupteten, die Mehrheit der alten Sektion zu vertreten, und zumindest laut Brandt „gleich stark" waren. Die „Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) um Jungclas, Moneta und Schulz wurde nach einigen Monaten als deutsche Sektion des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale anerkannt.[48] Die GIM, die „anfangs nicht mehr als dreißig Mitglieder" hatte,[49] hielt aber nicht an der entristischen Arbeit in der SPD fest, sondern ging auf die zentrale Forderung der Bolfra ein, indem sie auf der gleichen Konferenz eine unabhängige Gruppe gründete und kurz danach mit dem Aufbau einer unabhängigen Jugendorganisation namens „Revolutionär-Kommunistische Jugend" (RKJ) begann, die im Mai 1971 als bundesweite Organisation gegründet wurde.[50] Die „Internationalen Kommunisten Deutschlands" (IKD) um Ebmeier, Brandt und Zeller griffen den traditionellen Namen der trotzkistischen Gruppe in Deutschland wieder auf und setzten ihre Arbeit zum Aufbau einer trotzkistischen, auf die Arbeiterjugend orientierte Jugendorganisation fort. Ihre „Kommunistische Jugendorganisation Spartacus" konstituierte sich als bundesweite Organisation im März 1971.[51]

Beide Gruppen erlebten rasantes Wachstum auf bis zu jeweils 300 Mitglieder. In dieser Zeit begann vor allem die Spartacus-Gruppe, die eigene Tradition kritisch zu hinterfragen, aber nur sehr allmählich.[52] Es ist bezeichnend, dass keine der beiden Gruppen diese Spaltung in ihrer jeweiligen Presse politisch aufarbeitete oder überhaupt erwähnte – erst zwei Jahre später kommt es zu kritischen Auseinandersetzungen und Polemiken zwischen den Gruppen. Auch wenn die Entwicklung der GIM nach 1971 über den Rahmen dieser Arbeit hinausgeht, kann kurz zusammengefasst werden, dass es der GIM nicht gelang, ein klares trotzkistisches Profil zu etablieren (es finden sich unzählige Beispiele der politischen Anpassung an aktuelle Bewegungen, wie an den Beispielen von *was tun* und der Intervention beim Vietnam-Kongress gezeigt wurde), und 1986 mit einer maoistischen Gruppe fusionierte, was zum baldigen Untergang der fusionierten Gruppe führte.[53]

Die Spartacus-Gruppe machte verschiedene Anstrengungen, das trotzkistische Programm für die 70er Jahre zu aktualisieren, aber litt an einer starken Fokussierung auf Jugendarbeit („Jugend-Avantgardismus"), die erst 1974 – nach einer Spaltung und einer späteren Wiedervereinigung – endgültig überwunden werden konnte.[54] Schließlich ist es dieser Gruppe nie gelungen, als Alternative zum von ihr kritisierten „Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale" eine eigene internationale politische Strömung zu finden oder aufzubauen, was zur plötzlichen Selbstauflösung des Spartacusbundes durch ihr Zentralkomitee im Jahr 1977 beitrug.[55] Ohne einen internationalen Rahmen war die Gruppe zu „einer Existenz mit ununterbrochenen inneren Krisen"[56] verurteilt, wie die GIM polemisch bereits 1971 urteilte. So entstanden nach der Spaltung zwei Gruppen, die trotz der Gewinne aus der Jugendbewegung nicht nur zahlenmäßig schwach waren, sondern nie ihr zentristisches Erbe überwinden konnten.

In der gleichen Zeit entstanden auch neue trotzkistische Gruppen in der BRD durch den Austausch mit internationalen Strömungen: etwa die „Internationale Arbeiter-Korrespondenz" (IAK) als Teil des „Internationalen Komitees" von Lambert und Healy, die „Voran"-Gruppe als Teil des „Komitees für eine Arbeiterinternationale" (CWI) von Ted Grant, oder die „Sozialistische Arbeitergruppe" (SAG) als Schwestergruppe der „International Socialists" von Tony Cliff. Diese Gruppen bezogen sich auf Traditionen, die ebenfalls aus der zentristischen Degeneration der Vierten Internationale entstanden waren. Ohne hier die Geschichte dieser Gruppen im Detail aufarbeiten zu können, lässt sich festhalten, dass sich alle auf den Zentrismus der Vierten Internationale der Nachkriegszeit und nicht auf das revolutionäre Erbe Leo Trotzkis bezogen haben.

Schlussfolgerungen für heute

Die Politik der deutschen TrotzkistInnen bis 1968 hinderte sie daran, einen Anziehungspol für die sich radikalisierenden Jugendlichen zu bilden. Während die „Mao-Bibeln", also die kleinen roten Bücher mit Zitaten von Mao Zedong, massenhaft vertrieben wurden, begannen trotzkistische Gruppen erst im Jahr 1970 damit, die Schriften von Trotzki zu verbreiten.[57] So erzählte ein Trotzkist, der ab 1968 an der Studierendenbewegung in Frankfurt am Main teilnahm, dass er bestimmte Bücher von Trotzki aus nicht-trotzkistischen Verlagen kannte, *„aber mir war nicht bewusst, dass es damals politische Gruppen gab, die sich auf Trotzki bezogen haben."*[58] Die Entrismus-Politik machte die trotzkistische Gruppe im entscheidenden Moment praktisch unsichtbar.

Willy Boepple verteidigte den Entrismus in der SPD in einem Referat im Jahr 1988 mit dem Argument, dass es *„bis weit in die sechziger Jahre hinein keine andere Möglichkeit [gegeben hätte], praktische politische Tagesarbeit zu leisten."*[59] Doch selbst wenn der Entrismus eine Möglichkeit darstellte, die reaktionäre Periode nach dem Zweiten Weltkrieg zu „überwintern", muss festgehalten werden, dass die Gruppe nur sehr langsam aus ihrem

47. Alles: Strom. S. 237-238.
48. Brandt/Steineke: GIM. S. 1606.
49. Jungclas: Dokumentation. S. 276.
50. was tun. Nr. 16. S. 3.
51. Spartacus. Nr. 21. S. 6.
52. So wird Kuba erst nach zwei Jahren zum ersten Mal in der Presse der Spartacus-Gruppe erwähnt, und auch dann ohne eine kritische Auseinandersetzung über die Frage, ob das System unter Castro sozialistisch ist – wie das Vereinigte Sekretariat analysieret hatte – oder nicht. Siehe: Spartacus. Nr. 22. S. 22-23.
53. Frank Nitzsche: „Aus dem Schatten in die Reichweite der Kameras". Die Entwicklung trotzkistischer Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der neuen Sozialen Bewegungen von 1968 bis heute. Unveröffentliche Dissertation. Universität Siegen 2009. http://dokumentix.ub.uni-siegen.de/opus/volltexte/2009/390/pdf/Historie_Trotzkismus.pdf. S. 50-53.
54. Brandt/Steineke: GIM. S. 1631-32.
55. Nitschke: Entwicklung. S. 58-59.
56. GIM: Wider den „National-Trotzkismus". Hamburg 1971. S. 112. Zit. nach: Nitschke: Entwicklung. S. 56.
57. Ein erster Hinweis auf eine Broschüre von Trotzki, „Was nun?", gibt es in der zehnten Nummer von *Spartacus* im Jahr 1970. Spartacus. Nr. 10/11. S. 38.
58. N.N.: Brief an den Verfasser vom 24. August 2012.
59. Alles: Strom. S. 270.



„Winterschlaf" erwachen konnte. Sie war nicht in der Lage, 1968 auf die geänderte Situation des Aufschwungs des weltweiten Klassenkampfes, welcher sich in Deutschland hauptsächlich in der Radikalisierung der Jugend ausdrückte, zu reagieren – und die Spaltung war ein Ausdruck davon, dass es an politischer Vorbereitung auf eine solche Wende mangelte –, womit die vorherige „Tagesarbeit" wenig längerfristigen Wert hatte. Selbst die Strukturen, die man innerhalb der SPD aufgebaut hatte, taugten wenig für die neue Ausrichtung, mit der Folge, dass die trotzkistische Bewegung in Deutschland nach 1968 praktisch ohne historische Kontinuität, als Jugendbewegung mit einigen älteren BeraterInnen, neu aufgebaut werden musste.[60]

Doch es ging nicht nur darum, dass die TrotzkistInnen zu spät reagierten und hinter der Bühne der Revolte blieben. Sie reagierten auch mit einem Programm, das ihre vorherige Anpassung an die Sozialdemokratie und den Stalinismus in der Dritten Welt reflektierte, so dass sie nicht im allgemein radikalen Milieu politisch herausstachen. Für uns von RIO, als Teil der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale, zeigte sich, dass der weltweite Aufschwung des Klassenkampfes ab 1968 die trotzkistische Bewegung zwar stark nach links trieb, dass es allerdings hohe „Kosten der Anpassungsjahre" gab, denn die jahrelange Anpassung an sozialdemokratische oder stalinistische Parteien hatte programmatische Spuren hinterlassen. Die TrotzkistInnen hatten zwar ein bedeutendes politisches Erbe: *„Jedoch nutzten die verschiedenen trotzkistischen Strömungen die Jahre vor dem Aufstieg nicht aus, um sich dieses Vermächtnis wieder anzueignen, um den strategischen Rahmen zu definieren und revolutionäre Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung aufzubauen."* Diese programmatische Schwäche führte dazu, dass die trotzkistischen Organisationen zwar zahlenmäßig wuchsen, sich jedoch nicht von ihrem zentristischen Erbe befreien und die revolutionäre Kontinuität wiederherstellen konnten: *„Obwohl sich die Kräfte der verschiedenen trotzkistischen Strömungen am Anfang des Aufstiegs größtenteils in den Stalinismus und die Sozialdemokratie aufgelöst hatten, stärkten die Tendenzen zur Klassenunabhängigkeit, die sich in den Konfrontationen mit den offiziellen Führungen der ArbeiterInnenbewegung manifestierten, die zentristischen Strömungen des Trotzkismus, die in mehreren Fällen zu Strömungen von mehreren tausend KämpferInnen wurden (wie z.B. die* Ligue Communiste *in Frankreich, die nordamerikanische SWP oder in Argentinien die Entwicklung der PST in den 70er Jahren)."*[61] Diese Entwicklung gab es auch in der BRD, auch wenn die Organisationen des trotzkistischen Zentrismus nur mehrere hundert und nicht mehrere tausend Mitglieder zählten.

Genau diese Politik des „Entrismus *sui generis*" vor 1968 und das zentristische Programm, die dazu führte, liefert eine entscheidende Erklärung dafür, warum der Trotzkismus bis heute so schwach ist. Manche HistorikerInnen in Deutschland sind zur Schlussfolgerung gekommen, dass der Austritt der Sektion aus der SPD ein Fehler war, denn gerade in der Zeit nach 1968, als viele junge Menschen in die Sozialdemokratie geströmt sind, hätten TrotzkistInnen dort arbeiten sollen. So schreibt der ehemalige Trotzkist und heutige SPDler Peter Brandt: *„Auffällig ist jedoch, daß der Entrismus gerade in einer Situation aufgegeben wurde, in der sich die Bedingungen für eine offenere Form der Arbeit in der SPD zu verbessern begannen."*[62] Brandt ist, gleichzeitig mit Ebmeier, 1974 aus dem Spartacusbund ausgetreten und in die SPD eingetreten, wo er bis heute Mitglied ist. Wolfram Klein argumentiert, die *„meisten trotzkistischen Strömungen in den 1960er Jahren [haben] die Arbeit in den sozialdemokratischen Parteien gerade dann aufgegeben, als sich die Bedingungen verbesserten und sich auf die 68er-Bewegung gestürzt."*[63] Klein ist Mitglied der SAV, die zwischen 1973 und 1994 innerhalb der SPD arbeitete und nun die gleiche Politik in der Linkspartei betreibt. Nach allen Informationen, die hier gesammelt wurden, muss ihrer Einschätzung deutlich widersprochen werden: Die politische Anpassung an die SPD, die erforderlich war, um in ihr geduldet zu werden, machte die TrotzkistInnen gerade für die radikalsten Sektoren, die sie am ehesten hätte gewinnen konnten, unattraktiv.

Eine historische Bilanz des tiefen Entrismus der deutschen TrotzkistInnen in der SPD – 45 Jahre nach dem Vietnam-Kongress, der den Anfang vom Ende des entristischen Projektes markierte – ist unerlässlich, um eine revolutionäre Politik für heute zu entwickeln. Denn die größten Organisationen in der BRD, die sich auf das Erbe Leo Trotzkis beziehen, nämlich die SAV (ehemals Voran) und Marx21 (ehemals SAG und Linksruck) betreiben seit 2007 eine ähnliche Politik in der Linkspartei. Sie sind als Strömungen nicht komplett versteckt, doch sie treten für linksreformistische und nicht für revolutionär-marxistische Positionen ein, d.h. sie verstecken ihr programmatisches Selbstverständnis. Sie argumentieren, dass sie in der Linkspartei einen größeren Einfluss erringen könnten, oder – da die Linkspartei momentan viele reformistische BürokratInnen und wenige aktive Basismitglieder hat – dass bei einer Zuspitzung des Klassenkampfes in der Zukunft unzählige neue Mitglieder in diese Partei strömen würden.

Eine derartige Politik, begründet mit solchen Prognosen, hatten schon die deutschen TrotzkistInnen, die von 1953 bis 1968 in der SPD gearbeitet haben. Die Ergebnisse dieser Politik waren katastrophal. Denn die EntristInnen waren nicht in der Lage, eine revolutionäre Strömung in der SPD aufzubauen – und vor allem war ihr politisches Programm nicht wahrnehmbar, als beim großen Aufschwung des Klassenkampfes ab 1968 breite Sektoren der Jugend nach revolutionären Ideen suchten. Mit einer kleinen trotzkistischen Gruppe, die im Jahr 1968 offen für die Ideen des Trotzkismus geworben hätte, würde die radikale Linke in der BRD heute möglicherweise anders aussehen.

Deswegen sind wir von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, der Meinung, dass wir RevolutionärInnen, auch wenn wir eine äußerste taktische Flexibilität an den Tag legen, immer für ein klar revolutionäres Programm eintreten müssen. Einfluss in der Linkspartei auf der Grundlage mehr oder weniger kämpferischer linksreformistischer Positionen ist letztendlich kein Einfluss für RevolutionärInnen, wie der „Einfluss" der deutschen TrotzkistInnen beim Vietnam-Kongress zeigte. Wir brauchen keine langfristige Verankerung in reformistischen Parteien – wir brauchen Interventionen in die Kämpfe der kämpferistischen Sektoren der ArbeiterInnen und der Jugend auf der Grundlage eines revolutionären Programms.

Die politische Anpassung an die SPD machte die TrotzkistInnen gerade für die radikalsten Sektoren unattraktiv.

60. Dazu zählt nicht nur Georg Jungclas, der bei der GIM aktiv war, sondern auch Oskar Hippe, der die Kommunistische Jugendorganisation Spartacus unterstützte. Hippe: Fahne. S. 260-261. Die GIM im Jahr 1970 beschrieb den „Arbeitsstil der älteren Genossen" recht negativ als „theoretische Sterilität, das Warten auf ‚reale Kämpfe', sozialdemokratische Organisationspraktiken und ein unkritisches Verhältnis zum Internationalen Sekretariat", eingeprägt „in einer 15jährigen entristischen Praxis". GIM: Zentraler Rundbrief. Nr. 27. Zitiert nach: Nitschke. Entwicklung. S. 45.
61. Albamonte/Maiello: Grenzen.
62. Brandt/Steineke. S. 1604.
63. Wolfram Klein: Zur Geschichte des Trotzkismus. http://www.sozialismus.info/2010/09/13824/.



Was tun gegen Nazis?

75 Menschen auf der Podiumsdiskussion über Trotzkis Faschismusanalyse

von **RIO Berlin**

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. 80 Jahre später, am 1. Februar 2013, versammelten sich 75 Menschen im Berliner Mehringhof für eine Podiumsdiskussion über die Frage: „Wie hätten die Nazis gestoppt werden können?" Eingeladen hatte das Trotzki-Archiv[1] – ein Projekt, das von der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) ins Leben gerufen wurde –, um eine Neuauflage der Broschüre „Was nun?" von Leo Trotzki aus dem Jahr 1932 vorzustellen.

Auf dem Podium sprachen zwei Geschichtsprofessoren – Wolfgang Wippermann von der Freien Universität Berlin sowie Mario Kessler von der Universität Potsdam – und drei Aktivisten trotzkistischer Gruppen – Sascha Stanicic von der SAV, Nick Brauns von der MI und Wladek Flakin von RIO. In ihren Referaten ging es um Trotzkis Alternative zur Politik der großen ArbeiterInnenparteien SPD und KPD, die jede Zusammenarbeit gegen die faschistische Gefahr verweigerten und somit zur kampflosen Niederlage gegen die Nazis führten, aber auch um die Bedeutung von Trotzkis Faschismusanalyse heute. Im Anschluss an die Referate vom Podium gab es eine ausführliche Diskussion mit dem Publikum.

In der dreistündigen Veranstaltung wurden sehr viele Fragen angeschnitten, einige Themen aber kamen immer wieder vor: In Bezug auf die faschistische Gefahr in Griechenland heute betonten mehrere RednerInnen die Notwendigkeit einer aktiven Selbstverteidigung der ArbeiterInnen, MigrantInnen und Jugendlichen, um den Aufstieg der Nazi-Partei „Goldene Morgenröte" aufzuhalten. Genauso gab es auch eine breite Ablehnung des von der SPD vorangetriebenen Projektes eines NPD-Verbotes: Nick Brauns (mit Hilfe von Trotzki-Zitaten) und Wolfgang Wippermann argumentierten, dass der kapitalistische Staat Verbote von rechten Organisationen immer nur als Vorwand nutzt, um die Repression gegen die Linke und die ArbeiterInnenbewegung zu verschärfen. Sascha Stanicic dagegen meinte, dass RevolutionärInnen, auch wenn sie ein NPD-Verbot nicht fordern sollten, eine bereits existierende Kampagne auch nicht ablehnen dürften[2].

Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob sich die ArbeiterInnenbewegung auf die Polizei verlassen kann, um sich vor faschistischen Übergriffen zu schützen. Die SPD verließ sich in den 30er Jahren auf die „demokratische" Polizei – mit den bekannten Ergebnissen. Genosse Stanicic zeigte als Negativbeispiel eine Broschüre der Linksfraktion im Bundestag, „Was tun gegen Rechtsextremisten?"[3], in der sie für jede Situation empfehlen, die Polizei zu rufen – und niemals zu selbstständiger Aktivität auffordern. Genosse Brauns machte sich darüber lustig: Angesichts der hohen Zahl von Nazis, die für staatliche Geheimdienste arbeiten, sei es lächerlich, einen Polizisten zu Hilfe zu rufen, um seinen Kollegen im Staatsdienst davon abzuhalten, Nazi-Materialien zu verteilen! Genosse Flakin zitierte ebenfalls Trotzki aus „Was nun?": *„Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter."*[4] Leider kam es nicht zu einer Diskussion mit den SAV-GenossInnen darüber, die die Polizei als „ArbeiterInnen in Uniform" verstehen, die eine revolutionäre Bewegung gewinnen muss[5].

Schließlich gab es auch breite Einigkeit darüber, dass der Faschismus nicht isoliert, sondern als Produkt der kapitalistischen Krise betrachtet werden muss. Deswegen muss eine ernsthafte antifaschistische Strategie mit den sozialen Forderungen der ArbeiterInnen verbunden werden, um Kräfte für eine sozialistische Revolution zu sammeln. Im Hier und Jetzt bedeutet das, dass AntifaschistInnen die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse vorantreiben müssen – dazu wurden die Erfahrungen des CFM-Streiks von 2011[6] und des laufenden Streiks bei Neupack[7] diskutiert, und es gab einen breiten Aufruf, breite Solidarität mit den Streiks der Berliner LehrerInnen[8], die am 18. Februar stattgefunden haben, zu organisieren. Besonders RIO-AktivistInnen betonten, dass Trotzkis Vorschlag einer Einheitsfront der ArbeiterInnen gegen den Faschismus nicht eine rein defensive Politik war: Es war ein Schritt zur massenhaften Selbstorganisierung der ArbeiterInnen, um ihre eigene Machtorgane in Form von Räten oder „Sowjets" (der russische Begriff für „Räte") aufzubauen. Wie Genosse Flakin sagte: *„Dann würden sich auch Fragen stellen: Was ist mit Lohnkürzungen? Mit Arbeitslosigkeit? Mit Wohnungsnot? Trotzki sagt, sobald die großen Parteien SPD und KPD in Berlin den ersten Schritt machen ‚habt ihr den Berliner Sowjet der Arbeiterdeputierten.'"* Genauso sollten RevolutionärInnen heute bei jedem Kampf – egal ob einem Kampf gegen Nazis oder einem Arbeitskampf – für die demokratische Organisierung der Unterdrückten in Versammlungen eintreten.

Nicht alle stattgefundenen Diskussionen und Kontroversen können an dieser Stelle wiedergegeben werden. Für eine ausführlichere Behandlung der Frage von Trotzkis Politik und seiner Bedeutung heute verweisen wir auf das Vorwort der Neuauflage[9] von „Was nun?" Wir bedanken uns auf jeden Fall bei allen TeilnehmerInnen, und laden dazu ein, im Rahmen des „Trotzki-Archivs" an der Verbreitung des politischen Erbes von Trotzki mitzuwirken.

1. http://trotzkismus.wordpress.com/
2. Für die Position von RIO zum NPD-Verbot siehe: http://www.klassegegenklasse.org/die-nazis-einfach-verbieten/; für die der SAV: http://www.sozialismus.info/2012/12/npd-verbot-geht-anders/.
3. http://www.dielinke-teltow-flaeming.de/fileadmin/teltow-flaeming/pdf/gegen_rechts_BTF.pdf
4. http://trotzkismus.wordpress.com/2013/02/04/was-nun-schicksalsfragen-des-deutschen-proletariats/
5. Zur Position von RIO zu dieser Frage siehe: http://www.klassegegenklasse.org/debatte-die-proteste-gegen-stuttgart-21-und-die-polizei/
6. Broschüre von RIO zum CFM-Streik: http://www.klassegegenklasse.org/broschure-streik-gegen-prekarisierung/
7. http://www.klassegegenklasse.org/kategorie/arbeiterinnenbewegung/neupack/
8. http://www.klassegegenklasse.org/solidaritat-mit-den-streiks-der-lehrerinnen/
9. http://www.klassegegenklasse.org/wie-hatten-die-nazis-gestoppt-werden-konnen-2/



KLASSE GEGEN KLASSE

… ist die Zeitschrift von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, sympathisierende Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Deutschland.

Den Namen **KLASSE GEGEN KLASSE** verstehen wir als eine Kampfansage an die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland und ihre Ideologie der „Sozialpartnerschaft". Die ArbeiterInnen und Jugendlichen in Deutschland können ihre Interessen nur dann durchsetzen, wenn sie sich unabhängig von allen Flügeln der Bourgeoisie organisieren.

Das bedeutet einerseits, dass wir für die breiteste Einheit aller ArbeiterInnen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen eintreten – denn nur vereint können wir uns den Angriffen der KapitalistInnen entgegensetzen. Das bedeutet andererseits, dass wir innerhalb der ArbeiterInnenbewegung für ein revolutionäres Programm kämpfen – denn die wirkliche Einheit unserer Klasse kann nur zu Stande kommen, wenn wir die bestehenden Führungen aus SozialdemokratInnen und ReformistInnen verschiedenster Couleur, die auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie setzen, gestürzt haben.

(Für uns hat **KLASSE GEGEN KLASSE** nichts mit der KPD zur Zeit des Stalinismus zu tun, die manchmal diese Losung verwendete, um jegliche Zusammenarbeit mit der „sozialfaschistischen" SPD abzulehnen. Genausowenig hat es mit der autonomen Gruppe aus den 90er Jahren zu tun, die ein Konzept des individuellen Terrorismus verfolgte.)

Es fällt auf, dass diese Losung immer öfter auf linken Demonstrationen und auf Wänden auftaucht (falls jemand fragt: *Wir waren es nicht!*). Das zeigt, mitten in einer historischen Krise des Kapitalismus, dass einige Sektoren der Jugend nicht nur den Klassengegensatz wiederentdecken, sondern auch auf dieser Grundlage Politik machen wollen.

Mit dieser Zeitschrift wollen wir die wichtigsten Lehren aus der Geschichte und aus dem internationalen Klassenkampf aufarbeiten. Auf der Grundlage eines Programms, das diese Lehren aufhebt, wollen wir uns mit den fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend fusionieren und damit zum Aufbau einer großen revolutionären ArbeiterInnenpartei beitragen, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution, der Vierten Internationale.



Nr. 5. Jahr Fünf der Krise – wie sieht eine revolutionäre Alternative aus? Schwerpunkt: Für einen europaweiten Generalstreik!
32 Seiten – 2 €



Nr. 4. Dunkle Wolken über der Eurozone Schwerpunkt: Kampf der Kumpel im Spanischen Staat
32 Seiten – 2 €



Nr. 3. Ein Kontinent im Aufruhr – ein Land als Ausnahme? Schwerpunkt: Trotzkis Marxismus – Taktik und Strategie
32 Seiten – 2 €



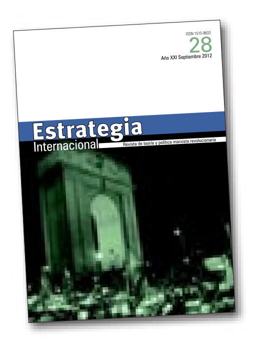
WAFFENDERKRITIK regelmäßiges Flugblatt an der Uni von RIO und unabhängigen Studierenden
waffenderkritik.wordpress.com




Red Brain linke SchülerInnenzeitung von einer unabhängigen SchülerInnengruppe
redbrain.blogsport.de

SPENDEN!

Für unsere Arbeit brauchen wir Geld! (*„Die Revolution wird gegen das Elend gemacht, und dann kostet sie noch Geld!"* – Bertolt Brecht.) Also bitten wir um eine Spende – entweder per PayPal (auf unserer Website) oder per Banküberweisung (Daten auf Anfrage).



Estrategia Internacional Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie (auf Spanisch)
Nummer 28 ist im September 2012 erschienen!



Streik gegen Prekarisierung Das „Schwarzbuch CFM-Streik" – eine kritische Bilanz von 13 Wochen Streik
36 Seiten – 2 €



Zanon gehört den ArbeiterInnen! Eine Belegschaft in Argentinien übernimmt ihre Fabrik und verwaltet sie selbst
20 Seiten – 1 €

ABOS: Unterstütze *Klasse Gegen Klasse* mit einem Abo! So bekommst du alle zwei bis drei Monate die neuste Ausgabe per Post – und wir bekommen regelmäßige Einnahmen für unsere politische Arbeit, die sich nicht auf diese Zeitschrift beschränkt.
Vier bis fünf Ausgaben im Jahr inklusive Porto kosten nur:
normales Abo: 15 Euro; **Solidaritätsabo:** 30 Euro

KONTAKT: **info**@klassegegenklasse.org
berlin@klassegegenklasse.org; **fu**@klassegegenklasse.org; **potsdam**@klassegegenklasse.org; **muenchen**@klassegegenklasse.org; **saarbruecken**@klassegegenklasse.org; **zuerich**@klassegegenklasse.org

www.KLASSEGEGENKLASSE.org

➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation



KLASSE GEGEN KLASSE

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 6 – April-Mai 2013
2,50 Euro / 4 CHf – Solipreis: 5 Euro / 8 CHf

Arabischer Frühling
Wie läuft die Bewegung zwei Jahre nach dem Sturz Mubaraks?

Eurokrise
Die Krise der Eurozone geht mit Zypern in die nächste Runde

Gewerkschaftsbürokratie
Ein Klotz am Bein der kämpferischen ArbeiterInnen – was dagegen tun?

1968: Coming Out des deutschen Trotzkismus

Vor 45 Jahren, im Februar 1968, versammelten sich 6.000 Menschen für den Internationalen Vietnam-Kongress in Westberlin. Danach begannen die trotzkistischen Gruppen, die bis dahin konspirativ in der SPD gearbeitet hatten, offen aufzutreten. Was ist die historische Bilanz der Arbeit der deutschen TrotzkistInnen vor und während der 68er-Revolte?



Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

